

FORUMSBLÄTTER

Mitteilungen des Ev. Forums Münster

2024



WAGNIS

DEMOKRATIE

efm

Evangelisches Forum Münster

Forumsblätter 2024

Mitteilungen des Ev. Forums Münster

Inhalt

Vorbemerkung	3
Forumsblog 1-2024 75 Jahre Grundgesetz - ein Grund zum Feiern?	5
Forumsblog 2-2024 Bewährungsprobe für Grundrechte	11
Forumsblog 3-2024 Revolution dialektisch gesehen	17
Forumsblog 4-2024 Philosophie in Ost und West	23
Forumsblog 5-2024 „Prager Fühling“	29
Forumsblog 6-2024 Der 17. Juni 1953 oder: die Ambivalenz von Feiertagen	35

Forumsblog 7-2024 Christlicher Widerstand gegen Totalitarismus	45
Forumsblog 8-2024: Resilienzspuren im Kriegsausbruch	53
Forumsblog 9-2024 Pazifismus in Biografien und Projekten	59
Forumsblog 10-2024 Lemberg 1915 - Lviv 2024: Aus der Geschichte lernen?	70
Forumsblog 11-2024 Antigone als Modell für demokratischen Widerstand	74
Forumsblog 12-2024 Weltbürgertum als demokratische Lebensform	78

Vorbemerkung

Dass wir heute in Deutschland in einer demokratisch verfassten Gesellschaft leben, ist nicht selbstverständlich – ein Blick zurück in die Geschichte genügt, und ein Blick rundum in der Welt zeigt, wie vielfältig die politischen Traditionen, wie langelig Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen und wie umstritten Bemühungen um Recht und Ordnung sind, wenn einerseits lebens- und liebenswerte Gemeinschaften, Freiheit und Gleichheit, Selbst- und Mitbestimmung, und andererseits Machterhalt und Privilegien verteidigt werden.

Garantiert Demokratie die Menschenrechte? Eine gerechte und friedliche Zukunft? Wann, wie und warum wird Demokratie zu einem Wagnis? Worauf beruht Demokratie? Was gefährdet sie? Wie lässt sie sich verteidigen? Auf solche und ähnliche Fragen antwortet das Jahresthema des Ev. Forums 2024 und lädt damit ein zum Gedankenaustausch und Weiterdenken.

Die einzelnen Thesen wurden das Jahr über im Forumsblog veröffentlicht und werden hier zusammengestellt. Dabei ergeben sich unterschiedliche thematische Schwerpunkte:

Frühjahr (Januar bis April) Blick auf zwei deutsche Verfassungen und ihre Ambivalenzen im Blick auf die Menschenrechte und ihre Einschränkungen (Notstandsdebatte und SED-Regime)

Sommer (Mai bis Juli) Kampf um demokratische Rechte in Prag, Ostberlin und im NS-Regime

Herbst (August bis Oktober) Frieden als demokratisches Ideal an biografischen Beispielen dargestellt

Winter (November und Dezember) Grenzenlose Demokratievisionen dargestellt am Antigone-Mythos und an der Idee des Weltbürgertums

In allen Fällen ist das Verhältnis von Theorie und Praxis, Vision und Realität der rote Faden, an dem deutlich wird, dass Demokratie zu allen Zeiten ein Wagnis war, dieses Wagnis aber jeden Einsatz rechtfertigt.

75 Jahre Grundgesetz - ein Grund zum Feiern?



Forumsblog 1-2024

75 Jahre Grundgesetz - ein Grund zum Feiern?

Einige Monate nach der Verkündung der Allgemeinen Menschenrechte in New York wurde in West- und Ostdeutschland (BRD und DDR) jeweils eine eigene Verfassung verkündet. Die folgenden Thesen zeichnen den Weg nach und konzentrieren sich – im Anschluss an die Beiträge zu den Menschenrechten – auf die Grundrechte in beiden Verfassungen aus damaliger und heutiger Sicht.

<https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html>
<https://www.verfassungen.de/ddr/verf49.htm> - /verf68.htm

These 1

Die Grundrechte im Mittelpunkt

Beide deutsche Verfassungen räumen ihren Bürgern Rechte ein.

In der damaligen BRD fußten sie auf der Menschenwürde und den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens

und der Gerechtigkeit in der Welt. Das wird in den ersten Artikeln entfaltet und konkretisiert als Recht auf Persönlichkeitsentfaltung, auf Gleichheit vor dem Gesetz, auf Gleichberechtigung, auf Schutz vor Benachteiligung und Diskriminierung wegen Geschlechtes, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöser oder politischen Anschauungen oder Behinderung. Ungestörte Religionsausübung und Kriegsdienstverweigerung werden ebenso gewährleistet wie die Versammlungs-, Arbeits-, Reise- und Meinungsfreiheit und Erziehungsfreiheit inklusive Religionsunterricht und die Privatsphäre sowie das Asylrecht.

In der damaligen DDR fußten die Grundrechte auf der Staatsordnung, nach der alle Gewalt vom Volk ausgehe durch die Wahl der Volksvertretungen, durch Volksentscheid, durch die Mitwirkung an Verwaltung und Rechtsprechung und durch die umfassende Kontrolle der öffentlichen Verwaltungsorgane. Die Angestellten im öffentlichen Dienst sind Diener des Volkes. Die Staatsangehörigen der Deutschen Republik haben in jedem Land die gleichen Rechte und Pflichten. Zu diesen gehört neben Gleichheit und Gleichberechtigung auch der Schutz vor Rassenhetze, vor militaristischer oder nationalsozialistischer Propaganda. Niederlassungs-, Privatsphären- und Auswanderungsfreiheit sowie das Recht auf Eigentum, auf Arbeit und Erholung sowie auf gerechten Lohn, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auch in Kunst und Wissenschaft werden gewährleistet. Die allgemeine Schulpflicht wird durch die Grundschule erfüllt.

Weiterbildung in der Berufs- oder Fachschule, in der Oberschule und in anderen Bildungseinrichtungen ist möglich, der Be-

75 Jahre Grundgesetz - ein Grund zum Feiern?

such der Berufsschule ist Pflicht aller Jugendlichen, mindestens bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre, wenn sie keine andere öffentliche Schule besuchen. Die Schulen sollen die Jugend zu selbstständig denkenden und verantwortungsbewusst handelnden Menschen erziehen, die fähig und bereit sind, sich in das Leben der Gemeinschaft einzuordnen. Die Jugend wird gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung geschützt. Dafür kann Zwangserziehung nach Maßgabe der Gesetze angeordnet werden. Allerdings können alle diese Rechte durch Gesetze eingeschränkt oder aufgehoben werden, wenn die Staatsraison es erfordert.

Der Vergleich belegt den Kalten Krieg als Hintergrund, der zu einer klaren Blockbildung der beiden Deutschen Staaten auch in konzeptioneller Hinsicht führte. Nato-Westbindung und Warschauer Pakt bedingen die Orientierung an ideologischen Vorgaben und verhindern, politisch wirklich etwas Neues zu wagen, was demokratischen und sozialistischen Anliegen gerecht werden könnte, ohne dem Blockdenken und ideologischer Verengung Vorschub zu leisten.

These 2

Wer entschied über die Grundrechte?

Als sich im August 1948 Politiker, Beamte und Verfassungsrechtler auf der Herreninsel im Chiemsee trafen, um Möglichkeiten einer Verfassungsgebung zu diskutieren, waren vier

Frauen Mitglieder des Parlamentarischen Rates und 47 ehemalige oder aktuelle Beamte und Richter zumeist aus NS-Widerstands- oder Emigrantenkreisen, 35 davon promoviert. Das Durchschnittsalter der Mitglieder lag bei 55 Jahren.

https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Verfassungskonvent_von_Herrenchiemsee,_10.-23._August_1948

In der DDR begannen die Vorbereitungen bereits im Juli 1946. Zu diesem Zeitpunkt wies die Sowjetische Militäradministration in Deutschland die SED-Führung dazu an, einen Entwurf für eine gesamtdeutsche „Reichsverfassung“ zu erarbeiten. Mit dem Verfassungsentwurf beauftragte die SED den in Moskau und Berlin gleichermaßen beheimateten Juristen Karl Polak. Als späteres Mitglied des Ersten und Zweiten Deutschen Volksrates (1948/49) prägte er nicht nur den Entwurf von 1946, sondern auch den Text der 1949 tatsächlich in Kraft gesetzten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) maßgeblich mit.

Was die Gestaltung der Grundrechte bereits im Vergleich nahelegt, wird durch die personellen Hintergründe bestätigt: Der in enger Kooperation mit den Westmächten verhandelnde, auf Kompromisse angewiesene Parlamentarische Rat hatte ein ganz anderes Anliegen als der sowjetisch orientierte Karl Polak, der wesentlich geradliniger konzipieren konnte.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/291996/vor-70-jahren-erste-verfassung-fuer-die-ddr/>

These 3

Auf welcher Grundlage fußen die Grundrechte?

Diese Frage lässt sich jeweils an der Präambel beantworten. In der damaligen BRD ist vom Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen, die Rede, vom Willen, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, daher gelte das Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk. Dieser europäische Kontext wurde vor allem von Carlo Schmidt unterstrichen, der 1949 dieses Anliegen des Grundgesetzes auch auf europäischer Ebene betonte.

https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2014/08/EBD_14_Re-Schmid_ANSICHT.pdf
(abgerufen Januar 2024)

In der damaligen DDR ist dagegen von der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterklasse und von der Befreiung vom Faschismus als Grundlage in Übereinstimmung mit den Prozessen der geschichtlichen Entwicklung die Rede. Ziel ist das Recht des Staates auf sozial-ökonomische, staatliche und nationale Selbstbestimmung und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, um unbeirrt weiter den Weg des Sozialismus und Kommunismus, des Friedens, der Demokratie und der Völkerfreundschaft zu gehen.

Das geht, wie erwähnt, vor allem auf Karl Polak zurück, dem es in seinen Schriften um die Überwindung der imperialistisch-faschistischen Staats- und Rechtsordnung und um die Errich-

tung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland ging. Der Sozialismus bedarf seiner Meinung nach keiner Anleihen bei der imperialistischen Staatlichkeit und Unrechtsordnung. Für ihn gab es keine Menschenrechte ohne Sozialismus. Die Menschenrechte würden — sollten sie nicht leere Prinzipien bleiben — nur in dem Maße verwirklicht, wie der Sozialismus Wirklichkeit werde. Der demokratische Zentralismus war für ihn „Entwicklungsprinzip der sozialistischen Gesellschaft“.

Karl Polak, Reden und Aufsätze — Zur Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, Staatsverlag der DDR, Berlin 1968.

1968 veranlasste die SED Führung eine gründliche Revision der nun eindeutigen „sozialistischen Verfassung“, in der die Verbindung zur Sowjetunion und die Autorität von SED und Nationaler Front in den Mittelpunkt rücken. Die Präambel von 1949 wird weitgehend übernommen.

Auch hier zeigt sich im Vergleich der Einfluss von Kaltem Krieg und Blockdenken: Während in der BRD gute Europäer im christlich-demokratischen Abendland im Blick waren, ging um es im Sinne der marxistischen materialistischen Dialektik und die Transformation einer kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft.

These 4

Die Bedeutung von Kirche und Religion

In der damaligen BRD erhofften sich die Kirchen von der neuen Verfassung die Garantie eines zentralen Platzes im öffentlichen Leben und erreichten es mit der Übernahme der bis heute geltenden Regeln der Weimarer Reichsverfassung, wenn auch ohne das von CDU Politikern erwünschte Kreuz in der Bundesflagge, dafür aber mit dem Recht auf Bekenntnisschulen und auf Religionsunterricht als „ordentliches Lehrfach“ in allen staatlichen Schulen.

Nach der DDR-Verfassung war die religiöse Unterweisung Angelegenheit der Religionsgemeinschaften. Glaubens- und Gewissensfreiheit und die ungestörte Religionsausübung standen unter dem Schutz der Republik. Der Missbrauch der Kirche oder des Glaubens für politische Zwecke war jedoch verboten, was dem Staat Eingriffsmöglichkeiten in religiöse Belange ermöglichte; zudem war die Teilnahme an religiösen Festen und die Verwendung religiöser Riten und Formulierungen freigestellt, was den gesellschaftlichen Druck zumeist erhöhte. Die Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechtes hatten das Recht, von ihren Mitgliedern auf Grund der staatlichen Steuerlisten nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen Steuern zu erheben und waren dabei Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen. Da zudem die öffentlichen Leistungen an die Religionsgesellschaften durch Gesetz abgelöst wurden, mussten sie ihren seelsorger-

lichen und pastoralen Dienst meist selbst finanzieren. Da der Kirchenaustritt erleichtert wurde und die Mitgliedschaft keine Vorteile bot, kamen die Kirchen schnell in Schwierigkeiten: Während noch in der Fassung von 1949 den Kirchen das Recht eingeräumt wurde, zu Lebensfragen des Volkes Stellung zu beziehen, wurde dieses Recht in der revidierten Fassung von 1968 gestrichen. Bereits zu Beginn der 1950er-Jahre wurden die Jungen Gemeinden als illegale Jugendorganisationen bezeichnet, tausende christliche Schüler mussten die Oberschule verlassen, Bahnhofsmissionen wurden geschlossen und konfessionellen Pflegeheimen drohte die Enteignung. Die Jugendweihe wurde eingeführt und der Religionsunterricht aus den Schulen verbannt.

Die Kirchen sollten aus dem öffentlichen Leben gedrängt werden. Dennoch blieb das Modell einer Kirche im Sozialismus auch im Westen populär.

Dass die Friedensbewegung mit der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ 1983 auf dem Ev. Kirchentag in Wittenberg ihren Ausgang nahm, der weit in westliche Länder ausstrahlte, ist ein nachträglicher Beleg dafür, wie wichtig es ist, Verfassungsgeschichte auch unter religiösem Blickwinkel zu betrachten.

These 5

Ein Deutschland - eine Verfassung

Als Reaktion auf die friedliche Revolution im Herbst 1989 wurde die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik „in der Erwartung einer baldigen Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands“ für eine Übergangszeit durch das Verfassungsgrundsatzgesetz vom Juni 1990 geändert. Bereits im Dezember 1989 war die Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei gestrichen worden. Im Januar 1990 wurden das Privateigentum und die ausländische Beteiligung an Unternehmen in die Verfassung aufgenommen, im Februar das Wahlrecht demokratisiert sowie der Wehr- und der Zivildienst einander gleichgestellt. Im März folgten die Freiheit der Gewerkschaften, ihr Streikrecht sowie ein Aussperungsverbot und im April 1990 wurden sowohl die Präambel der DDR-Verfassung aufgehoben als auch die bisherigen Kompetenzen des Staatsrates auf das Präsidium der Volkskammer übertragen. Der Entwurf wurde im April 1990 der neu gewählten Volkskammer vorgelegt, stieß dort jedoch nicht mehr auf Gehör; stattdessen galt zunächst die Verfassung der DDR in geänderter Form fort.

In der damaligen BRD hob sich die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit deutlich von den früheren verfassungspolitisch motivierten Debatten ab – von der Wiederbewaffnung bis zur Notstandsdebatte, den Diskussionen um eine Parlaments- oder Föderalismusreform, dem Datenschutz oder NPĐ-Verbot. Wohl nie zuvor war in der Bundesrepublik eine

so grundsätzliche Debatte um Reichweite und Grenzen einer Verfassung, die darin verankerten Werte, ihren Geltungsgrund sowie ihre Geltungsdauer geführt worden. An dieser Debatte des Jahres 1990 nahmen Experten aus Wissenschaft, Politik und Publizistik teil, aber eben auch gesellschaftliche Gruppen, Verbände sowie zahlreiche einzelne Bürger. Nach Herstellung der deutschen Einheit gingen die Meinungen, wie stark das Grundgesetz geändert werden soll oder ob gar eine neue Verfassung für das vereinte Deutschland verabschiedet werden muss, noch immer stark auseinander. Die SPD setzte sich für eine Verfassungsreform mit abschließender Volksabstimmung ein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch die Gruppe der PDS/Linken Liste sprachen sich weiterhin für eine neue Verfassung mit abschließender plebiszitärer Bestätigung – also einer Bestätigung durch die Bürgerinnen und Bürger – aus. Die Fraktion der CDU/CSU plädierte für minimale Änderungen des Grundgesetzes, die sich an Kapitel II, Artikel 5 des Einigungsvertrags orientieren und nicht darüber hinaus gehen sollten; diese Haltung setzte sich letztlich durch:

Der Einigungsvertrag vom 31.8.1990 betont in seiner Präambel, beide Staaten wollten die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft in freier Selbstbestimmung vollenden, in beiden Teilen Deutschlands gemeinsam in Frieden und Freiheit in einem rechtsstaatlich geordneten, demokratischen und sozialen Bundesstaat leben und das Werk der Bürgerbewegung der DDR dankbar vollenden, eingedenk der besonderen Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland,

75 Jahre Grundgesetz - ein Grund zum Feiern?

die der Achtung der Menschenrechte und dem Frieden verpflichtet bleibt sowie dem europäischen Zusammenleben in der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten. Aus dem Rückblick von über 30 Jahren muss man Herta Däubler-Gmelin in ihrem Votum zur Verfassungsänderung zustimmen:

„Der vollzogenen staatlichen Einheit muss eine Phase der inneren Einigung, des Zusammenwachsens in Deutschland folgen. Die Diskussion über unsere zukünftige Verfassung kann dazu beitragen, das Zusammenwachsen aller Deutschen zu fördern, kann Verständigung und auch das Zusammengehörigkeitsgefühl verstärken.“

Deutscher Bundestag, 12/25, 14.5.1991, S. 1717 A.



Forumsblog 2-2024

Bewährungsprobe für Grundrechte

Als in den 1970er Jahren die Mordserie der RAF die Bundesrepublik erschütterte und die damalige Regierung zu unterschiedlichen Restriktionen gegen „Linke“ provozierte, sahen sich Intellektuelle genötigt, dazu Stellung zu beziehen. 1977 und 1978 erschienen daher Briefsammlungen, die sich der „Verteidigung der Republik“ bzw. der bürgerlichen Freiheit widmeten. Anhand konkreter Situationen zeigten sie auf, wie es in der Bundesrepublik der späten 1970er Jahre um die konkrete Umsetzung und Verwirklichung der vom Grundgesetz verbürgten Grundrechte bestellt war.

An einigen dieser Briefe lässt sich theseartig erläutern, wie Lernende und Lehrende die damalige Situation angesichts des „Deutschen Herbstes“ der RAF-Morde und des 1972 von Bund und Ländern beschlossenen „Radikalenerlasses“ im Rahmen der Notstandsgesetze beurteilten.

These 1

Widerstand gegen den „Radikalenerlass“

Am 28. Januar 1972 unterzeichnete Bundeskanzler Willy Brandt

den „Radikalenerlass“. Sein Anliegen war vor allem die Ostpolitik: 1968 war, nach zwölf Jahren Verbot, wieder eine Kommunistische Partei zugelassen worden, als Konzession an den Warschauer Pakt. Auf der Grundlage ihrer Neutralitätspflicht hatten Beamtinnen und Beamte auch im privaten Bereich das Mäßigungsgebot zu befolgen, das als Ergänzung zur bis heute gültigen Regelung im Beamtengesetz diente, wonach Beamtinnen und Beamte dem ganzen Volk und nicht einer Partei dienen. (Sie haben die allgemeine Treuepflicht, sich für die Interessen des Arbeitgebers einzusetzen und alles zu unterlassen, was dem Arbeitgeber abträglich sein könnte.)

Um ihr Amt unparteiisch und gemeinwohlorientiert ausführen zu können, müssen sie sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes beekennen. Diese Haltung wurde routinemäßig durch Anfragen beim Verfassungsschutz überprüft.

Erst ab 1979 mussten konkrete Verdachtsmomente dafür vorliegen. Es dauerte bis 1991, bis der „Radikalenerlass“ in allen Bundesländern abgeschafft war.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/346271/vor-50-jahren-radikalenerlass/>

Vor diesem Hintergrund wandte sich Heinrich Böll in einem Brief an den damaligen NRW Bildungsminister Girgensohn und setzte sich für eine gemäßregelte Lehrerin ein. Dabei attestierte er der Behörde, eine „verheerende Straße der Lähmung, Resignation, Depression und Ausweglosigkeit“ bei den

Bewährungsprobe für Grundrechte

Betroffenen zu verantworten. Böll betonte die für ihn ewig scheinende Dauer, bis sich diese höheren Einsichten überall und nicht nur auf allen bürokratischen Ebenen durchsetzten. Er verwies dabei auf die zu bereinigende Stimmung, die in seinen Augen immer mehr Verdächtige und Verdächtigte schafft, die angesichts der Arbeitslosigkeit leicht auszuschalten, abzulehnen seien. Er ironisiert diese Behördensicht mit dem Motto: Man braucht ihnen dann nicht mehr Anhörungen, Prüfung ihrer Vita, Beschnüffelung ihrer Gesinnung zuzumuten, sondern kann sie einfach als „nicht qualifiziert“ ablehnen, ganz ohne politische Benotung, ohne Ministerpräsidentenbeschluss oder irgendwelche beamtenrechtlichen Vorschriften – eine 5 bei irgendeiner Visitation reicht.

Böll bezieht in diesem Zusammenhang seinen Artikel über ein Urteil gegen KPD-Mitglieder, der zu einem (zu diesem Zeitpunkt bereits eingestellten) Ermittlungsverfahren gegen ihn geführt habe, auf die Konsequenzen für die Lehrerin, für die (und deren beigefügten Bericht) er sich mit seinem Brief einsetzte. Daher stellt er Girgensohn die abschließende Frage, ob er seine publizistische Tätigkeit einstellen oder einschränken solle, wenn sie zum Anlass für die Entlassung oder Nichteinstellung einer jungen Lehrerin werde?

Mit dieser Frage und seinem Brief ermutigt Böll dazu, im eigenen Umfeld aktiv die Grundrechte gegen ihre Gefährdungen und Gefährder zu verteidigen.

<https://www.ndr.de/kultur/50-Jahre-Radikalenerlass-Betroffen-waren-vor-alle-m-die-68er,radikalenerlass112.html>
(abgerufen Februar 2024)

These 2

Meinungsfreiheit als pädagogische Grundhaltung

Gleiches gilt für den zweiten exemplarischen Fall, der die Verteidigung der Meinungsfreiheit zum Thema hat, die ebenfalls durch den Konflikt mit der Überprüfung des „Mäßigungsgebots“ für Beamte, vor allem für Lehrende geprägt ist.

Noch 1990 hatte das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil (25.01.1990; - 2 C 50/88) geurteilt, ein Lehrer dürfe während des Schulunterrichts keine Anti-Atomkraft-Plakette tragen, weil das ein unzulässiger Eingriff in den Meinungsbildungsprozess der Schülerinnen und Schüler darstelle.

Damit gab das BVG der Schulleiterin und der Vorinstanz nachträglich Recht, die einem Lehrer 1977 das Tragen der Plakette im Unterricht verboten hatte.

Als sich dieser Fall zur Kontroverse zwischen der Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) entwickelte, schrieb Hartmut von Hentig, der um Unterstützung als Gutachter von der GEW gebeten worden war, einen Brief an den Hamburger Schulsenator, in dem er auf eigene Erfahrungen und die allgemein zugängliche theoretische Diskussion über die Voraussetzungen und Wirkungen politischer Bildung hinwies. Er äußerte seine Bedenken gegenüber der Argumentation des „Mäßigungsgebotes“ und plädierte für die Rücknahme des Erlasses, bevor ein ordentliches Gericht darüber befände. Er fragte den Senator, wie er sich zu Eltern verhielt, die ein

Kreuz, das Symbol des christlichen Glaubens, um den Hals tragen und sich damit zu etwas bekennen, was ihr Leben und das Leben der Kinder ungleich stärker bestimme als Atomenergie und mindestens genauso unverständlich sei.

Von Hentig vergleicht das mit Religion, Moral, Liebe und politischer Gesellschaftsordnung: Auch die würden ja nicht in der vom Erlass geforderten sachlichen Analyse der Bedingtheiten, der Motive, des Für und Wider der Angelegenheit ergründet, sondern bedürften eines gesamten Bildungsprozesses. Zu diesem gehören für ihn auch die Glaubwürdigkeit im Verhalten von Lehrenden und Eltern, die dafür ihre Gedanken nicht verbergen können, sondern die Meinungsfreiheit, die sie den Kindern beibringen sollen, selber praktizieren müssten. Von Hentig fragt rhetorisch, wie eine Lehrkraft den Lernenden erklären soll, warum er/ sie die Plakette am Schuleingang und -ausgang abnimmt, sonst aber trägt.

Mit seiner ironischen Antwort auf die schulamtliche Kernthese von der realpsychologischen Situation ermutigt von Hentig dazu, Beschränkungen aller Art mit kreativer Befreiungsrhetorik zu benennen und anzuklagen.

These 3

Die Verteidigung des offenen Diskurses

Ein drittes Konfliktfeld zwischen Meinungsfreiheit und Staatsraison ergab sich, als ein Göttinger Germanistik-Student unter

dem Pseudonym „Mescalero“ nach dem Mord an Klaus Bu-back in einem „Nachruf“ seine klammheimliche Freude nicht verhehlte, da es jemanden getroffen habe, der stetig gegen Linke gehetzt habe. Allerdings spricht er sich zugleich gegen terroristische Gewalt aus. Man solle sich von dem bekämpften System nicht nur im Ziel, sondern auch in den Mitteln positiv abgrenzen. Der Weg zum Sozialismus solle nicht mit Leichen gepflastert werden. Die Medien, die diesen „Nachruf“ kritisch aufgriffen, beschränkten sich meist darauf, die „klammheimliche Freude“ zu kritisieren. Linke studentische Gruppen sowie 48 Hochschullehrer aus dem gesamten Bundesgebiet ließen den „Nachruf“ nachdrucken, sie verlangten „eine öffentliche Diskussion des gesamten Artikels“.

Dem schloss sich auch Dorothee Sölle an, die einer jungen Lehrerin auf ihre mündliche Frage nach ihrer Interpretation des Vorfalls schrieb, sie vertraue darauf, dass es noch Richter, Lehrer, Sozialarbeiter, noch Polizeibeamte, noch Pfarrer gebe, die Widerstand gegen die Aushöhlung der Demokratie leisteten – trotz der Anzeigen und Gerichtsurteile wie die gegen Studenten, die den „Nachruf“ nachdruckten, bzw. die Urteile gegen den Göttinger ASTA und die Göttinger Nachrichten. Sölle schilderte der Lehrerin diese in ihren Augen vernichtenden Urteile mit dem Rat, sie im Unterricht zu verwenden. Auf diese Weise würden die Lerngruppen erfahren, in was für einem Staat sie lebten und wie die Gesetze in diesem Land funktionierten. In diesem Zusammenhang zitiert sie aus einem Urteil, dass die Annahme, alle Bürgerinnen und Bürger seien von einer grauen Zahl gutbezahlter verfassungsfeindlicher Organisationen bedroht, die unkontrollierbar in Schulen, Me-

Bewährungsprobe für Grundrechte

dien, Jugendorganisationen alles unterwanderten, als „strafmildernd“ für die Angeklagten eingeordnet hatte.

Mit dieser Aufforderung politische Bildung ernst zu nehmen und so im Sinne der Professoren-Petition einen offenen Diskurs zu ermöglichen, ermutigt Sölle dazu, sich im eigenen Umfeld für einen solchen offenen Diskurs zu engagieren.

These 4

Stets mit Augenmaß urteilen

Das vierte Konfliktfeld zwischen Meinungsfreiheit und Staatsraison ergab sich im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer und der Ermordung seiner Begleiter. Noch stärker als Buback war er als ehemaliger SS-Untersturmführer und NSDAP-Mitglied für Terroristen der RAF Repräsentant der Hitler-Generation, als Arbeitgeberpräsident Symbol des verhassten Kapitalismus. Vor diesem Hintergrund schrieb Marion Gräfin Dönhoff aus Südtalien an den niedersächsischen Wissenschaftsminister Eduard Pestel, der gleichzeitig für den Club of Rome tätig war. In dem Brief bemitleidete sie ihn dafür, dass der aktuelle Skandal 1978 weit komplizierter sei als der Kampf für das Weltklima. Auch wenn sie den öffentlichen Zorn über den Fall Schleyer verstehe, so Dönhoff, scheine ihr der Ruf nach Rache abwegig. Sie zitiert in diesem Zusammenhang eine Zeitungsmeldung, wonach jemand vorgeschlagen habe, den Entführern anzudrohen, dass jeden Tag, an dem Schleyer länger in Erpresserhaft gehalten werde, einer

der Stammheimer Häftlinge an die Wand gestellt würde. Die Bilder von Sandsäcken, Stacheldraht, Panzerwagen mitten in Bonn seien zornenerregend, aber im Moment unentbehrlich, aber sie würden es nicht lange sein, da man sich in wenigen Jahren dieser Episode nur noch als eines Alptraums erinnern werde, sofern die Verantwortlichen sich das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand winden ließen.

Mit dieser Kritik an einer unkontrollierten Reaktion und Berichterstattung ermutigt Gräfin Dönhoff dazu, sowohl im Blick auf die eigene emotionale Rhetorik als auch auf rhetorische Entgleisungen anderer auf einen sachlichen Ton und Duktus Wert zu legen.

These 5

Die RAF und die DDR

Die Staatssicherheit (Stasi) hatte großes Interesse an der RAF. Sie sammelte zunächst Informationen über die Terroristen und beobachtete deren Aktivitäten in der Bundesrepublik. Die Geheimpolizei befürchtete, dass sich die RAF auch gegen das SED-Regime richten könnte. Um die Terroristen besser überwachen zu können, billigte sie bereits in den 70er Jahren Ein- und Ausreisen der Terroristen über den Ostberliner Flughafen-Schönefeld. Anfang der 80er Jahre intensivierten sich die Kontakte zwischen den Terroristen und der Staatssicherheit. Die RAF bat das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) um Un-

terstützung bei der Unterbringung von ausstiegswilligen RAF-Mitgliedern. Überraschend machte das MfS das Angebot, diese in der DDR aufzunehmen. Das MfS verbarg die Ex-Terroristen vor der bundesdeutschen Fahndung und verschaffte ihnen neue Identitäten. Sie wurden in Operativen Personenkontrollen (OPK) „bearbeitet“, also beobachtet und kontrolliert, sowie später auch als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) angeworben. Von der Aufnahme der RAF-Aussteiger versprach sich die Stasi Erkenntnisse über die Absichten der Gruppe. Vor allem hatte die Staatssicherheit nun ein Faustpfand in den Händen, falls die aktiven Gruppenmitglieder doch noch gegen die DDR vorgehen würden. Zugleich schätzte die Stasi die antiimperialistische Ausrichtung der RAF.

Stasi-Minister Mielke erwog sogar, die Linksterroristen in einem militärischen Konfliktfall hinter den feindlichen Linien einzusetzen. Die Staatssicherheit unterstützte die RAF, indem sie für die Freilassung in Osteuropa inhaftierter RAF-Mitglieder sorgte. Mehrfach ließ das MfS die bundesdeutsche Fahndung ins Leere laufen, indem sie beispielsweise falsche Fahrten legte. Mitarbeiter der Abteilung XXII gewährten in der ersten Hälfte der 80er Jahre aktiven RAF-Mitgliedern Unterschlupf im „Objekt 74“, einer geheimen Unterkunft bei Frankfurt/ Oder, und trainierten sie auf einem Schießplatz im Umgang mit Waffen. Die Stasi protokollierte auch alle Details der Schleyer-Entführung und weiterer RAF Morde und sammelte Informationen über DDR-Verbindungen operativ bedeutsamer Personen aus dem RAF-Umfeld.

<https://www.stasi-mediathek.de/sammlung/stasi-und-raf/>

These 6

Demokratieverteidigung als literarische Herausforderung

In der Einleitung zur Briefsammlung, aus der die Briefe stammen, heißt es, die Texte seien getragen von der Hoffnung und von der Verteidigungsbereitschaft engagierter Demokraten. Trotz der zunehmenden Intellektuellenbeschimpfung wollten die Briefe weder anklagen noch zurückschlagen, sondern mobilisieren, was verschüttet zu werden drohe: Zivilcourage und politische Phantasie.

Gegen die Auffassung der RAF, die Gesellschaft sei weder reformbedürftig noch reformfähig, stellten sie die Position, nur die Anerkennung der Reformbedürftigkeit und der Reformfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens könne langfristig dem Terrorismus (und seiner bieder männlichen Nutznießerei) den Garaus machen.

Das bedeutet fast 50 Jahre später – angesichts eines damals tabuisierten Terrors von rechts – Meinungsfreiheit, offenen Diskurs und Augenmaß in der Kommunikation mit Jung und Alt, mit Betroffenen und Verantwortlichen in persönlichen Gesprächen und medial zu kultivieren.



Forumsblog 3-2024

Revolution dialektisch gesehen

Auch wenn ein Todestag als Anregung zum Gedenken an Innovationen ungewöhnlich scheint, ist es bei Lenin anders. Sein Wirken verweist auf den Übergang zwischen zwei unterschiedlichen Haltungen gegenüber dem sowjetischen Sozialismus: seine von Marx beeinflusste Haltung und die totalitäre der nachfolgenden Zeit. Diese Mittlerstellung Lenins zwischen einem marxistischen Sozialismus und einem totalitären Kommunismus zeigt sich an den hier ausgewerteten Schriften, die auszugsweise in Thesenform zum Weiterdenken und Transformieren in eine von Polarisierung, Umbrüchen und Umdenken geprägte Gesellschaft ermutigen.

These 1

Lenin bleibt lebendig

Wie seine Haltung auf Zeitgenossen wirkte, zeigte sich in der Reaktion auf Lenins Tod, z.B. bei Clara Zetkin, die ihren tiefsten persönlichen Schmerz als erdrückend empfindet:

„Genossen und Genossinnen! Im Namen der deutschen Genossen habe ich Euch zu sagen: Euer unersetzlicher Verlust ist

auch unser unersetzlicher Verlust; Euer unermesslicher Schmerz ist auch unser unermesslicher Schmerz. Wir teilen Eure heiße und grenzenlose Dankbarkeit gegenüber dem großen Lenin. Euer heiliges Gelöbnis ist auch unser Gelöbnis: In seinem Geist zu arbeiten und zu kämpfen, das große Werk zu hüten und fortzusetzen, an das er sein Herzblut gegeben hat. Wir deutschen Kommunisten und über die Reihen unserer Partei hinaus alle Proletarier Deutschlands, die einen Funken Hass gegen den Kapitalismus empfinden, sind eins in tiefer Trauer mit Euch allen in diesem Saale, mit den Zehntausenden und aber Zehntausenden in den Fabriken und Straßen Moskaus, mit den ungezählten Millionen Arbeitern und Bauern in Sowjetrußland, im Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken, mit den ungezählten Millionen von Unterdrückten und Ausgebeuteten in der ganzen Welt: die Proletarier in den modernen kapitalistischen Betrieben Europas und Amerikas, die Fellachen in Ägypten, die Völkerschaften im Nahen und Fernen Osten.

Lenin ist nicht mehr! Für die Kommunistische Partei Deutschlands wurde er zu einem funkelnden, wegweisenden Stern. Lange Zeit erkannten wir in der Internationale nicht die ganze Kraft seines Leuchtens. Erst als die Nacht immer tiefer und dunkler wurde, brannte dieses Licht hell für uns alle. Lenin wurde zum Lehrer der Kommunistischen Partei Deutschlands, er lehrte sie, den richtigen Weg zwischen Stürmen und Wogen zu finden.“

Zetkin ermutigt, mit ihren eigenen Worten formuliert, zu instinktivem Empfinden zwischen Echtem und Unechtem, zwischen schlichter Größe und protziger Aufgeblasenheit, zwi-

Revolution dialektisch gesehen

schen zugewendeter, aufopferungsvoller, tatgebender Liebe und dem Haschen nach einer Popularität, in der sich hohle Eitelkeit spiegelt. Das gilt selbstverständlich nicht nur im Blick auf prominente Persönlichkeiten.

Prawda (Moskau), Nr.24 vom 31. Januar 1924.
Clara Zetkin, Für die Sowjetmacht, Artikel, Reden und Briefe, Berlin 1977, S.344-350.

These 2

Revolution im Exil

Am 19. September 1915 schrieb Lenin an den linken Sozialrevolutionär V.A. Aleksandrovic:

„Werter Genosse! Genossin Kollontai hat mir Ihren Brief übersandt. Ich habe ihn zweimal aufmerksam gelesen. Ihren leidenschaftlichen Protest gegen die Emigration, die Sie offenbar gründlich enttäuscht hat, begreife ich wohl. Aber die Erfahrungen von 1905 haben meiner Ansicht nach bewiesen, dass es Emigration und Emigration gibt. Der Teil der Emigration, der vor 1905 die Losungen und die Taktik der revolutionären Sozialdemokratie ausgearbeitet hatte, konnte in den Jahren 1905-1907 sofort eine enge Verbindung mit der revolutionären Massenbewegung der Arbeiterklasse in allen ihren Formen herstellen. Ebenso wird es meiner Meinung nach auch jetzt sein. Wenn die Losungen stimmen, wenn die Taktik richtig ist, dann wird sich die Masse der Arbeiterklasse auf einer be-

stimmten Entwicklungsstufe ihrer revolutionären Bewegung unausbleiblich diesen Losungen zuwenden.“

Mit dieser Zuversicht ermutigt Lenin dazu, das eigene (äußere/innere) Exil als Chance zu begreifen, z.B. Fremdheitserfahrungen mit anderen zu teilen, sich nicht zu isolieren, sondern als Teil einer (ggfs. auch virtuellen) Welt-Gemeinschaft zu begreifen.

Lenin, Briefe, Bd. IV/145f.

These 3

Revolution lässt sich studieren

Wie Lenin Sozialismus verstand, zeigt sich z. B. in seinen Äußerungen über die sozialistische Studentenschaft. „Vom landläufigen Standpunkt des vulgären „Revolutionarismus“ aus gesehen, erfordert die ideologische Einigung der Studentenschaft allerdings keine einheitliche Weltanschauung, sie schließt diese vielmehr aus; ideologische Einigung bedeutet „Duldsamkeit“ gegenüber verschiedenartigen revolutionären Ideen, setzt Verzicht auf ein entschiedenes Bekenntnis zu einem bestimmten Ideenkreis voraus, kurzum, ideologische Einigung setzt, vom Standpunkt dieser weisen Politikaster, eine gewisse ideologische Indifferenz voraus (natürlich mehr oder weniger geschickt verhüllt durch abgedroschene Formeln über die Großzügigkeit der Ansichten, über die Wichtigkeit der Einheit um jeden Preis und unverzüglich usw. usf.). Als ziem-

lich plausible, ja auf den ersten Blick sehr überzeugende Beweisführung für eine solche Fragestellung dient stets der Hinweis auf die allbekannte und unbestrittene Tatsache, dass es in der Studentenschaft den politischen und sozialen Ansichten nach recht unterschiedliche Gruppen gibt und wohl oder übel geben muss und dass deshalb die Forderung nach einer einheitlichen und bestimmten Weltanschauung unweigerlich einige dieser Gruppen abstoßen – folglich die Einigung stören, folglich statt einträchtiger Arbeit Streitigkeiten hervorrufen, folglich die Kraft des gemeinsamen politischen Ansturms schwächen wird usw. ohne Ende.“

Diese spöttisch-abwertende Schilderung revolutionärer Ausbildung ermutigt dazu, in der eigenen Lernbiografie, aber auch in pädagogischen Diskursen und Debatten aufmerksam auf den kritisierten Aspekt des innovativen und enttabuisierten Denkens zu bleiben und eigene Erfahrungen mit Vielfalt, freierheitlichem und revolutionärem Denken in der Praxis wie in der Theorie und Literatur zu machen.

Veröffentlicht im September 1903 in der Zeitung Student, Nr.2/3. (Unterschrift: N. Lenin) Lenin: Werke, Bd.7, Berlin 1956, S.30-44.

These 4

Revolution als Exportgut

Lenins Frau Nadeschda Konstantiovna Krupskaja erinnert sich an die gemeinsame Zeit in München, wo sich russische und

deutsche Kultur begegneten. Sie macht das fest an einer Mai-feier, wo es der deutschen Sozialdemokratie zum ersten Mal gestattet worden war, einen Umzug zu veranstalten, aber nur unter der Bedingung, dass man Ansammlungen innerhalb der Stadt vermeide und die Feier außerhalb veranstalte. Das habe dazu geführt, dass die deutschen Sozialdemokraten in großen Kolonnen, mit Kind und Kegel schweigend im Eilmarsch durch die Stadt zum Restaurant zogen, ohne Fahnen oder Plakate wie bei den ihr bekannten Demonstrationen aus Anlass des Weltfeiertages der Arbeiterklasse.

Diese Schilderung ermutigt dazu, auch im Blick auf angepasste, von ihren Ursprüngen gelösten Rituale, sich wieder an die ursprüngliche Botschaft zu erinnern und auf diese Weise den existenzellen Kern von seinen Hüllen zu befreien.

Lenin in München. Hg. v. der Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion e.V. München, Frankfurt a. Main 1977, S. 463-466.

These 5

Kampf gegen die falsche Religion

Lenin ist der Auffassung: Die ökonomische Unterdrückung der Arbeiter verursacht und erzeugt unvermeidlich alle möglichen Arten der politischen Unterdrückung und sozialen Erniedrigung, der Verrohung und Verkümmern des geistigen und sittlichen Lebens der Menschen. Die Arbeiter können für sich

Revolution dialektisch gesehen

mehr oder weniger politische Freiheit für den Kampf um ihre ökonomische Befreiung erringen, aber keinerlei Freiheit wird sie von Abhängigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung erlösen, solange die Macht des Kapitals nicht gestürzt ist.

„Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet.

Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wunder usw. erzeugt. Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieden, womit sie ihnen eine recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet und Eintrittskarten für die himmlische Seligkeit zu erschwinglichen Preisen verkauft. Die Religion ist das Opium des Volks.

Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen.“

Lenins Äußerungen machen Mut, zwischen Religiosität und Religion zu unterscheiden und die eigene und fremde Spiritu-

alität immer wieder auf ihre Echtheit und Sinnstiftung zu hinterfragen.

W.I. Lenin, Sozialismus und Religion, 1905. in: Nowaja Shisn, Nr.28, 3. Dezember 1905.

W.I. Lenin, Sochineniia (Werke), Moskau 1941, Bd.10, S.70-75. übers. nach: W.I. Lenin, Über die Religion: eine Auswahl, Berlin 1981, S.39-44.

These 6

Sozialismus als wahre Religion

Die ursprüngliche Weltanschauung der Sozialdemokratie ist auf dem wissenschaftlichen Sozialismus, d. h. dem Marxismus aufgebaut. Die philosophische Grundlage des Marxismus bildet, wie sowohl Marx als auch Engels wiederholt erklärt haben, der dialektische Materialismus, der die historischen Traditionen des Materialismus des 18. Jahrhunderts in Frankreich sowie die Schriften Feuerbachs in Deutschland in vollem Umfang aufgegriffen hat – eines Materialismus, der unbedingt atheistisch und jeder Religion entschieden feind ist.

„Wir erinnern daran, dass der ganze Anti-Dühring von Engels, den Marx im Manuskript gelesen hat, den Materialisten und Atheisten Dühring des inkonsequenten Materialismus überführt, dass er nachweist, wie Dühring der Religion und einer Religionsphilosophie Hintertürchen offenlässt. Wir erinnern daran, dass Engels in seinem Werk über Ludwig Feuerbach diesem vorwirft, er habe die Religion bekämpft, nicht um sie abzuschaffen, sondern um sie zu erneuern, um eine neue,

„höhere“ Religion zu konstruieren u.dgl.m. Die Religion ist das Opium des Volkes – dieser Ausspruch von Marx bildet den Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Frage der Religion. Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die die Ausbeutung verteidigen und die Arbeiterklasse verdummen und umnebeln sollen.“

Diese Äußerungen ermutigen dazu, neu über das Verhältnis von Religion und Wissenschaft und über die befreiende Rolle von Religion nachzudenken, indem auch ihre Schattenseiten in den Blick kommen (Kolonialismus, Kapitalismus, Imperialismus, Liberalismus).

Erstmals erschienen in Proletari, Nr.45, 13. (26.) Mai 1909. W.I. Lenin, Über die Religion: eine Auswahl, Berlin 1981, S.53-66.

These 7

Revolution als nachhaltiger Prozess

„Ich würde sehr empfehlen, auf diesem Parteitag eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur vorzunehmen. Ich möchte Ihnen die Erwägungen mitteilen, die ich für die wichtigsten halte. In erster Linie rate ich, die Zahl der Mitglieder des ZK auf einige Dutzend oder sogar auf hundert zu erhöhen. Mir scheint, unserem Zentralkomitee würden, falls wir

eine solche Reform nicht vornehmen, große Gefahren drohen, wenn sich der Gang der Ereignisse nicht ganz günstig für uns gestaltet (damit müssen wir aber rechnen). Sodann möchte ich der Aufmerksamkeit des Parteitags empfehlen, den Beschlüssen der Staatlichen Planungskommission unter bestimmten Voraussetzungen gesetzgeberischen Charakter zu verleihen, diesbezüglich also Gen. Trotzki bis zu einem gewissen Grad und unter gewissen Bedingungen entgegenzukommen. [...] Eine solche Reform würde unsere Partei erheblich festigen und ihren Kampf erleichtern, den sie inmitten feindlicher Staaten zu führen hat, und der sich meiner Meinung nach in den nächsten Jahren stark zuspitzen kann und muss. Mir scheint, dass unsere Partei durch eine solche Maßnahme tausendfach an Stabilität gewinnen würde.“

Lenin, V.I., Brief an den Parteitag, 23. Dezember 1922 bis 4. Januar 1923.

Dieses Vermächtnis ermutigt über den historischen Kontext hinaus die eigenen Innovationen möglichst nachhaltig zu gestalten und zudem nicht nur aus regionaler oder nationaler, sondern aus globaler Perspektive zu betrachten, indem z.B. pazifistische Aktionen im Blick auf den globalen Süden unter Berücksichtigung von Postkolonialismus und Klimagerechtigkeit konzipiert werden.



Forumsblog 4-2024

Philosophie in Ost und West

Fragt man nach prägenden Philosophen in beiden Teilen Deutschlands, stößt man vor allem auf die Namen Marx, Nietzsche und Kant als einflussreiche Persönlichkeiten, auch wenn selbstverständlich der gesamte Kanon im Blick war.

Dass im Folgenden das Thema Utopie und diese drei Denker näher betrachtet werden, hängt mit der engen Verbindung von Wissenschaft und Ideologie der Weltbilder in Ost und West zusammen. Das soll im Folgenden theseartig näher erläutert werden.

These 1

Marx als Grundlage im Osten

Die DDR-Führung setzte auf den sogenannten wissenschaftlichen Marxismus und erklärte, ihre Politik auf philosophisch begründeten Prämissen aufbauen zu wollen. Dazu dienten Institutionen wie die staatsreue „Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“, um Vorlagen für die offizielle Ideologie der DDR zu liefern. Zur theoretischen Untermauerung

verfasste der KPD-Kulturverantwortliche Anton Ackermann 1946 den Aufsatz „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ wo u.a. auf Marx und Engels und die Geschichte der Klassenkämpfe hingewiesen wird; allerdings habe nur die Russische Revolution eine grundlegende Veränderung der Gesellschaftsstruktur erreicht.

Als 1948 Stalins „Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ in den Schulen verpflichtend gemacht wurde, musste sich Ackermann von seinen bisherigen Auffassungen distanzieren. Auf der 1. Parteikonferenz am 28. Januar 1949 wurde der Marxismus-Leninismus in der Sowjetzone Deutschlands eingeführt. Wer philosophisch von der offiziellen Linie abwich, musste sich Nischen suchen.

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/537084/die-etablierung-des-marxismus-leninismus-in-der-sbz-ddr-1945-1955/>

Während in den Arbeiterparteien Westdeutschlands angesichts ihrer Vorgeschichte und des „Wirtschaftswunders“ keine sinnvolle Diskussion des Marxismus in Gang kam, existierten im akademischen Bereich eine Vielzahl von mehr oder weniger eindeutig an marxischen Thesen und Denkfiguren orientierten marxistischen Positionen mit historisch-kritischem Aspekt als gemeinsamem Merkmal.

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/528036/marxistische-positionen-und-linke-studentenopposition-in-der-bundesrepublik-i-der-marxismus-in-deutschland/>

These 2

Marx als Herausforderung im Westen

Je mehr Marx im Osten Standard wurde, umso mehr wurde er im Westen tabuisiert bzw. (wie bei Ritter, Marquart u.a.) kritisiert, auch wenn die „Frankfurter Schule“ (Adorno, Horkheimer) seine Ideen aufgriff. Wolfgang Abendroth galt als der einzige unter den bundesdeutschen Hochschullehrern, der sich zum Marxismus – als wissenschaftlicher Methode – offen bekannte. Die „Theorie eines kritisch erneuerten Marxismus“ begriff er als „Theorie des sozialistischen und demokratischen Humanismus, wie sie seit Mitte des 19. Jahrhunderts durch Karl Marx und Friedrich Engels in der Gesellschaft des liberalen Kapitalismus entwickelt wurde“. Sie biete nach wie vor die „Grundlagen /.../, um auch die Gesellschaft des Spätkapitalismus, ihre Auseinandersetzungen mit den mit ihr koexistierenden /.../ sozialistischen Systemen, den kolonial-revolutionären Regimen und ihre politischen Konflikte zu verstehen und zu ihrer Lösung anzuleiten“.

In der Schrift „Das Grundgesetz“ (1966) führte er diesen zentralen Gedanken weiter aus: „Das Prinzip des demokratischen und sozialen Rechtsstaates geht /.../ davon aus, dass der Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 und der Selbstverwaltungsgedanke sich aus der politischen Ordnung in die Kultur- und Wirtschaftsgesellschaft übertragen kann, und dass der Gesetzgeber, die Exekutive und die richterliche Gewalt mindestens die Möglichkeit, wenn nicht den Auftrag erhalten, diese Ausdehnung demokratischer Grundsätze aus dem Staatsrecht

in die Beziehungen der Bewohner des Staatsgebietes (bzw. dem Anwendungsbereich des Grundgesetzes) untereinander durchzusetzen.“

Jens Hacke, Philosophie der Bürgerlichkeit, Göttingen 2011.

<http://wolfgang-abendroth-stiftungsgesellschaft-wasg.de/w-abendroth/>
https://www.marx-engels-stiftung.de/Texte/Jantzen_Marxismus-als-Denk-methode.pdf

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2020/november/exempel-deutsche-wohnen-der-kampf-um-die-materiale-demokratie>

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/philosophie-in-der-ddr-wenig-raum-fuer-freigeister-100.html>

These 3

Umgang mit Marx heute

Diese kurze Skizze aus Ost- und Westdeutschland ermutigt dazu, Möglichkeiten zu erkennen, sich einer Welt zu widersetzen, in der die Schere zwischen Arm und Reich, Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen extremem Reichtum und extremer Armut immer größer wird. Wo die Orientierung an Ökonomie an die Stelle von Menschenrechten tritt, gilt es, solchen neoliberalen Tendenzen ein moralisches Weltbild entgegenzusetzen und die korrumpierende Markt-Selbstregulation durch solidarische Formen der Kooperation zu ersetzen. Somit bleiben Marx und Marxismus weiterhin aktuell und von einer

generativen Wirksamkeit, wie sich an den Themen Klimawandel und Klimagerechtigkeit aufzigen lässt.

These 4

Nietzsche als Feindbild – Kant als Vorbild

Auch wenn Nietzsche in West- und Ostdeutschland wie auch in West- und Osteuropa als Nazi-Philosoph tabuisiert wurde – in den Staaten des Ostblocks wurde Nietzsche fast überhaupt nicht rezipiert.

Georg Lukács reihte ihn 1954 in die „irrationalistische“ bürgerliche Philosophie Deutschlands ein, die durch Zerstörung der Vernunft dem Faschismus und Nationalsozialismus den Weg bereitet habe.

Auf dieser Grundlage polemisierte vor allem Wolfgang Harich gegen Nietzsche und förderte sein Verbot in der DDR, während im Westen durch den Existentialismus das Interesse an Nietzsche wuchs und z.B. Walter Kaufmann Nietzsche mit Sokrates und Hegel in Verbindung setzte.

<http://www.episteme.de/download/Heinrich-Nietzsche-Rezeption.pdf>

Vorrangig im Westen befassten sich Philosophen mit den Aussagen von Immanuel Kant, dabei mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Deutungen. Ausgehend von der bisherigen Kantforschung las man seine Schriften im Hinblick auf seine Vorlesungen und beachtete sein kritisches Denken und

den fortlaufenden Prozess seines Philosophierens. Seine Werke als Fixierungen des bereits Durchdachten.

Gerhard Lehmann, Kants Tugenden. Neue Beiträge zur Geschichte und Interpretation der Philosophie Kants, Berlin, New York 1980.

Außerdem befasste man sich eingehender mit Kants Erfahrungsbegriff, vor allem im Blick auf die Erfahrung des wissenschaftlichen Kunstverstehens und der Naturerfahrung. Kunsterfahrung ist somit sekundäre Konstitution über die Naturerfahrung (Naturwissenschaft) und über die künstlerische Produktion von Gestalten aus dem sinnlich gegebenen Mannigfaltigen.

Gerd Wolandt, Überlegungen zu Kants Erfahrungsbegriff, Aachen 1978.

Zudem orientiere man sich im Westen an angesächsischen Kant-Interpretationen, wie die von Rawls, der in der „Theorie der Gerechtigkeit“ seine beiden Grundsätze der Gerechtigkeit als eine Version der kantischen Selbstzweckformel ansah und die kantische Konzeption moralischer Personen als freie und gleiche Vernunftwesen seiner Utilitarismuskritik zugrundelegte. Die spezifischen Beschränkungen des Urzustands erläuterte Rawls in der „kantischen Interpretation“ von Gerechtigkeit als Fairness, als verfahrensmäßige Deutung von Kants Begriff der Autonomie und des kategorischen Imperativs.

Rawls, John: A Theory of Justice; Cambridge, Mass., Harvard University Press 1971.

Im Osten war dagegen Lenins Polemik für lange Zeit ausschlaggebend, Kants Idealismus sei nicht kompatibel mit Marx' Materialismus. Entsprechend wurde Kant als Vertreter der Bourgeoisie angesehen, ohne Kenntnis von Klassenkämpfen, und deshalb von der SED tabuisiert, z. B. wenn es um Jubiläumsfeiern ging. Auch als Ernst Bloch 1954 zu einer Kant-Gedenkveranstaltung (150. Todestag) einlud, wurde diese von der SED-Führung kurzfristig abgesagt.

<https://leibnizsozietaet.de/wp-content/uploads/2024/03/Jahrestagung-2024.pdf>

These 5

Kant und Nietzsche heute

Angesichts der aktuellen Emotionalität in öffentlichen Diskussionen, der Ressentiments und Polarisierungen in vielen Debatten wird die Aktualität von Nietzsches Gesellschaftskritik deutlich, ebenso wie die wachsende Wut und Verzweiflung über Unterdrückung und Ungerechtigkeiten in der Welt. Einerseits zum Verständnis der Konflikte zwischen den Religionen, der revolutionären Bewegungen und anti-westlichen Bewegungen zur Beendigung des Kolonialismus, andererseits als Wegbereiter von Faschismus, Imperialismus und Raubtierkapitalismus bleibt er aktuell für linke Philosophen, Poststrukturalisten, gleichwohl auch für Rechte und Identitäre.

<https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/ein-meer-aus-widerspruechen-2194/>

Auch Kant bleibt aktuell aufgrund seines noch weitgehend unausgeschöpften diagnostischen und kritischen Potenzials und praktischer Orientierungskraft im Blick auf moralische Autonomie, Menschenwürde, föderale Weltfriedensordnung und Aufklärung als Verknüpfung von Vernunftkritik mit Vernunftvertrauen, von anthropologischem Realismus und moralischem Idealismus und von individuellem Glücksstreben und Moral. Das zeigt sich an seinem Einfluss auf die Kritische Theorie, vor allem auf Adorno und Horkheimer, und auf ihre Dialektik der Aufklärung.

Adornos Vorlesungen über die Philosophische Terminologie befassen sich mit Kants Erkenntnistheorie und Wissenschaftsbegriff und mit dem bürgerlichen und damit tendenziell repressiven Charakter des kantischen Freiheitsbegriffs („Strafbedürfnis“). Daran zeigt sich, dass bürgerliche Moral und bürgerliche Produktionsweise vom Standpunkt der Kritischen Theorie nicht voneinander zu trennen sind.

https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/ew/forschung/feuerbach/das_verhaeltnis_der_kritischen_theorie_zur_philosophie_kants.pdf

These 6

Umgang mit Utopien

Auch wenn Fernsehen, Flüge ins All, Fortbewegung schneller als der Schall und andere – ehemals sehr utopische – Träume mittlerweile erfüllt werden, sah Adorno in ihrer Verwirklichung einen eigentümlichen Charakter der Ernüchterung und der Langeweile, als wäre dabei das Beste vergessen worden und eine seltsame Schrumpfung des utopischen Bewusstseins eingetreten. Während einzelne technische Innovationen den Eindruck eingelöster Utopien erwecken könnten, sei jede Aussicht auf eine Veränderung des gesellschaftlichen Ganzen in weite Ferne gerückt. Denn die Fähigkeit, sich überhaupt vorzustellen, dass dieses Ganze auch ganz anders sein könnte, sei den Menschen völlig abhandengekommen.

Dass viele Utopien letztlich nicht erfüllt worden, sondern durch die Erfüllung banalisiert worden seien, meinte auch Ernst Bloch. Mit Skepsis, ob sie sich überhaupt verwirklichen ließen, hätten Utopien im Übrigen schon lange zu kämpfen gehabt. Der Slogan „Das ist nur eine Utopie!“, mit dem alternative Gesellschaftsentwürfe „als Wolkenkuckucksheim, als „Wishful Thinking“, „Träumerei“ abgetan würden, sei sehr alt, so Bloch.

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/adorno-ernst-bloch-utopie-archiv-swr-100.html>

In der DDR waren utopische Modelle Teil der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, die von der SED vorgegeben und

kontrolliert wurde. So war z.B. im Anschluss an Thomas Morus und inspiriert durch Gagarins Flug ins All vom „Zukunftsroman“ oder „utopisch-technischen Roman“. die Rede, was Ideal und Skepsis miteinander verband und zugleich einem wirklich utopischen Vorausdenken und Spekulationen enge Grenzen setzte .

<https://demokratischer-salon.de/beitrag/utopische-literatur-made-in-gdr/>
<https://www.fr.de/kultur/literatur/alte-debatte-aufgemischt-nietzsche-13532616.html>

These 7

Moderne Utopien

Auch wenn mit dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus die Versprechungen der großen Utopien der Moderne nicht eingelöst und schwach geworden schienen, so dass die Gesellschaft am Ende der Geschichte in ein post-utopisches Zeitalter im demokratischen Kapitalismus aufging (Habermas 1990; Fest 1991), dessen Krisenanfälligkeit immer deutlicher wurde: Spätestens seit den sozial-ökologischen Schäden der industriell-kapitalistischen Wohlstandsproduktion und der imperialen Lebensweise entstanden seit den 1970er Jahren in diesem Umfeld neue Utopien im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte sowohl in der Zivilgesellschaft als auch im Rahmen der internationalen Politik und Wissenschaft. Debattiert wurde und wird darüber, wie eine ökologischere und gerechtere Welt aussehen und gestaltet werden könnte.

Philosophie in Ost und West

Die Entstehung sozial-ökologischer Utopien fußte somit auf der Erkenntnis konkreter sozio-historischer Strukturprobleme moderner Gesellschaften und ist daher sozialer und ökologischer Natur. Die sich zwischen einem ökologischen Kollaps und einer transhumanistischen Perfektionierung der Naturbeherrschung aufspannenden Möglichkeitsfelder erscheinen enorm. Postwachstum und Gemeinwohlökonomie, Suffizienz und Klimagerechtigkeit sind die wichtigsten Kernbegriffe.

https://www.oekom-crowd.de/wp-content/uploads/2019/11/WendtGo%CC%88rgen_sozial-o%CC%88kologische-Utopien_Leseprobe.pdf



Forumsblog 5-2024

„Prager Frühling“

Der Name „Prager Frühling“ ist eine Anspielung auf die „Tauwetter“-Periode, die nach dem Tod Stalins 1953 in Teilen Osteuropas eingesetzt hatte. Ihren Anfang nahmen die Reformen 1968 mit der Wahl des Slowaken Alexander Dubček zum neuen Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei. Am 5. April 1968 verabschiedete die KSČ das über 60-seitige Aktionsprogramm mit dem Titel „Der Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus“. Es gilt als das wichtigste programmatische Dokument des Prager Frühlings.

Im Folgenden wird thesenartig aufgezeigt, welche Denkansätze sich aus der Vorgeschichte, dem Reformprozess und seinem Scheitern ergeben.

Günter Bischof/Viktor Iscenko/Michail Prozumenscikov/Peter Ruggenthaler/Oldrich Tůma/Manfred Wilke (Hrsg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/267379/das-reform-programm-des-prager-fruehlings/>

These 1

Die Vorgeschichte seit 1953

Stalins Tod und die erste Entstalinisierung, ausgehend von Nikita Chruschtschows Geheimrede 1956, hatten auch in der Tschechoslowakei zu einer Verurteilung des Personenkults geführt. Seit 1957 amtierte Partei- und Staatschef Antonín Novotný. Er hatte sein Land durch vorsichtige Wirtschaftsreformen in die „erste Liga“ des COMECON gebracht und 1964 als einziger Ostblockführer der Absetzung Chruschtschows durch Leonid Breschnew kritisch gegenübergestanden und sich gegen die Stationierung sowjetischer Raketenbasen gestellt, zugleich aber auch – entgegen der allgemeinen Liberalisierung (etwa durch Live-Fernsehdiskussionen in Kooperation mit dem ORF) – die Repressionspolitik fortgeführt.

Am 5. Januar 1968 musste Novotný von seinem Posten als Erster Sekretär der KPČ, der eigentlichen Machtposition zurücktreten und für den slowakischen KP-Chef Alexander Dubček Platz machen, blieb aber Staatspräsident.

Diese kurze Skizze ermutigt zum Nachdenken und Diskutieren, warum biografisch motiviertes politisches Engagement oftmals auf strukturelle Hindernisse stößt, d. h. warum einzelne Politiker mit ihren Anliegen scheitern, selbst wenn sie große Unterstützung in der Bevölkerung haben.

<https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/68er-bewegung/52007/der-prager-fruehling/>

„Prager Frühling“

Zur Vorgeschichte gehört auch eine Tagung anlässlich des 80. Geburtstages von Franz Kafka im Mai 1963 im barocken Schloss von Liblice, über die ein Jahr später unter dem Titel „Wer wird sich schon vor Kafka fürchten?“ ein Zeitungsartikel erschien. Dort diagnostizierte der Autor ein „kulturpolitisches Tauwetter“, das insbesondere in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen zu spüren sei: „Der Reisende, der in diesem Sommer die Staaten Osteuropas besucht, wird – wenn er Vergleiche zu früheren Reisen anstellt – einen bemerkenswerten Wandel auch in der Kulturpolitik dieser Länder feststellen können. Zwar wäre es verfrüht, von einer völligen Liberalisierung zu sprechen, aber die Diskussion über die Möglichkeiten einer freieren Entfaltung der Kultur ist überall im Gange, der Ruf nach einem mehr an Freiheit ist überall zu hören und kann nicht mehr wie früher, zu Zeiten Stalins, mit administrativen Maßnahmen zum Verstummen gebracht werden.“

Dieser Optimismus wenige Jahre vor dem sowjetischen Einmarsch ermutigt dazu, über die Rolle der Literatur für Demokratisierungsprozesse zu diskutieren.

<https://zeitgeschichte-online.de>

These 2

Reformen

Die Reformansätze 1968

Bereits vor 1968 gab es in der Tschechoslowakei Personen in der KSČ, die z. B. wirtschaftliche Reformen anregen wollten und die die Altlasten des Regimes aus stalinistischer Zeit beklagten. Oft zitiert wird dabei die Losung vom „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“, die an eine Textstelle des Aktionsprogramms angelehnt ist. Schwerpunkte des Aktionsprogramms:

- Entwicklung des Gesellschaftsmodells der „sozialistischen Demokratie“
- Verzicht auf den absoluten Herrschaftsanspruch durch die KSČ
- Bekenntnis zu einer weitgehenden Pressefreiheit
- Einräumung von Bürgerrechten
- Gewährung von Reisefreiheit
- Stärkung des Parlaments, Auflösung von Machtzentren
- Ausgleich zwischen Tschechen und Slowaken
- Vereinbarkeit von Sozialismus und Unternehmertum sowie Wirtschaftsreformen
- Abschaffung der Zensur in Kunst und Kultur

www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuel...as-reformprogramm-des-prager-fruehlings/

<https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/68er-bewegung/52007/der-prager-fruehling/>

Manifest der 2000 Worte

Einige Monate vor der Niederschlagung der Demokratiebewegung verfassten am 27. Juni 1968 zahlreiche Intellektuelle und Arbeiter ein Manifest, in dem es u. heißt:

Zuerst bedrohte der Krieg das Leben unseres Volkes. Dann kamen weitere schlechte Zeiten mit Ereignissen, durch die seine Gesundheit und sein Charakter seelisch gefährdet wurden. Hoffnungsvoll nahm die Mehrheit des Volkes das Programm des Sozialismus entgegen. Doch seine Leitung geriet unrechten Menschen in die Hände. Es wäre nicht so schlimm gewesen, dass sie nicht genug staatsmännische Erfahrungen, Sachkenntnisse noch philosophische Bildung besaßen, wenn sie wenigstens über mehr Weisheit und Anständigkeit verfügten und es verstanden hätten, sich die Meinung anderer anzuhören, und wenn sie es zugelassen hätten, schrittweise durch fähigere Menschen abgelöst zu werden.

...Wie nach dem Kriege, so haben wir auch im diesjährigen Frühling erneut eine große Gelegenheit. Wir haben wieder die Möglichkeit, unsere gemeinsame Sache, die den Arbeitstitel Sozialismus trägt, in die Hände zu nehmen und ihr eine Form zu geben, die besser unserem früheren guten Ruf als auch der verhältnismäßig guten Meinung entsprechen würde, die wir früher über uns hatten. Dieses Frühjahr ist eben beendet und kommt nicht mehr zurück. Im Winter werden wir alles erfahren. Dieses Manifest ermutigt dazu, sich und anderen Rechenschaft über die eigene demokratische Haltung auch in Krisenzeiten abzulegen.

<https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1486/details.html>

These 3

Der Warschauer Pakt reagiert

Die UdSSR, Ungarn, Polen, Bulgarien und die DDR forderten im Juli 1968 die Führung der KSČ auf, die angeblich vom Imperialismus unterstützte Offensive der Reaktion abzuwehren, die das Land vom Wege des Sozialismus abdrängt und die Interessen des ganzen sozialistischen Systems bedrohe.

Diese Drohung wurde im August 1968 mit der Invasion des Warschauer Pakts in Prag wahr gemacht und der Traum von einem „dritten Weg“ zerstört – trotz des zivilen Ungehorsams der Bevölkerung. Die Reformbewegung wurde im Keim erstickt, die Regierung nach Moskau entführt, wo Dubček das „Moskauer Protokoll“ unterschreiben musste, das fast aller Reformprojekte annullierte und die Stationierung sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei vorsah.

Diese Erfahrungen regen dazu an, über Resilienz und den Begriff des Scheiterns neu nachzudenken und zu diskutieren.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/267379/das-reformprogramm-des-prager-fruehlings/>

These 4

Verarbeitungen des Traumas

Milan Kundera und der Prager Frühling

In seinem Roman „Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins“ kommt Milan Kundera in einer Szene auch auf den Prager Frühling 1968 zu sprechen:

Die Invasion in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 – so heißt es dort – wurde fotografiert, gefilmt und in allen Archiven der Welt deponiert, weil die tschechischen Fotografen und Kamerateure sehr wohl begriffen hätten, dass es ihre Aufgabe war, das einzige zu tun, was es noch zu tun gab: für die ferne Zukunft: das Bild der Gewalt festzuhalten.

Auch die Hauptakteurin Teresa hatte diese sieben Tage auf der Straße verbracht, um russische Soldaten und Offiziere in belastenden Situationen zu fotografieren. Die Russen wussten nicht, was sie tun sollten. Sie hatten genaue Instruktionen, wie sie sich zu verhalten hätten, wenn auf sie geschossen oder mit Steinen geworfen würde, aber niemand hatte ihnen Weisungen erteilt, wie sie zu reagieren hätten, wenn man ein Objektiv auf sie richtete. Teresa belichtete mehr als hundert Filme. Etwa die Hälfte davon gab sie unentwickelt an ausländische Journalisten weiter (die Grenze war noch immer offen, Journalisten kamen angereist, meist nur auf einen Sprung, und waren dankbar für jedes Dokument).

Viele ihrer Aufnahmen erschienen in verschiedenen ausländischen Zeitungen: darauf sah man drohende Fäuste, beschä-

digte Häuser, mit blutigen blau-weiß-roten Fahnen zugedeckte Tote, junge Leute auf Motorrädern, die mit rasender Geschwindigkeit um die Panzer kreisten und die Nationalfahne an langen Stangen schwenkten, Mädchen in unglaublich kurzen Miniröcken, die die armen, sexuell ausgehungerten russischen Soldaten provozierten, indem sie vor deren Augen unbekannte Passanten küssten.

Wie bereits gesagt, die russische Invasion war nicht nur eine Tragödie, sondern auch ein Fest des Widerstandes, getragen von einer sonderbaren (niemandem mehr erklärbaren) Euphorie.

<https://vdoc.pub/documents/die-unertrgliche-leichtigkeit-des-seins-roman-6kj925c6ctzo>

Heinrich Böll als Zeitzeuge

Ähnlich schilderte auch Heinrich Böll in seinem Essay „Der Panzer zielte auf Kafka“, wie ein junger Mann, offenbar Westdeutscher und kein Journalist, beim Fotografieren erwischt wurde.

Ein sowjetischer Soldat kam quer über den Platz vom Hus-Denkmal her auf den jungen Mann zu, der unter den Kolonnen stand. Der Soldat hielt ihm die Maschinenpistole vor die Brust und verlangte die Kamera. Dem sowjetischen Soldaten war nicht wohl. Uns war auch nicht wohl. Ich hätte die Kamera sofort herausgerückt, selbst bei der Chance eins zu einhunderttausend, dass er nicht schießen würde. Es hat zu schnell einer, wenn auch nur aus Überreiztheit, den schwachen Druckpunkt einer MP durchgedrückt.

Beide Schriftsteller ermutigen dazu, Rückschläge und Enttäuschungen als Herausforderung und Resilienzfaktoren zu betrachten.

<https://www.boell.de/de/2018/07/11/der-panzer-zielte-auf-kafka-heinrich-boell-prag-1968>

Ota Sik, Lebenserinnerungen

Der stellvertretend Ministerpräsident und Wirtschaftsreformer schreibt in seinen Erinnerungen über das Prager Frühlingserwachen:

Im Februar hatte Dubček seine engsten Mitarbeiter ausgewechselt und sich endlich mit jüngeren und reformfreudigeren Kadern umgeben. (...)

Ab Ende Februar begannen die Medien die Bevölkerung immer offener und intensiver nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über die gegenwärtigen Vorgänge zu informieren. Die Menschen tauten schnell auf, auch wenn bei den Arbeitern noch relativ länger ein Misstrauen zu spüren war. Zu oft hatten sie schon Versprechen und Kehrtwendungen der Partei miterlebt, ohne dass sich etwas geändert hätte. (S. 224)

Wettlauf mit der Zeit (Juli 1968):

Der Parteitag [zur Bestätigung des neuen Kurses und zur Durchsetzung weiterer notwendiger personeller Änderungen] hätte organisatorisch Anfang Juni, wenn nicht sogar schon im Mai, bewerkstelligt werden können, also in einer Zeit, in wel-

cher an einen militärischen Eingriff in den «Bruderländern» noch gar nicht gedacht wurde. Ebenso hätte eine schnellere Entfernung der konservativen und reaktionären Kräfte aus den führenden politischen Positionen nicht zu den ewigen Provokationen und schließlich zu dem «Hilferuf» an die Sowjetunion geführt. Gegen einen geeinten Parteitag, mit gewählter neuer Führung und klaren demokratischen und sozialistischen Zielen, hätte ein Einmarsch militärischer Kräfte nicht so leicht stattfinden können.

Diese Äußerungen zeigen die politische Bedeutung autobiografischer Reflexion und ermutigen dazu, sich weiter in dieser Kunst zu üben.

<https://www.perseus.ch/wp-content/uploads/2012/03/Ota-Sik.pdf>

Der 17. Juni 1953 oder: die Ambivalenz von Feiertagen



Forumsblog 6-2024

Der 17. Juni 1953 oder: die Ambivalenz von Feiertagen

Viele Jahre lang wurde im Westen der 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit begangen. Dabei ging es damals in der DDR vor allem um den gescheiterten Versuch, Demokratie in einem totalitären System zu verwirklichen.

Die unterschiedliche Interpretation dieses Datums im Westen und Osten Deutschlands lässt sich in folgenden Thesen zusammenfassen, die auf ihre Weise zum Nachdenken und Diskutieren anregen über die Instrumentalisierung von Ereignissen sowie über Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik.

These 1

Eine Gesellschaftsordnung gegen das Volk etablieren?

Auf der 2. Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 verkündete Walter Ulbricht den „planmäßigen Aufbau“ des Sozialismus, wozu der Aufbau der Streitkräfte und des Arbeitsdienstes gehörte, verbunden mit einer Kampagne gegen christliche

Schüler und Studenten und einer Umwandlung von Landbesitz in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG). Handwerker und Gewerbetreibende verloren steuerliche Vergünstigungen und die Lebensmittelkarte. Zudem wurde zugunsten der Schwerindustrie die Konsumgüterproduktion gedrosselt. So wurden die Preise für Kunsthonig und Marmelade angehoben. Butter und Wurst waren selten. Dafür wurde eine allgemeine Normerhöhung angekündigt, wogegen sich in den Betrieben zunehmend Widerstand regte. Daher erhielten die Mitglieder des Politbüros in Moskau ein Memorandum „Über die Gesundung der politischen Lage“, das als „Neuer Kurs“ am 11. Juni 1953 im „Neuen Deutschland“ verkündet wurde und die geschilderten Repressionen (Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, Entzug der Lebensmittelmarken, Entlassung christlicher Schüler und Studenten) zurücknahm.

Allerdings wurde die Frage der Arbeitsnormen nicht geklärt und die Norm-Erhöhung nicht zurückgenommen.

Das zeigt die Bedeutung wirtschaftlicher Gründe als Auslöser für politischen Widerstand, nicht nur 1953 in der DDR. Mögliche Vertiefungsfragen könnten sein: Welche Rolle spielt der Mensch in politischen und ökonomischen Konzepten? Wie lassen sich Lösungsorientierung und Prozessorientierung/Partizipation miteinander verbinden?

<https://Stiftungsurkunde-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/volksaufstand-vom-17-juni-1953-der-ddr/geschichte>
https://werkstadt-limburg.de/wp-content/uploads/ddr-volksaufstand_begleitbroschuere.pdf

These 2

Wer bestimmt die Arbeitsnormen?

In einer Anfrage eines Betriebs an das Zentralkomitee der SED heißt es, dass in der Arbeiterschaft stark und mit unzufriedener Grundstimmung vor allem über die Normenerhöhung diskutiert werde: Es handele sich nicht darum, dass die Arbeiter gegen die Normenerhöhung seien, sondern sich hauptsächlich über die administrative Durchführung des ZK-Beschlusses beschwerten und über die oft viel zu hohen Kennziffern, die seitens der verschiedenen Partei- und auch Betriebsleitungen festgelegt würden. Ferner habe man auch freiwillige Normenerhöhungen noch einmal erhöht, was letztlich Lohnabbau sei. Man beruft sich dabei auf Radioberichte des RIAS, in denen eine bessere Organisation der Erhöhungen gefordert würden.

Das SED Politbüro reagierte auf diese Kritik mit dem Hinweis, der Aufbau eines neuen Lebens und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter sowie der gesamten Bevölkerung seien einzig und allein auf der Grundlage der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Steigerung der Produktion möglich („mehr produzieren – besser leben“ als Motto seit 1945).

Daher lobe man freiwillige Erhöhungen der Arbeitsnormen; es sei Aufgabe der Betriebsleiter, der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Produktion zu ergreifen, damit in der nächsten Zeit der Lohn der Arbeiter, die ihre Normen erhöht

haben, gesteigert werden könne. Es sei völlig falsch, die Erhöhung der Arbeitsnormen in den Betrieben der volkseigenen Industrie um 10 % auf administrativen Wege durchzuführen, sondern allein freiwillig. Daran sollten sich die Arbeiter weiterhin halten...

<https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/Der-17-Juni-1953/der-17-juni-1953.html>

Diese Konfrontation lässt erkennen, dass es sich bei den ökonomischen Debatten letztlich um Machtkämpfe handelte. Sie regt daher dazu an, nach aktuellen Parallelen zu suchen gemäß der Fragestellung: Wie lassen sich hierarchische Strukturen und das Recht auf Mitbestimmung miteinander in Einklang bringen?

These 3

Die Rolle der Medien

Die unterschiedlichen Interpretationen des Aufstandes zeigen sich im Vergleich der Zeitungsartikel aus Ost und West: Am 19. Juni 1953 behauptete das „Neue Deutschland“, bei den Unruhen habe es sich um „eine faschistische Provokation ausländischer Agenten“ gehandelt. „In Westdeutschland saßen und sitzen die amerikanischen Agenten, die auf Anweisung von Washington die Pläne für Krieg und Bürgerkrieg ausarbeiten“. Die Gerichte haben nun zu beweisen, dass der

Aufruhr vom Westen organisiert worden ist. Auch müssen ehemalige Nazis herbeigeschafft werden, um die Behauptung vom „faschistischen Putsch“ zu belegen.

Unter dem Titel „Partei und Regierung halten Wort“ befindet am 27. Juni das „Neue Deutschland“: „Das große zustimmende Echo, das der neue Kurs unserer Regierung überall fand, versetzte die Kriegstreiber in äußerste Unruhe und ließ sie den seit langem geplanten und organisierten „Tag X“ am 17. Juni in der Deutschen Demokratischen Republik in Szene setzen. Sie setzten alles auf eine Karte. Mit den verbrecherischsten Mitteln wollten sie die Verwirklichung des neuen Kurses von Partei und Regierung verhindern. Das ist ihnen misslungen. Aufs Haupt geschlagen, versuchen sie heute Anhänger für die Meinung zu gewinnen, dass die jetzigen Maßnahmen der Regierung ein Ergebnis des 17. Juni seien. Ein vergeblicher Versuch.“

Den Kalender können selbst sie nicht hinweg lügen:

Der 9. Juni, der Tag der Verkündung des neuen Kurses durch das Politbüro unserer Partei, liegt zu deutlich vor dem 17. Juni! Und was die letzten Beschlüsse der Regierung betrifft, so wurden sie nicht durch den 17. Juni herbeigeführt; denn es war ja gerade Zweck des politischen Umsturzversuches, solche Maßnahmen zu verhindern, die den Spaltern Deutschlands einen mächtigen Schlag versetzen.“

Der „Mannheimer Morgen“ ging am 18. Juni in seinem Morgenkommentar „Der Aufstand in Berlin“ auf die Situation nach dem Auffahren der sowjetischen Panzer ein: „In Berlin hat

jedenfalls zunächst der sowjetische Militärbefehlshaber die Zügel in die Hand genommen. Mit seinen Machtmitteln kann er alle freiheitlichen Regungen der Menschen im Blut ersticken. Die Menschen können auch angesichts der schussbereiten Panzer und Maschinengewehre wieder nach Hause und an die Arbeit gehen. Sie haben jedoch ein unmissverständliches Zeichen gegeben, wie ihnen wirklich zu Mute ist. Die Folgerungen ziehen können indessen nur die, die es jetzt in der Hand haben, den Aufstand zu ersticken. Sie müssen entscheiden, ob sie nun über das von ihnen eingesetzte Regime in der Zone hinweg ein Gespräch beginnen oder was sonst sie tun wollen. Sie könnten dann Ernst machen mit den Leitsätzen, die in Moskau von berufener Seite für die neue Politik ausgegeben wurden. Danach ist es Sache der Arbeiter in jedem Lande, selbst zu entscheiden, ob sie die sozialistische Revolution für nötig und nützlich halten. Die Arbeiter von Berlin haben dagegen entschieden.“

„Terror oder Freiheit“ heißt die Alternative, die die „Welt“ sieht: „Die sowjetrussische Besatzungsmacht wurde durch die Ereignisse der vergangenen Woche vor eine klare, jedermann erkennbare Alternative gestellt. Sie kann die Herrschaft der Panzer und der Bajonette fortsetzen. Es ist dann völlig gleichgültig, wen sie als Strohmänner vor dieses Regime stellt, ob es diese alten Marionetten oder neue Personen, ob sie abgesetzte oder noch im Amt befindliche Funktionäre sind. Keiner dieser Politiker besitzt das Vertrauen der Deutschen der Ostzone, keiner besitzt auch nur einen Funken von Autorität, der ihn zur Übernahme eines Ministeramtes legitimieren würde.“

Der 17. Juni 1953 oder: die Ambivalenz von Feiertagen

Will sie dies aber nicht tun, dann muss sich die sowjetrussische Besatzungsmacht entschließen, freie Wahlen auszu-schreiben, um auf diesem Wege der Ostzone eine dem Volks-willen entsprechende Regierung zu geben, die dann auch die „Regierungsgeschäfte“ nach dem Willen des Volkes, nach dem Willen des frei gewählten Parlaments und nicht nach den Anweisungen Moskaus zu führen hat. Andere Möglichkeiten bestehen nicht.“

Ähnlich wurde auch in der westdeutschen Wochenschau der 17. Juni als Protest gegen die Herrschaft des SED Regimes und als ein Bekenntnis zur Wiedervereinigung gedeutet, das durch Maschinengewehrfeuer und Panzer niedergehalten wurde, was nicht nur in Deutschland und Europa Trauer und Empörung ausgelöst habe. Dazu eindruckliche Bilder verängstigter und unentschlossen stehender Menschen an den Sektorengrenzen, die bis auf einzelne, streng kontrollierte Übergangsstellen hermetisch verschlossen waren.

<https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/der-aufstand-des-17-ju-ni-1953/154327/die-reaktion-des-westens/>
<https://www.youtube.com/watch?v=AaoBV2CCKNE>

Die Zeitungsausschnitte und die Wochenschau verdeutlichen auf ihre Weise den Kalten Krieg als Kontext der Ereignisse und regen dazu an zu analysieren, wie sich historische Ereignisse instrumentalisieren lassen. Mögliche Vertiefungsfragen könnten sein: Welche Verantwortung haben Medien in ihrer Bericht-erstattung – wie können sie diese angemessen wahrnehmen?

These 4

Unterschiedliche Zugänge zu den Ereignissen vom 17. Juni Zeitzeugensicht aus der Rückschau

Günter Kunert erinnert sich 2003 an den 17. Juni 1953 als Tag des missmutige Grummelns und Rumoren: Bei ihm als freier Mitarbeiter des Satiremagazins „Eulenspiegel“ habe morgens ein Redaktor der Zeitschrift bleich und nervös geklingelt, weil die Aufständischen sein Auto umkippen wollten. Auf dem Weg zur Redaktion gab es am Alexanderplatz kein Durchkommen, zumal jeder Autobesitzer als Funktionär galt und die Leute auf der Karosserie herumhämmerten, bis irgendeine offenkundige Autorität eine Bahn freigab. Sie bekamen mit, wie der Minister für Planwirtschaft, den seine Begleiter auf den Tisch hoben, dort unüberhörbar redete und gestikuliert, während Ulbricht längst im Panzerwagen in eine sowjetische Garnison abgefah- ren war.

Da die Redaktionssitzung ausfiel, mischte sich Kunert unter die Masse, zu der auch britische Militärpolizei gehörte. Am Potsdamer Platz brannte das „Columbus-Haus“, vordem eine Gestapo-Zentrale, am Alexanderplatz; standen noch die Trüm- mer des Arbeitsamtes und aus dem Polizeipräsidium wurde auf ihn und anderer geschossen. Wenig später rief ihn Brecht an: Er habe eine Idee, die er mit Kunert und Hermlin bespre- chen wollte. Dem „Neuen Deutschland“, der Parteizeitung, eine gemeinsam redigierte Kulturseite beizulegen, die freier und undogmatischer über kulturelle Belange berichten würde, ein Plan, so Kunert, der vor seiner Ausführung sich bereits als

Traum erwies. Kunert erinnert sich dabei auch an Hermlins tendenziöse Geschichte „Die Kommandeuse“, in der Aufständische des 17. Juni eine ehemalige KZ-Wächterin aus dem Zuchthaus befreien, als hätte das Aufbegehren nichts anderes hervorgebracht als diese frei erfundene Story – und er erinnert sich daran, dass Brecht sein witziges Gedicht schrieb, dass die Regierung das Volk auflösen und sich ein neues wählen müsse – nur veröffentlichte er es nirgendwo.

<https://www.nzz.ch/article8VT46-ld.260730>

Auf die Interviewfrage „Warum brach am 17. Juni 1953 ein Aufstand gegen den Kommunismus aus?“ antwortete ein Befragter 2013:

„Warum? Weil sich die Menschen, die Bürger, den Terror nicht mehr gefallen lassen wollten! Das war wie jüngst in Ägypten, in Libyen, Syrien. Oder wie in der Türkei, wo sich nun am Streit um einen Stadtpark ein Aufstand gegen die Regierung entzündet hat. Am 16. Juni 1953 waren Bauarbeiter aus Protest gegen eine Normerhöhung in Streik getreten. Ihr Demonstrationzug quer durch das Berliner Zentrum schlug den Funken: Tags darauf loderte der Volksaufstand vom 17. Juni – in der ganzen Ostzone gingen die Menschen auf die Straße. Wie Sie auf den Fotos sehen, waren mindestens 100.000 Bürger und Bürgerinnen in den Städten im Aufstand für Freiheit und Einheit.“

Ich hörte von den Ereignissen im Rundfunk und eilte sofort von meiner Wohnung in Leipzig, wo ich studierte, in die Innen-

stadt. Ich war begeistert! Endlich sollte wahr werden, wofür wir so lange gekämpft hatten.“

https://gedenkbibliothek.de/download/Walter_Sch_be_Zeitzeugeninterview_zum_17._Juni_1953.pdf

Diese Interviewausschnitte Jahre nach den Ereignissen zeigen, wie durch sie politisch interessierte Menschen geprägt wurden. Es zeigt die enge Verbindung zwischen Erinnerung, innerer Einstellung und Interpretation und führt zur Frage, in welchen sonstigen Kontexten sich diese Beobachtung machen lässt und wie sich diese Wechselbeziehungen produktiv nutzen lassen, z.B. zur Traumaverarbeitung oder Motivationssteigerung.

Die literarische Verarbeitung

Stefan Hermlin, der 1954 ein Stück aus SED-Sicht verfasst hatte („Die Kommandeuse“), äußert sich im Rückblick über den damaligen Kontrovers-Kontext im Interview 1980 auf die Frage, ob er die Ereignisse des 17. Juni heute noch als „schmutzigen faschistischen Putsch“ bezeichnen würde, mit einem klaren Nein, weil es sich damals um eine jener vereinfachenden, gleichsam abgekürzten Formulierungen gehandelt habe, die in Zeiten politischer Spannung die vereinfachenden Formulierungen der Gegenseite beantwortet hätten. Seine Formulierung „schmutziger faschistischer Putsch“ entspräche westlicherseits der Floskel „Freiheitskampf der Arbeiterrevolution“. Zu seiner Rechtfertigung führte Hermlin an, dass der

Der 17. Juni 1953 oder: die Ambivalenz von Feiertagen

17. Juni acht Jahre nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus stattfand, in einem gepeinigten, entnervten, demoralisierten Land. Es hätte seltsam zugehen müssen, wenn am 17. Juni der Faschismus keine Rolle gespielt hätte.

In diesem Zusammenhang lobt er Stefan Heym, der in seinem Roman „Fünf Tage“ die in seinen Augen bisher beste Darstellung der Ereignisse gegeben habe.

U. Hahn (Hg.): Stefan Hermlin, Aufsätze, Reportagen, Interviews, Frankfurt 1980.

Heyms romanhafte Darstellung folgt minutiös den Ereignissen am 17. Juni, aber auch an den Tagen davor. Dabei unterstreicht er die Bedeutung des RIAS, der am Mittwoch, 17. Juni, um 5.36 Uhr, über Arbeitsniederlegungen – wie auch in den Wochen zuvor – berichtete. Heym betonte: „Gestern ging es nicht mehr nur um die Normen. Aus dem Protest gegen eine willkürliche Lohnsenkung wurde ein Protest gegen das gesamte Regime, daraus wurde Forderung nach freien Wahlen und nach dem Rücktritt der Zonenregierung. Nach dem Marsch der Arbeiter durch Berlin, abends in den spontanen Kundgebungen in allen Bezirken Ost-Berlins, wurde eine Parole ausgegeben, eine Anweisung, die über den gestrigen Tag hinausging. Und die hieß: Morgen geht es weiter. Wir treffen uns morgen früh um sieben Uhr auf dem Strausberger Platz. In einigen Betrieben haben bereits in dieser Nacht die Arbeitsniederlegungen begonnen.“ Aus der anschließend gesendeten Erklärung von Ernst Scharnowski, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin

(West) des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zitiert Heym den Redner:

„Die Maßnahmen, die Ihr als Ostberliner Bauarbeiter in voller eigener Verantwortung und ohne fremde Einmischung selbst beschlossen habt, erfüllen uns mit Bewunderung und Genugtuung./.../ Die gesamte Ostberliner Bevölkerung darf deshalb auf die stärksten und erfolgreichsten Gruppen der Ostberliner Arbeiterbewegung vertrauen.“

S. Heym: 5 Tage im Juni, München 1974.

Während bei Heym Sympathie für die Aufständischen erkennbar wird, schrieb Bert Brecht im Sinne der SED-Linie: In einem (bis 1959 unveröffentlichten) Gedicht heißt es jedoch: Nach dem Aufstand des 17. Juni // Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands // In der Stalinallee Flugblätter verteilen // Auf denen zu lesen war, dass das Volk // Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe // Und es nur durch verdoppelte Arbeit // zurückerobert könne. Wäre es da // Nicht doch einfacher, die Regierung // Löste das Volk auf und // Wählte ein anderes? In einem Brief an Ulbricht heißt es „Die Geschichte wird der revolutionären Ungeduld der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ihren Respekt zollen. Die große Aussprache mit den Massen über das Tempo des sozialistischen Aufbaus wird zu einer Sichtung und Sicherung der sozialistischen Errungenschaften führen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen in diesem Augenblick meine Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszusprechen.“

Das Neue Deutschland, das Zentralorgan der SED, druckte am 21. Juni 1953 aber nur den letzten Satz des Briefs ab. Brecht reagierte darauf mit einem zweiten Brief, den das Neue Deutschland am 23. Juni 1953 veröffentlichte. Darin betont er, die Demonstrationen des 17. Juni zeigten die Unzufriedenheit eines beträchtlichen Teils der Berliner Arbeiterschaft mit einer Reihe verfehlter wirtschaftlicher Maßnahmen. „Organisierte faschistische Elemente versuchten, diese Unzufriedenheit für ihre blutigen Zwecke zu missbrauchen. Mehrere Stunden lang stand Berlin am Rande eines dritten Weltkrieges. Nur dem schnellen und sicheren Eingreifen sowjetischer Truppen ist es zu verdanken, dass diese Versuche vereitelt wurden. Es war offensichtlich, dass das Eingreifen der sowjetischen Truppen sich keineswegs gegen die Demonstrationen der Arbeiter richtete. Es richtete sich ganz augenscheinlich ausschließlich gegen die Versuche, einen neuen Weltbrand zu entfachen.“ Dann ruft er die Leser auf, in der gleichen Verbundenheit mit der SED wie er selbst der Regierung beim Ausmerzen der Fehler zu helfen, welche die Unzufriedenheit hervorgerufen hätten und die die großen sozialen Errungenschaften gefährdeten, indem man die Aufteilung, Mittel und Zweck, Produzieren und Lebensstandard aufhebe und das Produzieren zum eigentlichen Lebensinhalt mache.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/412012/477e2b4954ed3doef5bcd9a4cdddb8c/wd-1-119-06-pdf-data.pdf>

Brechts Haltung zu den Aufständen lässt sich aus westlicher Sicht ablesen an dem Trauerspiel zum 17. Juni 1953, das Gün-

ter Grass 1966 unter dem Titel „Die Plebejer proben den Aufstand“ schrieb und das sich auf einen Entwurf Brechts aus den Jahren 1951-53 zur Bearbeitung der ersten Szene von Shakespeares Coriolanus bezieht. „Der Chef“ (Brecht) ändert eigenmächtig Shakespeares Coriolan ab, weil er es kann. Er will Plebejer und Tribunen aufwerten, damit Coriolan auf klassenbewusste Feinde stößt. In Brechts Entwurf siegen die Plebejer gemäß der Chef-These:

Nicht wirre Revoluzzer, bewusste Revolutionäre. Grass folgt dabei Shakespeare und charakterisiert Coriolan als einen Koloss, nicht abzutragen, ein Kriegsspezialist und ein Gigant, umgeben von Plebs, die allerdings entschlossen sei, ihn umzubringen, denn er diktiert die Kornpreise und spuckt ihnen ins Gesicht, weil sie für ihn lächerliche Hampelmänner als Volkstribunen sind. Den „Coriolan“ will er (Brecht/ „Chef“) nicht weiter bearbeiten; denn er wisse jetzt, „dass wir [...] den Shakespeare nicht ändern können, solange wir uns nicht ändern.“ Letztlich bleibt dem „Chef“ nur der Rückzug in eine Idylle in einem „Haus, zwischen Pappeln, am See gelegen.“ Grass schildert, wie die Probe unterbrochen wird, als von der Straße Aufständische ins Theater kommen. Der „Chef“ / Brecht lässt sich den bisherigen Ablauf des Aufstands vorspielen und benutzt die entsprechenden Szenen für die Proben zu seiner Shakespeare-Bearbeitung, überzeugt, erst sich ändern zu müssen, bevor man Shakespeare ändert.

Auf diese Weise gelingt es Grass, den Aufstand auf unterschiedlichen Ebenen abzubilden: In der römischen Auseinandersetzung zwischen Patriziern und Plebejern, im Theater

Der 17. Juni 1953 oder: die Ambivalenz von Feiertagen

zwischen Chef und Schauspielern, sowie zwischen Theater und realer Aufstandswirklichkeit.

G. Grass: Die Plebejer proben den Aufstand. Ein deutsches Trauerspiel. Frankfurt am Main 1966.

Diese literarischen Beispiele verdeutlichen die unterschiedlichen Haltungen zu den damaligen Ereignissen – von Zustimmung bis Kritik, Ironie und Problematisierung.

Daran schließen sich folgende Vertiefungsfragen an:

Wann lassen sich historische Ereignisse leichter dramatisieren als sachlich erzählen? Wann ist es umgekehrt? Welche Bedeutung kommt der Form gegenüber dem Inhalt bei Berichten zu?

These 5

Der Gedenktag: Geschichte einer Umdeutung

Phase 1: Die Opfer sind nicht vergeblich gestorben

Der Westberliner Bürgermeister Ernst Reuter hielt am 23. Juni 1953 vor dem Schöneberger Rathaus eine Rede, in der er der Westberliner Opfer des Aufstandes gedenkt. Er betont das Gefühl der Trauer und der tiefen, aufrichtigen Anteilnahme an denen, die hinterblieben sind. Er könne ihnen nur den einen Trost geben, dass die Berliner mit ihren Herzen bei ihnen seien und sie nicht vergessen werden, sondern ihnen den Weg bereiten in die Zukunft und auch hier zeigen, wie die Berliner

immer, alle zusammen, alle für einen gestanden hätten, in den vielen langen Jahren der Not, in denen hier in Berlin ein neues Volk geworden sei. Auch gingen die traurigen Gedanken in die gesamte sowjetische Zone nach Magdeburg, Leipzig und andere Städte. Er gibt das Versprechen: „Auch wir werden mit ihnen zusammen nicht ruhen, bis wir das Ziel erreicht haben, dass wir nicht mehr trauernd an Särgen stehen müssen, an den Särgen jener, die im Kampfe gegen eine fremde, uns innerlich feindliche Macht ihr Leben lassen müssen.“ Außerdem betont er den Stolz darauf, dass das deutsche Volk am 17. Juni der Welt gezeigt habe, wo es wirklich stehe. Alle Deutschen gehörten als freies, stolzes Volk zur freien Welt, bekennen sich zur freien Welt und würden nicht ruhen und nicht rasten, bis sie das Ziel erreicht hätten, zu dieser freien Welt aus eigenem Entschluss, aus eigener Kraft, aus eigenem Willen zu gehören. Für ihn ist der 17. Juni 1953 das größte Ereignis der Geschichte, das die Deutschen seit langem erlebt hätten. Auch wenn niemand sagen könne, wann es zum Ziele führen werde, habe dieser elementar-wichtige Aufstand des Volkes, dieser Marsch der deutschen Arbeiter, diese revolutionierende, entflammende Wirkung der deutschen Jugend unter dem totalitären System die Welt aufgerüttelt, und die Bahn sei frei gemacht für eine bessere Zukunft, weil keine Macht der Welt auf die Dauer die Deutschen voneinander trennen könne.

Phase 2: Vom Wunsch zur Ritualisierung

Anknüpfend an Ernst Reuter in seiner hoffnungsvollen Grabrede für die Gefallenen des Aufstandes (Freiheitsglocke als Symbol für Berlin und für die ganze freie Welt) fanden auch in

Bonn am 21. und 23. Juni Gedenk- und Trauerveranstaltungen für die Opfer statt, die Herbert Wehner dazu bewegten, den Tag der blutigen Ereignisse zum Gedenktag zu erklären, was am 2. Juli der Bundestag gegen die Stimmen der Kommunisten beschloss. In der Gesetzes-Präambel heißt es:

„Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit und Freiheit geworden.“ Der Tag des proletarischen Aufstands in der DDR wurde damit zum Nationalfeiertag in der Bundesrepublik, an dem alljährlich Gedenkveranstaltungen stattfanden. Die Wiedervereinigungsfrage wurde zur bundesrepublikanischen antikommunistischen Integrationsidee, die insbesondere am 17. Juni manifest wurde und bis 1968 jährlich begangen wurde. Erst 1982 wurde die Tradition mit dem Fokus auf die Manifestation des Freiheitswillens der Menschen in der DDR, weniger des Einheitswillens, wieder aufgegriffen.

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/526962/reden-zum-tag-der-deutschen-einheit/>

Phase 3: Der Gedenktag als Mahnung

Am 17. Juni 1963 erklärte Bundespräsident Heuß den 17. Juni zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“. Als Begründung verwies er darauf, dass die damaligen Ereignisse in Ost-Berlin und der sowjetisch besetzten Zone vor aller Welt unmissverständlich Zeugnis abgelegt hätten für das Recht des ganzen Volkes auf Freiheit und Selbstbestimmung.

Auch wenn der Versuch gescheitert sei, die Ketten fremder Gewaltherrschaft abzuschütteln, sei der Schrei nach Gerechtigkeit und Freiheit nicht verhallt, sondern werde überall dort gehört und verstanden, wo Menschenwürde und Menschenrechte geachtet würden. Die Westdeutschen seien dadurch zur Selbstbesinnung aufgerufen und eindringlich gemahnt an die Verantwortung für ihre Landsleute hinter dem Eisernen Vorhang und an die Pflicht, die Einheit aller Deutschen wiederzuerlangen, „die Einheit, die seit dem Zusammenbruch von unserem Volke mit heißem Herzen ersehnt wird.“ Bis dahin gelte jeder Brief, jedes Päckchen, jede Reise, besonders die Massenbesuche an hohen Feiertagen als Bekenntnis zur Einheit, das den Protest gegen das Unrecht glaubwürdig mache.

Bundesgesetzblatt 397 Teil I Ausgegeben zu Bonn am 24. Juni 1963 Nr. 31

Phase 4: kritische Würdigung des Feiertages

Nach Ansicht des Historikers Kleßmann haben sich weniger die Inhalte der Darstellungen und Bilder zum 17. Juni verändert, sondern eher die Gewichtungen und Urteile darüber. In jüngeren Schulbüchern aus den 90er Jahren ist der Aufstand stets prominent vertreten als Aufstand, Volksaufstand, Arbeiteraufstand, Aufruhr gegen das System. Die sowjetische Intervention, die Verfolgung der Aufständischen wurden stärker betont als der offizielle Gedenktag in der Bundesrepublik. Gleiches gelte für die veröffentlichte Meinung. Da eine ausführliche Presse- oder gar Rundfunk- und Fernsehanalyse zu dieser Thematik fehle, müsse man davon ausgehen, dass sich hier prinzipiell, wenn auch in einer größeren Bandbreite, ähnliche

Der 17. Juni 1953 oder: die Ambivalenz von Feiertagen

Bilder und Akzentverschiebungen feststellen lassen wie für die Historiographie und die politischen Debatten und öffentlichen Gedenkreden. Er zitiert aus dem Jahrbuch für öffentliche Meinung aus Allensbach (1947-1955), wonach auf die Frage vom Juli 1953 „Finden Sie, dass die Opfer des Aufstandes in Ost-Berlin und in der Ostzone ihr Leben umsonst eingesetzt haben oder hat ihr Einsatz für Deutschland einen Sinn gehabt?“ die Antworten lauteten: 58% ja, hat einen Sinn, 19% umsonst, 23% weiß nicht. Im Jahrgang 1957 ist der Aufstand nicht mehr zu finden. Allerdings findet sich in einer Radiosendung 2023 ein Interview mit einem Zeitzeugen, der sich an die Schulzeit erinnert, in der der Aufstand als etwas ganz Schreckliches bezeichnet wurde, was natürlich die Neugier der Jugendlichen weckte. Er erinnert sich, wie Stasi-Gewehre unbrauchbar gemacht wurden und wie er neben einem Panzer stand. Nach 1990 zog er als Parlamentarier in das erste gesamtberliner Abgeordnetenhaus ein. Für ihn haben die Ereignisse vor 70 Jahren politisierende Wirkung gezeigt und laden zu weiterer Spurensuche ein.

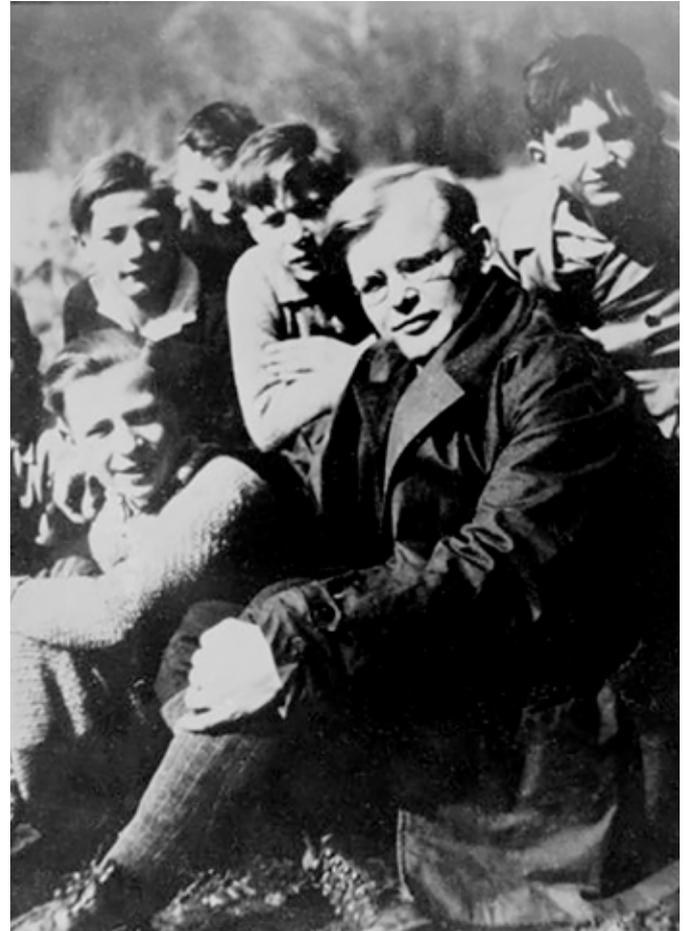
<https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/der-aufstand-des-17-juni-1953/154329/gedenken-und-erinnern/>

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/17-juni-1953-jenaer-zeitzeuge-erinnert-sich-nach-70-jahren-dlf-kultur-854d4581-100.html>

Diese kritische Würdigung regt zu folgenden Vertiefungsfragen an: Wozu sind Gedenktage da?

Inwiefern zeigt das Beispiel des 17. Juni Chancen und Herausforderungen von Gedenktagen?

Wann und wie wird Gedenkkultur zur Gedenkpolitik?



Forumsblog 7-2024

Christlicher Widerstand gegen Totalitarismus

Auch wenn es – anders als zur Zeit der „Bekennenden Kirche“ und der „Barmer Erklärung von 1934“ im Juli 1944 - keinen organisierten kirchlichen Widerstand gab, waren am Widerstand, der mit dem missglückten Attentat am 20. Juli vorläufig endete, auch überzeugte Christen beteiligt.

Die folgenden Thesen gehen ihren Motiven und Überzeugungen nach und zeigen an exemplarischen Persönlichkeiten (D. Bonhoeffer, Marion Yorck von Wartenburg, Eicke den Hertog, James von Moltke, Leendert Overduin, Harald Poelchau) auf, wie aus christlicher Gesinnung Widerstand gegen totalitäre Regime geleistet wurde. Damit regen sie zum Nachdenken über den Wert von Partnerschaften und Beziehungen angesichts von Ausnahmesituationen an.

These 1

Kraftquellen finden

In einem Brief an seinen engsten Freund Eberhard Bethge am Tag nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler schreibt Dietrich Bonhoeffer über seine theologischen Gedanken, die durch Alltäglichkeiten unterbrochen wurden – er erinnerte sich an die Losung des Tages und an Lieder Paul Gerhardts. Seine theologischen Überlegungen kreisten um die tiefe Diesseitigkeit des Christentums: „...nicht ein homo religiosus [religiöser Mensch], sondern ein Mensch schlechthin ist der Christ, wie Jesus oder auch Luther.“

Er erinnerte sich an ein Gespräch vor 13 Jahren in Amerika mit einem jungen französischen Pfarrer über die Frage, was wir mit unserem Leben eigentlich wollen? Während der Franzose ein Heiliger werden wollte, antwortete Bonhoeffer, er wolle glauben lernen. Lange Zeit habe er gebraucht um zu verstehen, dass man nicht glauben lernen kann, indem man selbst so etwas wie ein heiliges Leben führt.

Daher sehe er sein Buch über die „Nachfolge“, in dem er für seine Finkenwalder Studenten die Bergpredigt als Lebens- und Glaubensmodell auslegte, inzwischen - bei aller Begeisterung für die Seligpreisungen - differenzierter, weil ihm bewusst sei, dass man erst in der vollen Diesseitigkeit des Lebens glauben lerne, d. h., wenn man völlig darauf verzichtet habe, aus sich selbst etwas zu machen. Entsprechend fokussieren seine späteren Äußerungen zur zentralen Bergpredigt stärker auf der Christusbeziehung.

Christlicher Widerstand gegen Totalitarismus

Bonhoeffers Plädoyer für ein völlig diesseitiges Glaubensverständnis, das nicht das Menschliche vergöttlicht, sondern das Göttliche in tiefer Menschlichkeit gemäß den Seligpreisungen findet, ermutigt zum Nachdenken und Diskutieren über Politik und Theologie, über das Ora et Labora der mittelalterlichen Klöster, das sich in der 2-Regimenten-Lehre Luthers ebenso wiederfinden lässt wie in der diakonischen Tradition des Christentums und in modernen Debatten über die politische Verantwortung von Theologie und Kirche (als Theologie der Befreiung), die bereits Bonhoeffer als Programm einer „Kirche für andere“ im Beten und Tun des Gerechten lebte.

D. Bonhoeffer, *Widerstand und Ergebung: Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft*. Gütersloh 2015.

These 2

Feiern mitten im Leid

„Morgen der Freude! Morgen des neuen lachenden Lebens! Und doch sind wir schon längst daran gewöhnt, Ostern zu feiern, als ob die Osterfreude eine Selbstverständlichkeit wäre. Ostern wurde gleichgeschaltet in das Auf und Nieder unseres Daseins, in die Lüste und Schmerzen unseres Lebens. Ein Fest, das wir von uns aus feiern – vielleicht fromm und andächtig, aber ohne Ahnung von dieser alles umstürzenden Bewegtheit, die Kennzeichen ist des Osterfestes, das Gott mit uns feiern will. So wurde Ostern eine Illusion. Wir Menschen sind so

elastisch, dass wir im schwärzesten Dunkel doch auf das Licht hoffen! Unser K.Z. hat es oft genug gezeigt. Ostern ist für viele ein schöner Optimismus. Das Leben ist ja nicht so schlimm. Das Leid der Welt wird durch Freude kompensiert. Weinen und Lachen hat seine Zeit, hat der Prediger schon gesagt. Aber was wissen wir schon von Ostern, wenn wir nicht hören, wie Gott von sich aus den Ostermorgen gegeben hat als die größte Überraschung denen, die nichts mehr hofften und erwarteten.“

So beginnt eine Osterpredigt im Pfarrerblock 26 im KZ Dachau 1944. Dass seine Worte auf fruchtbaren Boden fielen, bestätigt ein Mitgefangener: „Ich traf den Prediger nachmittags, als ich ihn lesend vor dem Pfarrerblock antraf, die Hände zu schütteln und ihm zu danken für den guten Dienst, den er uns getan. Ich sagte ihm, er habe uns den archimedischen Punkt gezeigt, den wichtigen Punkt, von dem es heißt: „*Dos moi pou sto* . (Von da aus können wir die Welt aus den Angeln heben: von da aus allein, aber von da aus auch ganz.) Er freute sich sichtlich über meine Anerkennung. /.../

Der Grundgedanke der Predigt war der: Ostern ist keine bloße Erinnerung, denn die Auferstehung erschöpft sich nicht in einem Geschehen, das einmal wirklich war, um dann der Vergangenheit anheimzufallen, die Auferstehung ist zugleich lebendige Gegenwart, während von Ostern aus umgekehrt unsere Not, unsere Sünde und unser Tod ewig vergangen sind und uns so wenig angehen wie etwas, was ein für allemal hinter uns liegt. Diese Haltung ist dem Charakter des Glaubens allein angemessen und macht ihn zu der kühnsten und ungeheuersten, zu der einzigartigen Angelegenheit unserer Seele.“

Predigt und Kommentar zeigen in Anknüpfung an Bonhoeffers Überzeugung, in der Gefängniszelle von guten Mächten wunderbar geborgen zu sein, wenn man mit Herzen das unsichtbare Himmelslicht und den Klang der unsichtbaren Himmelswelt wahrnehmen kann.

Beides zeigt die Bedeutung von Mystik und Widerstand im Sinne von Dorothee Sölle: Widerstand und politische Verantwortung und Seelsorge für andere braucht die spirituelle Selbstsorge.

W. Eicke den Hertog, Und Gott lacht. Eine Predigt eines holländischen Pfarrers gehalten am Ostermontag 1944 im Konzentrations-Lager Dachau, München [1946].

K. A. Gross, Dachauer Trilogie, München, Neubau-Verlag, 1946.

These 3

Die Kraft der Liebe

Die Todesurteile gegen die Verschwörer vom 20. Juli 1944 betrafen nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Ehefrauen.

Die Witwe von Peter Yorck von Wartenburg betont in ihren Erinnerungen, sie habe im Leben nur am 17. Januar 1944, nachts, bei der Verhaftung von Helmuth Moltke Angst gehabt, weil sie so unerwartet gewesen sei; er habe nur das Nötigste mitnehmen können. Für sie und ihren Mann war die Verhaftung Anlass über ihre Beziehung zu sprechen, wieviel Kraft ihnen die Zweisamkeit gab, und was sie als nächstes tun mussten. Sie kommt in dem Zusammenhang auf das Attentat zu sprechen:

„Nun war gerade Helmuth Moltke gegen eine Beteiligung der

Kreisauer am Attentat auf Hitler. Er meinte, Waffen tragen und Waffen gebrauchen könne nur das Militär, das sei eine Sache der Generäle. Als er im Januar 1944 verhaftet wurde, gab es, glaube ich, noch keinen konkreten Attentatstermin. Jedenfalls wusste ich nichts davon. Peter und Claus (von Stauffenberg) waren beide davon durchdrungen, dass Hitler seinen Eid gegenüber dem Volk gebrochen habe. Für beide ging es auch um die Frage des Tyrannenmords, und sie haben sich diese Frage nicht leicht beantwortet. Peter war in den letzten Wochen von einem tiefen Ernst und großer Traurigkeit. Er las viel in der Bibel, weit über das übliche Maß hinaus. Ich weiß nicht, ob er an ein Gelingen des Attentats glaubte, wohl aber glaubte er, dass es gewagt werden müsse. Vielleicht ahnte er seinen Tod schon und war deshalb in dieser Stimmung.“

Diese Äußerung aus dem Umfeld des 20. Juli bestätigt auf ihre Weise die Resilienzskraft der Gemeinschaft, die auch im KZ Dachau und im Umfeld von Bonhoeffer spürbar wurde. Das gilt um so mehr, wenn eine Entscheidung mit extremer Reichweite, z. B. über einen Tyrannenmord getroffen wird.

Abstrahierend von diesem Beispiel lassen sich Entscheidungssituationen finden, in denen diese Ambivalenz erfahrbar wird, einerseits auf familiäre Unterstützung in der Partnerschaft angewiesen zu sein, andererseits aber auch auf ihre Sicherheit und Eigeninteressen Rücksicht zu nehmen.

Marion Gräfin Yorck von Wartenburg, Die Stärke der Stille. Erzählung eines Lebens aus dem deutschen Widerstand. Aufgeschrieben von Claudia Schmölbers, Köln 1984.

These 4

Kraft durch Disziplin

Am Tag seiner Verhaftung schrieb James Graf Moltke einen Brief an seine Ehefrau Freya:

„Meine Liebe, ich habe nur Lust, mich ein wenig mit Dir zu unterhalten. Zu sagen habe ich eigentlich nichts. Die materiellen Konsequenzen haben wir eingehend erörtert. Du wirst Dich da schon irgendwie durchwinden, und setzt sich ein anderer nach Kreisau, so wirst Du das auch meistern. /.../ Zu welcher einer gewaltigen Aufgabe ist dein Mann ausersehen gewesen: all die viele Arbeit, die der Herrgott mit ihm gehabt hat, die unendlichen Umwege, die verschrobenen Zickzackkurven, die finden plötzlich in einer Stunde am 10. Januar 1945 ihre Erklärung. Alles bekommt nachträglich einen Sinn, der verborgen war. /.../ Aber sonst habe ich den ganzen Tag mit erbaulichen, friedlichen und schönen Gedanken verbracht.

Mein ganzes Zimmer war um mich herum erfüllt mit meinen Freunden und Lieben und der Reichtum meiner wenigen Jahre wurde mir so klar und zum Greifen nah. Wenn ich das doch immer gewusst hätte, und hoffentlich vergesse ich es nun nie mehr. Von meinem Kniebeugen habe ich tollen Muskelkater und bin eigentlich etwas beschämt darüber, denn man müsste doch in meinem Alter imstande sein, seine 100 Kniebeugen zu machen, ohne gleich einen rasenden Muskelkater zu haben. Ich setze es aber trotzdem fort, obwohl es mir immer ein Angang ist. – Auch meinen Schritt habe ich verlängert und brau-

che nur noch 6 Schritte durch die Zelle statt 7. Dadurch habe ich die zurückgelegte Strecke sicher über die 5 km-Grenze hinaus gesteigert und zudem ist so das Gehen mehr zu einer Anstrengung und Übung geworden als zuvor, und das soll es ja.“

Die erwähnte Ambivalenz und Herausforderung enger Beziehungen in Ausnahmesituationen wird auch am Briefwechsel des Ehepaars von Moltke erkennbar, wenn beide ihre gegenseitige Rücksichtnahme betonen. Im vorliegenden Fall geht es darüber hinaus um die Frage, wie Disziplin, im Denken und Handeln, zur Resilienz beitragen kann.

H. J. Graf von Moltke, Letzte Briefe, 13. Auflage, Berlin 1983 (Brief vom 11.1.45)
<https://www.gemeindenetzwerk.de/?p=16916>

These 5

Kraft durch Visionen

In Kreisau wurde vor allem das deutsche Reich nach der NS-Herrschaft vorgeplant.

Die neue Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung des Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft. Von diesem Kern her sind alle folgenden Einzelaussagen zu verstehen:

- Wiederaufrichtung des zertretenen Rechts
- Glaubens- und Gewissensfreiheit
- Brechung des totalitären Gewissenszwangs und Anerkennung der unverletzlichen Würde der menschlichen Person als Grundlage der zu erstrebenden Rechts- und Friedensordnung
- Recht auf Arbeit und Eigentum
- Familie unter öffentlichem Schutz
- Mitbestimmung im Betrieb
- Mitbestimmende Beteiligung an der Selbstverwaltung
- Mitverantwortung und Mitbestimmung für das politische Gesamtgeschehen im Staat und in der Völkergemeinschaft
- Schaffung einer die einzelnen Staaten umfassenden Friedensordnung

Neben der Kombination aus Kontemplation und Kampf, neben der partnerschaftlichen Unterstützung und Rücksichtnahme und der Alltagsdisziplin können auch eine politische Vision und ein gesellschaftliches Konzept zur Resilienz in Ausnahmesituationen beitragen. Auch dafür lassen sich analoge Beispiele (Friedens-, Klima-, Sozialdebatte) finden und diskutieren.

G. van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967, S. 561f.

These 6

Widerstand durch Menschenrettung

Während der nationalsozialistischen Besetzung der Niederlande (1940 bis 1945) hat Pastor Leendert Overduin in lebensgefährlichen Aktivitäten eine Untergrund-Organisation aufgebaut, durch die verfolgte und verzweifelte Juden ein Versteck vor den NS-Razzien fanden und dort, oft für mehrere Jahre, versorgt wurden. Während Pastor Overduin mehrfach (insgesamt über 9 Monate lang) inhaftiert war, wurde das vielfältige Hilfehandeln für NS-Verfolgte von seinen Angehörigen weitergeführt.

In der Nachkriegszeit nahm sich Pastor Overduin weiterhin der Not von Bedrängten und Hilfesuchenden an. Darunter waren nicht wenige ehemalige niederländische Nazi-Kollaborateure und deren Familien, die sich vor spontanen Racheakten, vor Lynchjustiz und anderen Demütigungen fürchteten. Pastor Overduin schrieb dazu: „Wer in angstvoll verzweifelte Augen blickt, ist als Christ zur Hilfe verpflichtet, egal, um wen es sich handelt.“

Auf einem abgerissenen Teil eines Briefes aus der Nachkriegszeit von G. Aukes ist zu lesen: „Von Anfang 1944 bis zum Ende der Besatzungszeit arbeitete ich Fulltime für eine Organisation, die sich fast ausschließlich das Auffangen und die Versorgung jüdischer Menschen zur Aufgabe gemacht hatte (Unterschlupfmöglichkeiten suchen, unterbringen, Kost).“

Anlässlich des Todes seines Vaters im Jahr 1944 publizierte Overduin ein Gedicht mit dem Titel „In Memoriam Patris“, in

Christlicher Widerstand gegen Totalitarismus

dem er bekennt, jeden Abend sich an ihn zu erinnern, aber auch an das übliche schlichte gemeinsame Tischgebet.

Das Beispiel von Pastor Overduin zeigt, welche Rolle die familiäre Sozialisation bei der Entwicklung einer Haltung bedingungsloser Nächstenliebe gegenüber Juden wie Nazi-Kollaborateuren spielt. Dass Hilfsbedürftigkeit das einzige Kriterium zur Hilfeleistung darstellt, erinnert an die Erzählung vom barmherzigen Samariter (Lk10), war ihm aber sicherlich im reformierten religiösen Elternhaus geläufig. In dieser Radikalität, welche die eigene Person zugunsten der Sache zurückstellt, ist Overduin – ähnlich wie die Verschwörer des 20. Juli – eine Ermutigung für Aktivisten, immer wieder neu darüber nachzudenken: Wie weit bin ich bereit, in meinem Engagement zu gehen?

A. Bekkenkamp, *Der Judenretter und Versöhner aus Enschede: Pastor Leendert Overduin*, übersetzt aus dem Niederländischen von Willi Feld, Hrsg. Herbert F. Zwartz und Karl-Wilhelm Dahm, Münster 2024.

These 7

Resilienz durch Begleitung

Harald Poelchau, der von 1933-1945 im Gefängnis Tegel als Geistlicher Todeskandidaten begleitete, gehörte der Bekennerkirche und dem Kreisauer Kreis an. In seinen Erinnerung beschreibt er die Gratwanderung, die damit verbunden war:

„Mit 29 Jahren sehr jung für diese Aufgabe, kam ich 1933 in das Gefängnis Berlin-Tegel, eine Anstalt mit drei Häusern zu je 600 Plätzen. Mir fiel das Haus III zu. Ich hatte dort ein eigenes schmales Zimmer zwischen dem des Vorstehers und dem Wartezimmer der Besucher. So war ich, auch für die Angehörigen, leicht erreichbar. Ein Telephon eroberte ich mir erst im Laufe der ersten Jahre. Wir hätten auch eine Dienstwohnung bekommen können, billig und mit den Vergünstigungen der nahen Gefängniswerkstätten. Meine Frau aber hatte Bedenken, sich in diese allzu nahe Nachbarschaft der Beamten zu begeben, und ihr Instinkt erwies sich später als richtig, als eine große Zahl von Angehörigen meiner Gefangenen heimlich zu mir in die Wohnung kam. Ein ganz wichtiger Bestandteil meines Gefängnislebens war der kleine Dienstgarten zwischen den beiden Gefängnismauern, geschützt vor den Blicken und den Winden. Er war mit seinem großen Apfelbaum, der Himbeerhecke und den vielen Blumen ein kleines Paradies, nicht nur für mich, sondern auch für manche Gäste nach den Besuchen bei den leidenden Gefangenen.“

Diese Schilderung ermutigt dazu, Verantwortung so umfassend wie möglich wahrzunehmen, indem Denken, Fühlen und Handeln, Beziehungen und Überzeugungen eine resilienzfördernde Einheit bilden.

H. Poelchau, *Die Ordnung der Bedrängten*, Berlin 2024.

These 8

Patriotismus als Motivation

Am 14. August 1944, am Vorabend seiner Verurteilung schrieb Adam von Trotta, einer der Verschwörer, an seine Frau Clarita:

„Du wirst wissen, dass es mich am meisten schmerzt, unserem Land die besonderen Kräfte und Erfahrungen, die ich in fast zu einseitiger Konzentration auf seine außenpolitische Behauptung unter den Mächten in mir ausgebildet hatte, nun vielleicht nie mehr dienend zur Verfügung stellen zu können. [...]

Es war alles ein aus der Besinnung und Kraft unserer Heimat, deren Liebe ich meinem Vater verdanke, aufsteigender Versuch, ihr in allen modernen Wandlungen und Erschwerungen unwandelbar bleibendes Recht und ihren tiefen, unentbehrlichen Beitrag gegen den Übergriff fremder Mächte und Gesinnungen zu erhalten und zu vertreten.

Darum bin ich aus der Fremde mit all ihren Verlockungen und Möglichkeiten immer mit Unruhe und begierig dorthin zurückgeeilte, wo ich mich zu dienen berufen fühlte. [...] Ein Sämann überlässt nicht gern knospende Saaten anderen zur weiteren Bearbeitung, denn zwischen Saat und Ernte liegen ja noch so viele Stürme.“

Diese Äußerungen laden dazu ein, über den Unterschied zwischen Patriotismus und Nationalismus – speziell aus deutscher Perspektive – nachzudenken um herauszufinden, warum der eine eine konstruktive, der andere eine destruktive Dynamik in Geschichte und Gegenwart bewirkt (hat).

Clarita von Trotta zu Solz: Adam von Trotta zu Solz. Eine Lebensbeschreibung, Berlin 2009, S. 321.

These 9

Resilienz durch Poesie

Für Dietrich Bonhoeffer ermöglichte Dichtung nicht nur passiv (Paul Gerhardt), sondern auch aktiv Resilienz durch Selbstreflexion. Wie wichtig dafür das innerliche Wahrnehmen ist, zeigen Gedichtzeilen, in denen er in Nacht und Stille auf die Schritte und Rufe der Wachen, aber auch auf das versteckte Lachen eines fernen Liebespaares lauscht. Auf die Frage an sich selbst: „Hörst du sonst nichts, fauler Schläfer?“ bekennt er, er höre der eigenen Seele Zittern und Schwanken und vergleicht das mit der Situation von Schiffbrüchigen. Er hört im unruhigen Knarren der Betten und Ketten die Sehnsucht seiner Mitgefangenen nach Freiheit und nach der Familie. Vom Hören mit dem Herzen ist auch im vermutlich bekanntesten Gedicht die Rede, das 1944 in einem Brief an seine Verlobte auftaucht, wo die Stille ringsum mit dem vollen Klang des himmlischen Engelsgesangs verglichen wird.

Der Brief beginnt mit dem Hinweis: „Es ist, als ob die Seele in der Einsamkeit Organe ausbildet, die wir im Alltag kaum kennen.“

Christlicher Widerstand gegen Totalitarismus

Das ermutigt dazu, nach eigenen kreativen poetischen, musikalischen literarischen Kraft- und Resilienzquellen im Alltag angesichts von Krisenerfahrungen zu suchen und sie zu sammeln.

Dietrich Bonhoeffer Dietrich Bonhoeffer, Maria von Wedemeyer 1943–1945, München 1999, 208.

Dietrich Bonhoeffer: Widerstand und Ergebung, Gütersloh 1988.



Forumsblog 8-2024

Resilienzspuren im Kriegsausbruch

Die folgenden Thesen zeigen an verschiedenen Beispielen auf, wie zu Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 neben der Kriegspropaganda auch friedensorientierte Aktivitäten zu verzeichnen sind, die Mut machen angesichts des Ukrainekrieges – Mut machen, nicht nur auf die Kriegsnachrichten zu achten, sondern auch auf Friedenshinweise. Auf diese Weise lassen sich zumindest Resilienzquellen entdecken.

These 1

Resilienz durch Deutung

Der Münsteraner Pfarrer Heinrich Schütz hielt am Buß- und Bettag 1914, also wenige Monate nach Kriegsausbruch, eine Predigt über Psalm 50 Vers 15, „Rufe mich an in der Not, so will ich Dich erretten und Du sollst mich preisen.“, in welcher er seine Deutung des Krieges deutlich machte. Ausgehend von dem Sacharja-Wort anlässlich des für das Schicksal Israels entscheidenden Kriegs zwischen Babyloniern und Persern konzentrierte er sich auf den Ruf „Alles Fleisch sei stille vor dem Herrn, denn er hat sich aufgemacht aus seiner heiligen Stätte.“

Er nimmt diesen Vers als Motto für den Buß- und Bettag 1914, gerade weil es in schroffem Gegensatz stehe zu allem, was jetzt in der Welt vorgehe. Wie sei es möglich, fragt er sich und seine Gemeinde, jetzt stille zu sein, wo fast die ganze Welt in Aufruhr und Erregung sei, wo alle 800 Millionen in allen Weltteilen am Krieg beteiligten Menschen von Kriegsgedanken. Kriegsfragen, Kriegssorgen erfüllt seien? Angesichts vergossener Ströme von Blut und vernichteter Millionenwerte herrsche ein entsetzliches Gefühl allgemeiner Unsicherheit im Volk. Man habe weniger das Gefühl, Gott habe sich aufgemacht, sondern die Höllengeister, die diesen Weltbrand entzündet und diesen mörderischen Krieg angefacht hätten, also Geister des Hasses und des Neides, der Geldgier und der Habsucht, des Hochmuts und der Lüge.

Dennoch hält Schütz an der Aussage fest:

„Der Herr hat sich aufgemacht aus seiner heiligen Stätte.“, auch wenn der heilige Gott nicht Urheber dieses Krieges sei und keinen Teil an dem Frevel der Bosheit, der Lüge und des Hochmutes habe, die den Krieg verursacht haben, aber er sei auch kein machtloser Zuschauer, sondern derjenige, der im Regimente sitze und die ganze Welt in seinen Händen habe und der Menschenherzen wenden und die Lügenpläne zunichtemachen könne. Er werde hinausführen, was er haben wolle.

Für Schütz steht fest, dass die Entscheidung im Krieg nicht von der Überzahl des Kriegsvolkes oder der Weisheit der Heerführer, nicht von der Tapferkeit der Kämpfer, der Stärke der Rosse, der Kunst der Waffen und der Schiffe abhängt,

Resilienzspuren im Kriegsausbruch

sondern von der Hand des Herrn, die alle Fäden des Krieges geschickt zusammenhalte.

Eine typische Kriegspredigt aus den ersten Kriegsmonaten, für die eindeutig feststeht, auf welcher Seite Gott steht – so wie es auch die Koppelschlösser der Landser schmückte („Gott mit uns“). Für den Prediger und seine Kollegen gilt es, durch das Läuterungsfeuer des Krieges wieder zu diesem Gott zurückzukehren, wie es im Fortlauf der Predigt betont wird.

Dies führt zum Nachdenken darüber, welche Schuld vor allem die protestantische Kirche durch ihre Kriegseuphorie auf sich geladen hat, und wie sie damit umgehen soll. Zugleich lässt das Predigtbeispiel darüber nachdenken, wie sich Sprache und Rhetorik in Bedrohungsszenarien militarisieren und wie sich eine solche rhetorische Militarisierung verhindern lässt.

These 2

Resilienz durch Versöhnungsbemühungen

Auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz 1907 kam es zu ersten Konsultationen über deutsch-englische Kirchenkonferenzen, denen sich auch die amerikanischen Kirchenvertreter anschlossen. 1910 wurden ständige Kirchliche Komitees zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland gegründet.

In diesem Zusammenhang schrieb der Theologe und Mitbe-

gründer der deutschen Friedensbewegung, Friedrich-Siegmund Schultze:

„Das Christentum ... kann den organisierten Massenmord nicht heilig sprechen, sondern muss erklären, dass Kriegsführen gegen den Willen Jesu ist!“

Schon vor dem Ersten Weltkrieg engagierte er sich für Völkerverständigung und gegen Krieg. Er organisierte die internationale Konferenz in Konstanz, auf der am 2. August 1914 der „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“, gegründet wurde, aus dem auch der Internationale kirchliche Versöhnungsbund hervorging. Zweck dieser Tagung sollte die Zusammenführung verschiedener Kirchengemeinschaften und Völker sein, um die Bedeutung des Friedens zu betonen und die Kriegsgefahr zu bannen. Ca. 120 Delegierte aus 30 Ländern nahmen an dieser Konstanzer Veranstaltung teil, die wegen des Beginns des Ersten Weltkrieges bereits am 2. August beendet werden musste. Gleichwohl bedeutete die Tagung de facto den Beginn der Arbeit des „Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen“.

Als Ziel wurde formuliert, die religiösen Kräfte der Welt zu organisieren, damit das Gewicht aller Kirchen und Christen auf die Beziehungen der Regierungen und Völker einwirken kann, damit der Geist des Friedens und des guten Willens die Oberhand gewinnt und bei der Beilegung internationaler Streitigkeiten an die Stelle des Krieges die Schlichtung tritt, an die Stelle von Misstrauen und Hass die Freundschaft, an die Stelle von ruinösem Wettbewerb die Zusammenarbeit, an die

Stelle von Habgier und Gewinnsucht bei allen Geschäften zwischen den Nationen der Geist des Dienens und des Opfers.

Das eindrückliche Treffen endete mit der einstimmigen Verabschiedung des vorbereiteten Telegramms an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs Europas sowie den Präsidenten der Vereinigten Staaten:

„In Konstanz tagt eine Konferenz von Mitgliedern christlicher Kirchen aus 12 Ländern und 30 Konfessionen, um freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern. Diese Konferenz wendet sich feierlich an christliche Regenten, doch Krieg zwischen Millionen von Menschen zu verhindern, zwischen denen Freundschaft und gemeinsame Interessen ständig gewachsen sind. Die Konferenz bittet, die christliche Zivilisation vor der Katastrophe zu bewahren und die Kraft christlichen Geistes in den menschlichen Angelegenheiten geltend zu machen.“

Darüber hinaus wurde ein Brief des Erzbischofs von Canterbury und Oberhaupts der anglikanischen Kirche, Randall Cantuar, vom 31. Juli 1914 verlesen. Dieser versicherte, dass er mit seinen Gedanken und Gebeten die Konstanzer Konferenz in diesen Tagen begleite.

Diese Ansätze zu einer kirchlichen Versöhnungsarbeit angesichts der Kriegsvorbereitungen der Politik ermutigen dazu, auch angesichts aktueller Kriegsszenarien diese Rolle der Kirchen (neben der des Widerstandes gegen die geschilderte Kriegs-Rechtfertigung bzw. Begeisterung) verstärkt in den Blick zu nehmen. Die Ansätze tragen für jeden Einzelnen dazu

bei, sich nicht voreilig entmutigen zu lassen, auch wenn die Kriegsvorbereitungspragmatik – 1914 wie heute – überlegen erscheint.

Internationale Konferenz der Kirchen für Frieden und Freundschaft, in: Ökumenische Rundschau, Jg. 34, 1985, Konstanz 1988.

These 3

Resilienz durch Entwicklung und Wachstum

Zum Zweck, das Versöhnungsanliegen weltweit zu fördern, war man im „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“ bestrebt, als kirchliche Weltorganisation „in jedem Land Nationale Räte“ zu gründen. Es wurden Pläne für ihr zukünftiges Wachstum und ihre Aktivitäten erstellt, mit dem letztendlichen Ziel, den guten Willen für die wirksame Ausgestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu mobilisieren.

In ihrem Manifest heißt es:

„Sofern das Werk der Versöhnung und Förderung von Freundschaft eine wesentliche christliche Aufgabe ist, ist es ratsam, dass die Kirchen aller Länder ihren Einfluss auf Volk, Volksvertretung und Regierung anwenden, um gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern herzustellen, so dass sie auf dem Wege friedlicher Zivilisation den Zustand gegenseitigen Vertrauens hervorbringen, den zu erstreben das Christentum die Menschheit gelehrt hat.“

Resilienzspuren im Kriegsausbruch

Am 10. Februar 1914 wurde zudem auf Initiative des amerikanischen Industriellen Andrew Carnegie die Church Peace Union gegründet.

Das Beispiel des Freundschaftsbundes der Kirchen für den Frieden zeigt den ambivalenten Charakter der Kirchen, einerseits sich für den Frieden einzusetzen, andererseits aber dem allgemeinen Nationalismus zu erliegen und – bei Unvermeidbarkeit des Krieges – ihn zumindest wie der Theologe Schütze - zum Wohl der eigenen Nation einen Sinn zu verleihen. Das gibt Anlass zum Nachdenken darüber, welche Möglichkeiten und welche Verantwortung Kirchen und Religionsgemeinschaften heute haben, Menschen für die Friedensarbeit zu mobilisieren und sich wirksam für den Frieden einzusetzen.

Internationale Konferenz der Kirchen für Frieden und Freundschaft, in: Ökumenische Rundschau, Jg. 34, 1985, Konstanz 1988.

These 4

Resilienz durch Rituale

Einige Monate nach Kriegsbeginn geschah mitten auf dem Schlachtfeld in Flandern ein kleines Wunder. Aus der Schilderung eines deutschen Soldaten:

„Endlich kam der eine Engländer aus dem Graben heraus und hielt beide Hände hoch. In der einen Hand hielt er englische

Zigaretten und Tabak. Der Engländer kam auf unsere Leute zu und wünschte ihnen ein frohes Weihnachten. Er reichte unseren Leuten die Hand, die den Gruß herzlich erwiderten: Merry Christmas, Jerry.

Jetzt stellten wir auf den kilometerlangen Schützengraben Kerzen auf. Das war die reinsten Illumination, über die die Engländer durch Zurufe und Händeklatschen ihre Freude ausdrückten. Meine Leute sammelten unterdessen die gefallenen Engländer und Deutschen ein, die schon ganz eingetrocknet waren.“

„Was für ein Tag“, schildert der britische Soldat. „Wir tranken von ihrem Schnaps, von unserem Rum. Wir aßen gemeinsam, zeigten uns Fotos unserer Familien, lachten viel.“ Von irgendwo tauchte ein Fußball auf, und sie begannen zu kicken, zwischen den Schützengräben, mit Mützen als Tore. Dass das Spiel 3:2 für die Deutschen endete, ist wohl eher Legende. Festzustehen scheint hingegen, dass das improvisierte Match in Wulverghem, rund 15 Kilometer südlich von Ypern, stattfand.

„Es ist schrecklich,“ schreibt später ein Landser nach Hause, „dass man den einen Tag so sehr in Frieden miteinander verkehren kann, und dass man am anderen Tage sich damit beschäftigen muss, sich gegenseitig umzubringen.“

Dieser „Weihnachtsfrieden“ macht auf eine besondere Dimension von Friedensexperimenten mitten im Krieg aufmerksam und regt

zum Nachdenken darüber an, welche Bedeutung dem spirituellen und ritualisiertem Aspekt von Friedensarbeit zukommt.

<https://www.dw.com/de/der-weihnachtsfrieden-von-1914/a-17307989>

These 5

Resilienz durch positive Friedensdefinition

Einer, der sich zu Beginn des Ersten Weltkriegs vehement für Pazifismus einsetzte, war der Journalist und Publizist Alfred Fried. 1911 wurde ihm zusammen mit dem Juristen Tobias Asser für die Gründung der Friedensbewegung und für sein Engagement der Friedensnobelpreis verliehen. In seiner Schrift über den Pazifismus definiert er diesen so:

„Der Zustand, der heute in normaler Zeit zwischen den Staaten besteht, ist nicht der des Friedens, wie ihn der Pazifismus versteht, sondern nur der des Nicht-Kriegs. Auch der „Friede“ der nach einem Kriege geschlossen wird, bildet nicht das Ziel der Friedensbewegung. Jene Friedensschlüsse beenden nur einen Krieg: sie begründen nicht den Frieden. Wer die Unterscheidung zwischen „Friede“ und „keinen Krieg“ unterlässt, erfasst den Ideengang des Pazifismus nicht, er kommt zu Schlüssen, die das Problem gar nicht berühren. Nur der „Friede“ genannte Zustand des Nichtkrieges kann durch stets sich vermehrende Rüstungen verlängert werden.“

Alfred H. Fried, Kurze Aufklärungen über Wesen und Ziel des Pazifismus, Berlin 1914.

In der von Alfred Fried gegründeten und herausgegebenen „Friedens-Warte“ heißt es 1914:
„Der Krieg ist die Fortsetzung der Friedensarbeit, nur mit anderen Mitteln. Wir haben die Anwendung dieser „anderen Mittel“ vermeiden wollen. Durch Jahrzehnte haben wir treue Arbeit geleistet zur Erreichung dieses Zieles unter Aufopferung unserer Kräfte, unseres Lebensglücks. Dass wir unsere Pflicht erfüllt haben, können wir mit ruhigem Gewissen sagen.“

Alfred H. Fried (Hg.), Friedens-Warte, Berlin 1899ff.

Seine eigene Haltung zum Krieg vertraut Alfred Fried Anfang August seinem Kriegstagebuch an: „7. August. Ich lungere herum; ich lese die Zeitungen. Ein fürchterliches Weh erfüllt mich. Der Krieg lastet wie ein Zentnergewicht auf mir. Als ob alle Lebenswerte erstickt wären. Wenn ich morgens erwache, erlebe ich täglich die gleiche Erscheinung. Einen Augenblick lang das Gefühl von Behaglichkeit. Nur einen Augenblick; dann tritt der Gedanke an den Krieg in das Bewusstsein, und wie mit einem Ruck fällt das Behaglichkeitsgefühl von mir. Der psychische Druck beginnt.“

Alfred H. Fried, Mein Kriegstagebuch (hg. von G. und D. Riesenberger), Bremen 2005.

Was der Mitbegründer der Friedensbewegung über den von ihm in der „Friedens-Warte“, in seinem Kriegstagebuch und

Resilienzspuren im Kriegsausbruch

anderen Werken propagierten Pazifismus schreibt, regt dazu an, Frieden in der Tat nicht negativ, sondern positiv zu definieren. Damit kommt er dem ursprünglichen Gedanken des Shalom nahe, dessen Spuren in der Neuzeit es nachzugehen gilt.

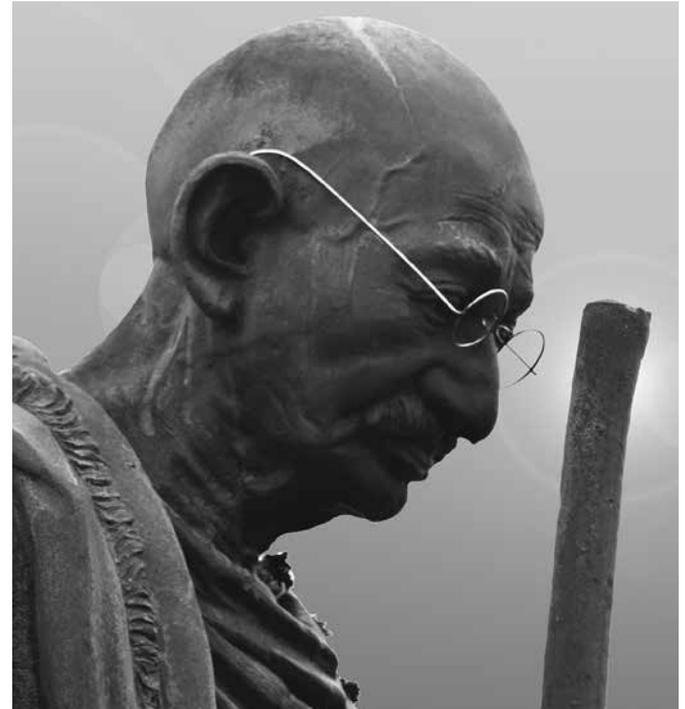
These 6

Resilienz durch psychologische Forschung

Einige Monate, bevor er seine Stelle als Feldgeistlicher antrat, gründete Wilhelm Stählin 1914 die „Gesellschaft für Religionspsychologie“ und das „Archiv für Religionspsychologie“. In der Einleitung heißt es über das Anliegen des Archivs, es gehe darum festzustellen und zu beschreiben, „was für Erlebnisse überhaupt vorliegen, wenn wir von religiösen Erlebnissen sprechen, zumal der Begriff „Religion“, so wie er gemeinhin verstanden wird, kein rein psychologischer Begriff ist; wer sich hierüber nicht klar ist, verfällt sehr leicht in den Fehler, Merkmale hineinzubringen, die zwar der Religion, so wie dies Wort gewöhnlich verstanden wird, mit Recht zukommen, die aber dem psychischen Erleben vollkommen fremd sind. Außerdem geht es den Herausgebern neben der reinen Beschreibung um die Nomologie des religiösen Lebens, um zu der Feststellung gesetzmäßiger Zusammenhänge zwischen den Erscheinungen zu gelangen, also zwischen – phänomenologisch festzustellenden – religiösen Erlebnissen und bestimmten äußeren Umständen bzw. den körperlichen Äußerungen seelischer Zustände (besondere Mimik des religiösen Gefühls; Kultus, Alltag, Verlauf und Kontextualisierung der religiösen Erlebnisse).“

Kurt Koffka, Wilhelm Stählin, Zur Einführung. *Archive for the Psychology of Religion*, 1(1), 1-9.

Der Kontext dieser Anliegen – kurz vor Kriegsbeginn – regt zum Nachdenken darüber an, welche Funktion Religiosität – jenseits von konfessioneller oder religiöser Bindung – für die Resilienzförderung hat.



Forumsblog 9-2024

Pazifismus in Biografien und Projekten

Ergänzend zu den im August-Blog erörterten Friedensbemühungen 1914 stehen anlässlich des Münsteraner Friedenskulturmonats im Folgenden Menschen im Mittelpunkt, die sich im deutschsprachigen Raum besonders für den Frieden eingesetzt haben. Die folgenden Thesen zu ihrer beispielhaften grenzübergreifenden Versöhnungsarbeit laden dazu ein, weitere Beispiele in aller Welt zu finden bzw. eigene Projekte zu entwickeln.

Die Beispiele zeigen, wie sich im Sinne einer Friedenslogik Prävention und Transformation, individuelle und kollektive Bedürfnisse (Identität, Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit) miteinander verbinden. Dabei lassen sich in kritischer Selbstreflexion (und völkerrechtlich im Blick auf Erinnerungspolitik und Erinnerungskultur) Narrative und Rituale entwickeln bzw. (wieder)entdecken.

Galtung, J. (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek.

Galtung, J. (1998): Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur, Opladen.

H. J. Gießmann und B. Rinke (Hrsg.): Handbuch Frieden, https://doi.org/10.1007/978-3-658-23644-1_10

These 1

Bertha von Suttner und die Gründung einer Deutschen Friedensgesellschaft

Die Geburtswehen einer Friedensgesellschaft

Am 9. November 1892 gelang es den beiden Österreichern und späteren Friedensnobelpreisträgern Bertha von Suttner und Alfred Herrmann Fried nach langjährigen Bemühungen, in Berlin die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) zu gründen. Angesichts der gesellschaftlich-politischen Situation des deutschen Kaiserreiches kann es nicht überraschen, dass sich der Verband sofort scharfen Angriffen seitens reaktionärer Kräfte ausgesetzt sah:

In einer politisch immobilen Gesellschaft, die im Einklang mit einem militanten Nationalismus kolonialimperialistisch auf einen „Platz an der Sonne“ drängte und dem Militär eine bevorzugte Position im gesellschaftlichen und politischen Leben einräumte, musste die Gründung einer Friedensgesellschaft als ein Anachronismus erscheinen, der zentral gegen das Selbstverständnis der herrschenden Kräfte gerichtet war. Obwohl sich die DFG zunächst als eine humanitär unpolitische Vereinigung verstand, die sich im Einklang mit dem Fortschritt wusste und die vernunftwidrige Institution des Krieges durch Aufklärung der Öffentlichkeit und Appelle an die Mächtigen abzuschaffen bestrebt war, zwangen die Zeitereignisse die Pazifisten seit der Jahrhundertwende zunehmend zu politischen Stellungnahmen. So wandte sich die DFG jetzt entschieden gegen die nationalimperialistischen Exzesse sowie gegen

Pazifismus in Biografien und Projekten

die Erziehung der Jugend in chauvinistischem Geiste und verurteilte scharf die Unterdrückung der nationalen Minderheiten im deutschen Reich.

Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten standen freilich die Bemühungen um die Verwirklichung ihres Programms eines „konstruktiven“ Pazifismus, das die zwischenstaatliche Anarchie durch den Aufbau des Völkerrechts beseitigen wollte und mit den Begriffen Verständigung, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung umrissen werden kann. An die Stelle des Kampfes der Nationen gegeneinander sollte eine internationale Rechtsgemeinschaft treten, die Konflikte mittels Schiedsgerichtsurteilen gewaltlos löste. Fried baute diese Programmsätze nach dem enttäuschenden Verlauf der 1. Haager Konferenz zu einer eigenständigen Theorie des „organisatorischen Pazifismus“ aus, die bis zum Ende des Kaiserreichs die bestimmende Ideologie der DFG blieb.

Dieser kurze Abriss weitet den Blick auf die Friedensbewegung über Individuen und Gruppen hinweg auf die Organisationsebene und ermutigt dazu, über eigene Möglichkeiten nachzudenken, das eigene Friedensengagement durch Organisationsformen nachhaltiger zu gestalten.

https://DFÜ-vk-darmstadt.de/Lexikon_Auflage_2/DeutscheFriedensgesellschaftVerKdG_Geschichte.pdf
https://versoehnungsbund.de/sites/default/files/2020-05/uh_verdun.pdf

Bertha von Suttner als Pazifistin

Berühmt wurde Bertha von Suttner 1889 durch ihren Roman

„Die Waffen nieder“, in dem sie ihre pazifistische Haltung literarisch verarbeitete. Von großem Einfluss auf Suttner war Alfred Nobel, lange bevor sie den Friedensnobelpreis erhielt. Bei ihrem Treffen in Bern bei einem Friedenskongress 1892 hatte er ihr die finanzielle Förderung ihrer Pläne einer Deutschen Friedensbewegung in Aussicht gestellt und durch sein Testament auch verwirklicht. Suttner hebt lobend hervor, dass er darin neben den anderen Dingen, die er als zur Förderung der Kultur dienend erkannt hat, nämlich die Wissenschaft und die idealistische Literatur, auch die Ziele der Friedenskongresse berücksichtigt hatte, nämlich Erlangung internationaler Justiz und daraus folgend Herabminderung der Heere.

Bei ihrer Dankesrede an das Nobelpreiskomitee 1905 legte die Friedensnobelpreisträgerin die drei Programmpunkte dar, die sie für die Überwindung von Konflikten zwischen Staaten ohne Gewalt entwickelt hatte:

Schiedsgerichtsverträge, um die Konflikte zwischen Staaten mit friedlichen Mitteln beizulegen, eine Friedensunion aller Staaten, die jeden Angriff eines Staates gegen einen anderen mit gemeinschaftlicher Kraft zurückweisen müsse, und eine internationale Institution, die als ein Gerichtshof im Namen der Völker das Recht vertrete.

Nach der Heimkehr aus Bern wartete viel Arbeit auf sie: Die Redaktion der Revue, die Präsidiumspflichten in den beiden Vereinen und dabei die ununterbrochene literarische Produktion — ihre Korrespondenz hatte sich stark erweitert, weil es ihr glühender Wunsch war, dass auch in Berlin eine Friedensgesellschaft entstehe.

Auf die Frage, wie sie sich den Frieden in 100 Jahren vorstelle, wies sie in einem entsprechenden Aufsatz 1908 darauf hin: „Wir sind im Besitze von so gewaltigen Vernichtungskräften, dass jeder von zwei Gegnern geführte Kampf nur Doppelselbstmord wäre. Wenn man mit einem Druck auf einen Knopf, auf jede beliebige Distanz hin, jede beliebige Menschen- oder Häusermasse pulverisieren kann, so weiß ich nicht, nach welchen taktischen und strategischen Regeln man mit solchen Mitteln noch ein Völkerduell austragen könnte.“

Bertha von Suttner: Der Frieden in 100 Jahren (1908)

Diese kritische Haltung zur Aufrüstungsdebatte äußerte sich auch im Jahr darauf: „Aber selbst im Lager der Pazifisten“, so schreibt sie 1909, „ist vielfach ein Verzicht auf die Diskussion der Rüstungsfrage eingerissen. Sie haben gesehen, dass unter den gegebenen, auf Feindschaft und Misstrauen aufgebauten Beziehungen zwischen den Staaten eine Verminderung der Kriegsvorkerhungen nicht stattfinden kann und auch, wenn sie stattfände, nichts zur Vermeidung der Kriege beitragen würde – vielleicht sogar das Gegenteil, weil die machthabenden Kreise dann nicht mehr so vor dem Losschlagen zurückschrecken würden; und so haben sie es aufgegeben, die Verminderung zu verlangen, mit der Begründung, dass diese nur eine Folge, nicht eine Ursache der zwischenstaatlichen Rechtsordnung sein kann; und dass daher alle Anstrengungen auf das Ziel gerichtet werden müssen, jene Rechtsordnung einzusetzen – und dann würde die Abrüstung von selber folgen. Erst die Krankheit (die internationale Gesetzlosigkeit) aufheben, dann wird das Symptom (der Rüstungswettlauf) automa-

tisch verschwinden. Pazifisten, meine Freunde, diese Methode will mir nicht recht gefallen. Denn glaubt ihr nicht, dass die Militaristen ebenso gescheit rasonieren? Da die Beibehaltung der Rüstungen ihr Ziel ist, werden sie den Rechtszustand, den bindenden, hintertürlosen Rechtszustand eben nicht aufkommen lassen. Richtet man seine Angriffe, seine offenen, hartnäckigen, kräftigen Angriffe gegen die Rüstungen, beweist man, dass sie Kriegsgefahren enthalten, weil sie das Misstrauen und die Feindschaft nähren, beweist man, dass sie unweigerlich endlich alle Staaten zugrunde richten müssen, dann wird diese Einsicht den allgemeinen Willen wecken, dieses Symptom, das selber tödlich ist, durch die Heilung der Krankheit zu tilgen, und man wird dann den Rechtszustand, den Bund zwischen den Staaten einsetzen.“

Diese Haltung behielt sie bis zu ihrem Tod 1914 bei.

In einem ihrer letzten Briefe, den sie im Juni 1914 an den Frauenbund in der Deutschen Friedensgesellschaft geschickt hatte, schrieb sie: „Aber noch eines mehr können wir tun, vor dem die meisten Männer sich zurückhalten, weil sie nicht als schwachmütig und rührselig erscheinen wollen: lassen wir unsere Herzen sprechen. Im Namen der Liebe, diesem heiligsten aller Gefühle, das ja als die eigentlichste Domäne des Weibes gilt, im Namen der Güte, die ja erst den Menschen ‚menschlich‘ macht, im Namen des Gottesbegriffs, zu dem sich unsere Ehrfurcht erhebt, wollen wir den Krieg bekämpfen; nicht nur, weil er sich nicht mehr auszahlt und daher eine Torheit – sondern weil er grausam und daher ein Verbrechen ist. Das soll in all dem Aufwand von politischen und ökonomischen

Pazifismus in Biografien und Projekten

mischen Argumenten nicht vergessen werden. Desto besser, wenn sich der Verstand auch gegen den Krieg auflehnt, aber unterdrücken wir darum nicht die Empörung unserer Herzen... Richtige Schlüsse ziehen ist schön – begeistert sein ist schöner. Leidenschaft brauchen wir, um zu handeln und zu wirken – nur Leidenschaft reißt hin.“

Ihr Beispiel regt zum Nachdenken und Diskutieren darüber an, wie sich pazifistische und militaristische Haltungen biografisch entwickeln und was das für Erziehung und Bildung bedeutet.

These 2

Pazifismus als kirchliche Aufgabe

Paul Althaus' Lehren aus dem Krieg

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich der lutherische Theologe Paul Althaus kritisch mit dem Religiösen Sozialismus auseinander und setzte dessen evolutionärer Sicht Luthers 2-Reiche-Lehre entgegen, indem er den Beruf eines Volkes zur Kategorie des nationalen Handelns erklärte. Somit blieb er bei aller Friedensliebe an den deutschen Staatsgedanken gebunden, der Kriege für eine gerechte Sache nicht ausschloss. Das beeinflusste auch seine kritische Haltung dem religiös sozialistisch propagierten Pazifismus gegenüber. Althaus schreibt: „Da die pazifistische Welle auch durch die evangelische Kirche geht und der Pazifismus von jeher das christliche Ethos für sich beanspruchte, ist in den beiden letzten Jahren das Ver-

hältnis von Pazifismus und christlicher Ethik zum vielbehandelten Problem geworden. Praktisch bewegt uns die Frage, ob der Christ als Christ zur Mitarbeit bei dem Versuche, die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Völkern zu beseitigen, verpflichtet ist oder nicht; und weiter: ob die deutschen evangelischen Kirchen ebenso wie die katholische und die Führer der englischen Kirchen (in einer Konferenz am 29. Oktober 1918, zusammengerufen durch den Erzbischof von Canterbury, und einem von dieser Konferenz vertretenen „Aufruf an die Christen Englands“) offen für den Gedanken des Völkerbundes und die pazifistische Bewegung eintreten sollen oder ob sie guten Gewissens, ohne Verleugnung der Sache Jesu und ihres heiligen Berufes, sich zurückhalten können. Immer schon hatten evangelische Pfarrer in der deutschen Friedensgesellschaft an hervorragender Stelle gestanden. In der „Christlichen Welt“ wurde seit langem, besonders aber im Kriege, das Verhältnis des Christentums zur Völkerversöhnung behandelt und ein christlicher Pazifismus vertreten. Aber es war doch etwas Neues, als im Oktober 1917 deutsche evangelische Pastoren Erklärungen erließen, in denen sie „allen Glaubensgenossen, auch denen in den feindlichen Staaten von Herzen die Bruderhand“ reichten und erklärten: „Wir fühlen angesichts dieses fürchterlichen Krieges die Gewissenspflicht, im Namen des Christentums fortan mit aller Entschiedenheit dahin zu streben, dass der Krieg als Mittel der Auseinandersetzung unter den Völkern aus der Welt verschwindet.“ Alles das ist ein Zeichen dafür, wie stark man die pazifistische Frage heute auch in der Kirche bewegt. Um so dringender wird die Aufgabe, abseits von den Leidenschaften und Rücksichten

des Tages dem Problem des Verhältnisses von Pazifismus und christlicher Ethik nachzudenken; um so verdienstvoller ist jede Schrift, die dazu hilft.“

Mit diesen Äußerungen regt Althaus dazu an, auf Spurensuche im eigenen Umfeld nach pastoralen pazifistischen bzw. bellizistischen Äußerungen zu gehen und den biografischen bzw. gesellschaftlichen Hintergründen für beides auf den Grund zu gehen.

Paul Althaus, Pazifismus und Christentum, Leipzig 1919.

Wolfgang Huber, das „Gewalt-Gefälle“

Ähnlich wie Althaus vertritt auch der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende eine differenzierte Sicht auf den Pazifismus, den er in aktuelle friedensethische Debatten einordnet:

„Die bellizistische Engführung des Friedens setzt sich immer wieder durch und mit ihr die Frage, ob der Krieg das Tötungsverbot des 3. Gebots außer Kraft setzt: „Du sollst nicht töten!“ Zu der menschheitlichen Tradition elementarer moralischer Regeln gehört dieses Gebot in der Sprache der biblischen zehn Gebote. In neueren friedensethischen Debatten hat man aus diesem Gebot vor allem abgeleitet, es sei dem Menschen verwehrt, Gewalt gegen andere Menschen auszuüben. Pazifismus – was wörtlich bedeutet: Frieden machen, also Frieden herbeiführen – wurde auf diesem Hintergrund vor allem als Gewaltverzicht ausgelegt. Ein solcher Gewaltverzicht kann als Selbstverpflichtung eine zeichenhafte Bedeutung für den

Abbau von Gewalt haben. Das bedeutet aber nicht, dass es zureichende ethische Gründe dafür gibt, einer Gesellschaft, einem Staat oder einem Bündnis von Staaten die Möglichkeit und, wenn keine gewaltfreien Alternativen zur Verfügung stehen, auch die Pflicht abzusprechen, sich gegen Gewalt zu verteidigen – notfalls unter Einschluss von Gegengewalt. Friedensethisch schließt das Tötungsverbot nicht nur den eigenen Verzicht auf Tötungshandlungen ein. Es schließt vielmehr die Verpflichtung ein, nicht töten zu lassen, also zuzulassen, dass andere ihre Mitmenschen ums Leben bringen. Zum Gefälle dieses Gebots gehört deshalb die Bereitschaft, das gewaltsame Töten durch Dritte zu verhindern.“

Mit seiner differenziert-ambivalenten Haltung dem reinen Pazifismus gegenüber regt Huber dazu an, weitere Argumente für eine solche Differenzierung zu finden.

EKD (Hg.): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Gütersloh 2007.

vgl. Wolfgang Huber, Du sollst nicht töten und nicht töten lassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Oktober 2014, https://wcge.org/images/meldungen/2022/Wolfgang_Huber_-_Zeitenwende_f%C3%BCr_die_Friedensethik_o.pdf

Margot Käßmann, radikaler Pazifismus

Dem gegenüber vertritt seine Nachfolgerin im EKD-Leitungsamt eine radikale pazifistische Haltung:

„Ich bin trotz heftiger Angriffe in Diskussionen oder auch per Mail bei meiner pazifistischen Haltung geblieben. Anfangs habe ich sie noch bei Talkshows vertreten, aber nachdem ich

Pazifismus in Biografien und Projekten

erlebt habe, dass ich lediglich als diejenige eingeladen werde, an deren vermeintlich absurder Haltung sich die anderen geladenen Gäste empört abarbeiten können, habe ich keine weiteren Zusagen gegeben.

Allenfalls habe ich mich auf 1:1-Formate wie Spiegel deep dive oder Freitag Salon u.Ä. eingelassen, weil ich dann den Eindruck hatte, meine Position zumindest darlegen zu können. Sie hat drei Gründe:

Zum einen fühle ich mich als Christin der Botschaft Jesu verpflichtet: Selig sind, die Frieden stiften. Steck das Schwert an seinen Ort. Liebet Eure Feinde. Martin Luther King hat einmal gesagt, Letzteres sei das Schwerste, das Jesus denen, die ihm nachfolgen wollen, hinterlassen hat. Und das stimmt auch bis heute. Es bleibt eine Provokation. Einmal wurde ich gefragt, was Jesus Terroristen sagen würde. Ich habe erklärt: „Wahrscheinlich dasselbe wie vor 2000 Jahren: Liebet eure Feinde, bittet für die, die euch verfolgen.“ Die Reaktion war ein Shitstorm. Dabei habe ich Jesus zitiert. Mir hat das gezeigt, wie weichgespült die christliche Botschaft inzwischen daherkommt.

Zum anderen rührt meine Haltung aus den familiären Erfahrungen. Mein Vater war 18 Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg begann – er wurde sofort zur militärischen Ausbildung beordert und musste als Soldat „dienen“, bis er mit 25 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen wurde. Meine Mutter war Krankenschwester in Berlin, hat die Bombennächte erlebt, wurde nach Rügen evakuiert, floh nach Dänemark und musste dort zwei Jahre in einem Internierungslager bleiben. Ihre Mutter und ihre Schwester waren allein in Köslin, bis sie

1946 nach Hessen aufbrechen konnten. Mein Großvater väterlicherseits und meine Tante starben bei Bombenangriffen auf Hagen. Mein Großvater mütterlicherseits wurde nach Sibirien verschleppt und starb auf dem Transport. Dass Krieg mit allen Mitteln zu verhindern ist, war bei uns zu Hause unumstritten.

Schließlich habe ich es als Bürgerin dieses Landes gerade auch angesichts unserer Geschichte immer für richtig gehalten, Rüstungsexporte abzulehnen oder zumindest so zu beschränken, dass keine Waffen in Krisen – oder gar Kriegsgebiete geliefert werden. Das war auch lange Zeit Konsens. Jetzt wird erklärt, unsere Freiheit werde – diesmal nicht am Hindukusch, sondern in der Ukraine – verteidigt.“

Mit ihrem kompromisslos radikalen Pazifismus regt Käßmann dazu an, ihre Haltung und Argumentation biografisch und gesellschaftlich einzuordnen und vom eigenen Standpunkt aus zu bewerten.

<https://www.forumzfd.de/de/kaessmann>

In der EKD-Friedens-Denkschrift von 2007 heißt es u.a.: „Die Praxis des gerechten Friedens, die als Merkmal der weltweiten Gemeinschaft von Christinnen und Christen betrachtet werden kann, wird zwar in ihrer spirituellen Tiefenschicht nicht von allen Menschen geteilt und kann keine praktische Friedenspolitik ersetzen. Sie konvergiert aber mit einem mehrdimensionalen Konzept des Friedens, das sich als sozialetisches Leitbild in die politische Friedensaufgabe einbringen lässt:

Gerechter Friede dient menschlicher Existenzerhaltung und Existenzentfaltung; er muss deshalb immer und in jeder seiner Dimensionen auf der Achtung der gleichen menschlichen Würde aufbauen.

Nach christlichem Verständnis besteht die Menschenwürde in der Bestimmung des Menschen zur Gottebenbildlichkeit, d. h. zu einer Gemeinschaft mit Gott, durch die der Mensch zugleich als Repräsentant Gottes und als der Verantwortung fähiges Subjekt ausgezeichnet wird. Auch wer die Menschenwürde auf andere Weise begründet, kann der Folgerung zustimmen, dass ein menschliches Leben in Würde als Minimum den Schutz vor Demütigung, d. h. der sozialen Bedingungen der Selbstachtung erfordert.

Die Achtung der Menschenwürde verlangt darum über die Respektierung des Rechts auf Leben hinaus jedenfalls den Schutz jedes Menschen vor willkürlicher Ungleichbehandlung und Diskriminierung, die Achtung seiner Subjektstellung, die Gewährleistung des materiellen und sozialen Existenzminimums sowie die Ermöglichung des Aufbaus selbst bestimmter Lebensformen, die immer auch Chancen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnen sollte.“

Die starke Betonung der Menschenwürde regt dazu an, das Thema „gerechter Friede“ aus dieser Perspektive weiterzudenken, z.B. in Richtung Interkulturalität, sozialer Friede oder Klimagerechtigkeit.

These 3

Die Bergpredigt als Friedensethik

Das Beispiel Dietrich Bonhoeffers

Dietrich Bonhoeffer führt in einem Gemeindevortrag als Vikar in Barcelona am 8.2.1929 aus, es sei das größte Missverständnis der Bergpredigt, wenn man ihre Gebote „selbst wieder zum Gesetz macht, indem man sie wörtlich auf die Gegenwart bezieht“. Das sei nicht nur sinnlos, sondern widerspreche dem „Geist Christi“, der die Freiheit vom Gesetz brachte. Er schreibt: „Der Sinn der gesamten ethischen Gebote Jesu ist vielmehr der, dem Menschen zu sagen:

Du stehst vor dem Angesicht Gottes, Gottes Gnade waltet über dir, du stehst aber zum Andern in der Welt, musst handeln und wirken, so sei bei deinem Handeln eingedenk, dass du unter Gottes Augen handelst, dass er seinen Willen hat, den er getan haben will. Welcher Art dieser Wille ist, das wird dir der Augenblick sagen; es gilt nur, sich klar zu sein, dass der eigene Wille jedes Mal in den göttlichen Willen hineingezwungen werden muss, dass der eigene Wille aufgegeben werden muss, wenn der göttliche verwirklicht werden soll; und sofern also da völlige persönliche Anspruchslosigkeit des Menschen erforderlich ist im Handeln vor dem Auge Gottes, kann das ethische Handeln des Christen als Liebe bezeichnet werden. Das aber ist nicht ein neues Prinzip, sondern aus der Stellung des Menschen vor Gott gewonnen. Es gibt für den Christen keine ethischen Prinzipien, anhand derer er sich etwa versittlichen könnte.“

Pazifismus in Biografien und Projekten

Indem Bonhoeffer ethisches Handeln allein auf die Gebote bezieht, regt er dazu an, über eigene ethische Modelle nachzudenken.

Dietrich Bonhoeffer: Ökumene, Universität, Pfarramt 1931-1932 Werkausgabe, Band 11, Hg. von Eberhard Amelung und Christoph Strohm.

Bonhoeffer und Gandhi

Dietrich Bonhoeffer schrieb 1934 an Mahatma Gandhi:

Verehrter Mahatmaj!

Es geschieht auf Grund der außerordentlich bestürzenden Situation in den europäischen Ländern und in meinem eigenen Land, Deutschland, dass ich es wage, mich persönlich an Sie zu wenden; und ich hoffe, Sie werden mir das verzeihen. Ich habe lange Zeit gewartet, aber nun haben die Dinge sich so zugespitzt, dass ich es nicht für gerechtfertigt halte, länger zu warten. Wie ich weiß, haben Sie ein offenes Ohr für jede Notlage, wo auch immer sie auftritt; deshalb vertraue ich darauf, dass Sie es nicht ablehnen, mir Hilfe und Rat zuteil werden zu lassen, obwohl Sie mich nicht kennen, und mir meine Fragen nachsehen. Die große Not in Europa und besonders in Deutschland besteht nicht in der wirtschaftlichen und politischen Unordnung, sondern es geht um eine tiefe geistliche Not. Europa und Deutschland leiden unter einem gefährlichen Fieber und sind dabei, sowohl die Selbstkontrolle als auch das Bewusstsein für das zu verlieren, was sie tun. Die heilende Kraft für alle menschliche Bedrängnis und Not, nämlich die Botschaft Christi, enttäuscht immer mehr nachdenkliche Menschen auf Grund ihrer gegenwärtigen Organisationsform. /.../

Die Frage, die ich Ihnen vorlegen möchte, ist, ob ich die Erlaubnis erhalte, mit Ihnen einige Zeit in Ihrem Ashram zu verbringen, um Ihre Bewegung zu studieren. Ich habe kein Vertrauen in kurze Interviews, sondern bin davon überzeugt, dass man miteinander leben sollte, wenn man einander kennenlernen möchte. Ich habe jetzt genug Geld gespart, um meine Reise zu bezahlen, müsste aber in Indien sehr billig leben. Halten Sie das für möglich?

Auch wenn Bonhoeffer die Einladung nicht annehmen konnte, lädt die Korrespondenz dazu ein, über den interkulturellen und interreligiösen Charakter von Ethik, vor allem von Friedenethik nachzudenken.

Wolfgang Huber: Dietrich Bonhoeffer – Auf dem Weg zur Freiheit. C. H. Beck Verlag, München 2019.

Pazifismus als Seminar

Nach Ende des ersten Kurses, am 15. November 1935, konnte Bonhoeffer zufrieden zusammenfassen:

„Der Sommer 1935 ist für mich, glaube ich, die beruflich und menschlich ausgefüllte Zeit bisher gewesen. Ich habe im Zusammenleben mit Euch in beiderlei Hinsicht mehr gelernt als je zuvor.“

„Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ Jesu Nachfolger sind zum Frieden berufen. Als Jesus sie rief, fanden sie ihren Frieden. Jesus ist ihr Friede. Nun sollen sie den Frieden nicht nur haben, sondern auch schaffen.

Damit tun sie Verzicht auf Gewalt und Aufruhr. In der Sache Christi ist damit niemals etwas geholfen. Das Reich Christi ist ein Reich des Friedens, und die Gemeinde Christi grüßt sich mit dem Friedensgruß. Die Jünger Jesu halten Frieden, indem sie lieber selbst leiden, als dass sie einem Anderen Leid tun, sie bewahren Gemeinschaft, wo der Andere sie bricht, sie verzichten auf Selbstbehauptung und halten dem Hass und Unrecht stille. So überwinden sie Böses mit Gutem. So sind sie Stifter göttlichen Friedens mitten in einer Welt des Hasses und Krieges. Nirgends aber wird ihr Frieden größer sein als dort, wo sie den Bösen im Frieden begegnen und von ihnen zu leiden bereit sind. Die Friedfertigen werden mit ihrem Herrn das Kreuz tragen; denn am Kreuz wurde der Friede gemacht. Weil sie so in das Friedenswerk Christi hereingezogen sind, berufen zum Werk des Sohnes Gottes, darum werden sie selbst Söhne Gottes genannt werden.“

Seinem Bruder Karl-Friedrich schreibt er: „Aber ich glaube, ich bin auf dem richtigen Weg, zum ersten Mal in meinem Leben. Ich glaube, ich habe Recht, wenn ich sage, dass ich nur dann zu wahrer innerer Klarheit und Ehrlichkeit gelange, wenn ich wirklich anfangen, die Bergpredigt ernst zu nehmen /.../ Die Wiederherstellung der Kirche muss sicherlich von einem Leben in kompromissloser Nachfolge Christi gemäß /.../der Bergpredigt abhängen.“

Mit dieser christologischen Deutung seiner Friedensethik regt Bonhoeffer dazu an, Friedensethik aus der Perspektive der Bergpredigt selbst einmal durchzubuchstabieren.

Dietrich Bonhoeffer: London 1933-1935. Werkausgabe, Band 13, hg. von Hans Goedeking, Martin Heimbucher und Hans-Walter Schleicher.

Pazifismus als ökumenische Aufgabe

In einem Vortragskonzept zur Weltkirchenkonferenz in Oxford 1937 formuliert Bonhoeffer die folgenden Thesen:

Das Evangelium ist die Botschaft des Friedens. „Christus ist unser Friede.“ Ist dieser Friede auch ein verborgenes Gut als Friede mit Gott, so will er doch hervorbrechen und in Erscheinung treten in den Gemeinschaftsordnungen der Menschen, so gewiss der Herrschaftsanspruch Christi sich auf die ganze Welt erstreckt.

Diese Botschaft hat die Kirche Christi aller Welt zu bezeugen, sowohl der Gemeinde des Herren als auch der Völkerwelt. Diesen im Evangelium enthaltenen weltumspannenden Auftrag darf sie sich von niemandem nehmen lassen. „Ihr seid das Salz der Erde.“

Um dieses Auftrages willen bezeugt die Kirche der Christenheit, dass sie sich in allen Spannungen und Trennungen leiten und tragen lassen muss von dem Glauben an den einen Herrn der Kirche und von dem Gebot: „Ist es möglich, soviel an euch ist, so habt mit allen Menschen Frieden.“

Mit seiner Forderung, Weltökumene christozentrisch zu verstehen, regt Bonhoeffer dazu an, auch das Friedensgebot entsprechend zu interpretieren.

These 4

Pazifismus als Lebensaufgabe

2021 fand anlässlich der Erinnerung an den Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 eine Veranstaltung des Ev. Forums in Kooperation mit der Villa ten Hompel zum Thema Versöhnung und Friedensarbeit statt, in deren Mittelpunkt der Erfahrungsbericht und das Gespräch mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und Friedensaktivisten Winfried Nachwei stand.

Bereits 2006 hatte er sich – angesichts der ambivalenten Haltung seiner Grünen Partei zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr seit 1990 – selbstkritisch mit dem „Fundi- und Realo-Pazifismus“ auseinandergesetzt. Einleitend betonte er:

„Lässt man die Geschichte der bundesdeutschen Grünen und von Bündnis 90/Die Grünen Revue passieren, dann wird deutlich: Die Grünen stehen exemplarisch für eine Auseinandersetzung um Pazifismus und Friedensverantwortung in der Politik, die weit über die Kreise dieser kleinen Partei hinausging, eine ganze politische Generation in Deutschland vor und nach Ende des Ost-West-Konfliktes aufwühlte und die bis heute nicht beendet ist. Als Aktiver der Friedensbewegung in den 80er und 90er Jahren und Gründungsmitglied der Grünen habe ich die Kontroverse miterlebt und mitgeführt: viele Jahre außerparlamentarisch, vier Jahre in der parlamentarischen Opposition, sieben Jahre in der Regierungsmitverantwortung der rot-grünen Koalition.“

Winfried Nachtwei: Pazifismus zwischen Ideal und politischer Realität
In: Bleisch, Barbara/Strub, Jean-Daniel (eds.) (2006): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis, Bern/Stuttgart/Wien: Haupt, 303-317.

Das Referat 2021 in Münster war in seinen Augen gewissermaßen ein Mosaikstein der Geschichte der Friedensbewegung, die als Protest gegen die atomare Aufrüstung Anfang der 1980er Jahre begann.

Für ihn war es die breiteste soziale Bewegung in der Geschichte der Bundesrepublik bis heute. Mitte der 80er Jahre habe sich die Bewegung angesichts der Raketenstationierung gespalten, in diejenigen, denen der Protest wichtig war, und einen kleineren Teil, der gefragt habe: Ja, was wollen wir als Alternativen der Friedens- und Sicherheitspolitik haben? Da spielten kirchliche Gruppen auch eine besondere Rolle. Dazu gehörte für ihn, Nachtwei, konstitutiv auch die Verständigungs- und Versöhnungsarbeit über die Grenzen hinaus, auch wenn in der Friedensbewegung in den 80er Jahren das Verhältnis zur DDR und zur Sowjetunion umstritten war und kontrovers diskutiert wurde.

Dieser Ausschnitt, den Nachtwei durch Schilderungen seiner Forschungen zu Wehrmachtsverbrechen im 2. Weltkrieg seiner politischen Aktivitäten ergänzte, verdeutlicht, wie wichtig die Verbindung von Theorie und Praxis auch in Friedensfragen ist und lädt zu eigenen Forschungen und sich daraus ergebenden Projekten und Aktionen ein (z.B. anhand einer ausgewählten Biografie).



Forumsblog 10-2024

Lemberg 1915 - Lviv 2024

Aus der Geschichte lernen?

Im Folgenden steht die Frage im Mittelpunkt, welchen Beitrag die Kommentare der damaligen Zeitzeugen Ivan Franko, Maxim Gorki, Joseph Roth und Theodor Zöckler aus ihrer jeweiligen Perspektive zur aktuellen Friedensdebatte im Ukrainekrieg leisten können. Dabei bildet die westukrainische Stadt Lviv, das damalige Lemberg, das Zentrum der Überlegungen. Lviv wurde damals zunächst von der russischen Armee besetzt und 1915 von den KuK-Truppen befreit; heute ist die Stadt immer wieder Raketenangriffen ausgesetzt, die deutlich machen, dass es dem Aggressor um die gesamte Ukraine, nicht nur den Osten geht.

Die folgenden Thesen basieren auf den erwähnten Kommentaren und versuchen, aus ihnen Anregungen für einen Friedensdiskurs jenseits der Polarisierung von radikalem Militarismus und radikalem Pazifismus zu gewinnen.

These 1

Konflikte habe ihre Geschichte – Konfliktlösungen auch

Die Zeitzeugen verraten, dass beide Konflikte, Erster Weltkrieg und Ukrainekrieg, auch Erinnerungskriege waren und sind, in denen die Übergänge von der Erinnerungskultur zur Erinnerungspolitik fließend sind. Diese Übergänge bewirken zum einen die Eskalation von Konflikten, bieten zum anderen aber auch Deeskalationsmöglichkeiten.

Am Beispiel Lemberg/ Lviv bedeutet das: Ein zentrales gemeinsames Element der verschiedenen Erinnerungskulturen ist die Multikulturalität der Stadt, die von allen Kommentatoren direkt oder indirekt betont wird, das gilt auch für moderne Beschreibungen von Lviv. Erinnerungspolitik dagegen vereinnahmt unterschiedliche Kulturen in die eigene Mehrheitsgesellschaft wie im Fall der Polonisierung bzw. Russifizierung nach 1916 und der Russifizierung der besetzten Gebiete im Donbass. Deeskalationsstrategien könnten an diesem Übergang ansetzen, indem Gründe und Hintergründe für eine solche Nivellierung gefunden und dekonstruiert werden. Auf diese Weise ließe sich – im Idealfall ein multikulturelles – Narrativ konstruieren, das auch nationalistische Anliegen berücksichtigt, ohne ihnen Priorität zu geben.

Dass dabei auch religiöse Motive hilfreich sein können, zeigt das Beispiel von Theodor Zöckler, der in seiner Religiosität multikulturelle und nationalistische Haltung ausbalancieren konnte.

These 2

Konflikte haben mit Symbolen zu tun – Konfliktlösungen auch

Auf der Suche nach einem solchen Narrativ sind Symbole von entscheidender Bedeutung, wie sich am Modell Lemberg/ Lviv ablesen lässt.

Was die Stadt für ihre Bewohner, aber auch für externe Beobachter zu einem „Symbol“ macht, ist neben der erwähnten Multikulturalität vor allem, was Roth die „Stadt der verwischten Grenzen“ nannte. Damit gemeint ist z.B. die Ambivalenz von sakral und profan. Hier entscheidet sich der Übergang zwischen Eskalation und Deeskalation, Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik:

Ein eskalierendes Narrativ nutzt Symbole zur religiösen Aufwindung eigener säkularer Interessen (z.B. Waffensegnung für den „gerechten Krieg“), ein deeskalierendes hinterfragt religiöse Konnotationen säkularer Handlungen (z. B. Resilienz-Rituale wie die berühmten „Schwerter zu Pflugscharen“ oder das symbolische „Begraben“ von (Spielzeug-) Waffen).

Ein symbolbezogenes Resilienz-Narrativ könnte in Anlehnung an Roths Krieg als „Sturm-Allegorie“ (Wiener Zeitung 1915) z. B. so lauten: Damit aus einem lauen Lüftchen kein zerstörender Sturm wird, ist es hilfreich, immer wieder die Windstärke zu prüfen und zur Not Vorkehrungen zu treffen; an Lemberg lässt sich lernen, dass dafür bestimmte Rhetoriken (religiöse Aufladungen) Hinweise geben können. Alarmsignale in diesem Sinne sind „Wir und die anderen“-Schemata, Naturgewalt-Vergleiche für menschliche Aggression oder für Migration und Verharmlosungen („Remigration“).

These 3

Konflikte haben mit Stereotypen zu tun – Konfliktlösungen auch

Bei der Arbeit mit symbolisch-allegorischen Resilienz-Narrativen lauert die Gefahr, Stereotypen zu unterliegen. Ein solches Stereotyp, das 1915 und 2024 indirekt verbindet, zeigt sich z. B. bei der russischen Eroberung und deutsch-österreichischen (KuK) Rückeroberung von Lemberg, die in Wien als Befreiung überschwänglich gefeiert wurde - so wie 2023 bei der Offensive im Donbass die Rückeroberung bzw. Befreiung ukrainischer Siedlungen und Städte. Hier überdeckt der nationale Jubel die mit der Aktion verbundenen Traumatisierungen auf allen Seiten.

Wie eine stereotyp-sensible Argumentation aussehen könnte, macht Maxim Gorki deutlich, wenn er das russische militärische Überlegenheitsdenken in pädagogischer Absicht mit der von ihm selbstkritisch zugestandenem „kulturellen Überlegenheit“ der Deutschen in einer von der Wiener Zeitung 1915 kolportierten Rede „An die Deutschen“ kontrastiert, in der er seine Landsleute auffordert, Deutschland zunächst kulturell zu übertrumpfen, dann erst militärisch.

These 4

Konflikte haben mit Emotionen zu tun – Konfliktlösungen auch

Die von Ivan Franko propagierte existenzielle Bedeutung von Sprache und Kultur für die ukrainische Identität findet sich

auch in aktuellen Äußerungen und Aktionen wieder, die vor allem in der klaren Distanzierung von allem Russischen gipfeln. Beide Beispiele zeigen, wie sehr die emotionale Aufladung von Anliegen und Situationen sowohl das Potenzial zur Eskalation wie auch zur Deeskalation in sich tragen. Um letzteres freizusetzen und ersteres zu blockieren, braucht es emotionale Kompetenz auf allen Seiten.

Wie das aussehen könnte, zeigt sich z. B. an der Art und Weise, wie Roth gegenüber einem relativ neutralen Zeitungsartikel (FAZ 1915) seine Sympathie und Emotionen in seiner Beschreibung Lembergs kontrolliert offenbart; Ähnliches lässt sich am Vergleich der Beschreibung der Rückeroberung Lembergs durch den deutschen Generalstab und aus der Sicht eines russischen Generals ablesen, wie Gorki ihn schildert.

These 5

Konflikte sind komplex – Konfliktlösungen auch

Die dargestellten Überlegungen zeigen, wie komplex nicht nur die Situation 1915 und diejenige von heute sind, sondern auch der Vergleich zwischen beiden. Dennoch ermutigen die von metaphorischer Rhetorik geprägten Anregungen von Roth, Franko, Gorki und Zöckler dazu, diese Komplexität zu reduzieren, um ein an Resilienz und Vielfalt orientiertes Narrativ zu entwickeln, das allen metaphorischen und Symbolkonzepten, Erinnerungskulturen und emotionalen Gestimmtheiten ange-

maßen ist. Im Blick auf den aktuellen Ukrainekrieg lässt sich aus den Lemberg-Kommentaren aus deutscher, russischer und ukrainischer Perspektive als gemeinsames Narrativ die Akzeptanz von Verschiedenheit ermitteln und an die Stelle polarisierender, auf Maximalforderungen beruhender Narrative stellen (Sieg oder Unterwerfung). Ein mögliches metaphorisches Konzept dafür könnte das Bild vom „runden Tisch“ sein: Anders als Tischformen, die ein oben und unten, einen Vorsitz und Beisitzer kennen, kommt es hier auf die Augenhöhe an, auf Partizipation und Gleichberechtigung. So wie sich in einem Planspiel die unterschiedlichen Perspektiven von Maxim, Joseph und Ivan bzw. die ihrer literarischen Vorbilder ergänzen und bereichern, ist es das Anliegen von Friedenskonferenzen, einen „dritten Ort“ zu finden, der durch Mediation Dominanz verhindern und durch prozessorientierte Wertschätzung kreative Ideen freisetzen kann.

N. Gogol, Gesamtwerk 12,418f.; [https://de.wikipedia.org/wiki/Kleinrussische Identität](https://de.wikipedia.org/wiki/Kleinrussische_Identit%C3%A4t)

Franko, Ivan, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 (ÖBL), Band 1, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1957, S. 347.

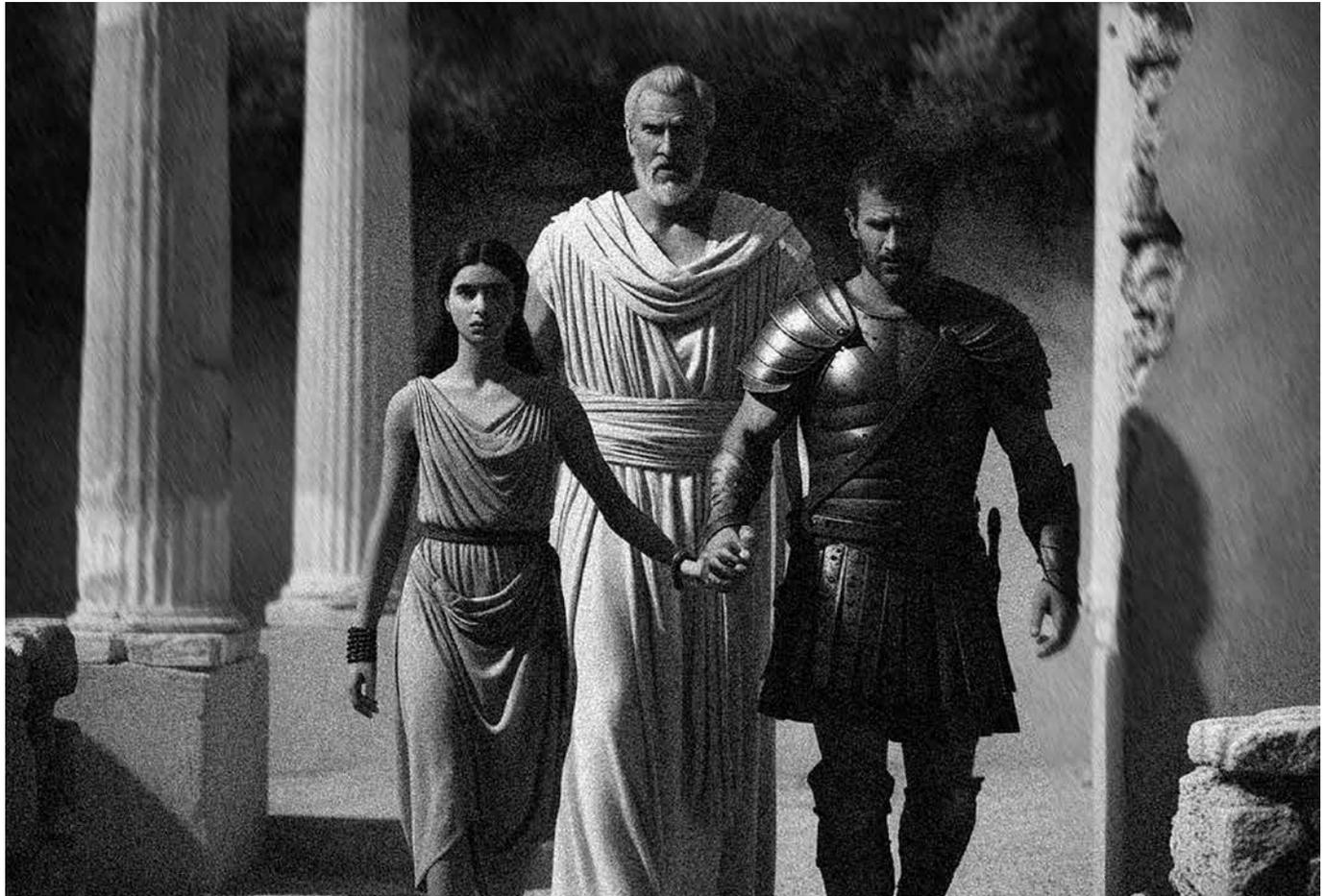
David Bronson, Joseph Roth, Eine Biographie, Köln 1974.

David Bronson, „Roth und sein Lebenskampf um ein inneres Österreich“

In: Joseph Roth und die Tradition. Hg. v. David Bronson, Agora Darmstadt 1975.

Joseph Roth, Leben und Werk (Hg. von Daniel Kehl/Daniel Kempf), Zürich 2010.

Erasmus Zöckler, Ihr sollt leben, Gustav-Adolf-Werk 2011.



Forumsblog 11-2024

Antigone als Modell für demokratischen Widerstand

Demokratie zu wagen durch Widerstand gegen totalitäre Herrschaft zeigt sich nicht nur in historischen Beispielen, sondern auch in einem Mythos, der die Jahrhunderte überdauerte. Die folgenden Thesen unterstreichen, welche Anregungen sich für moderne Widerstandssituationen aus der Haltung der antiken Antigone ziehen lassen.

These 1

Widerstand gegen Totalitarismus betrifft nicht nur Lebende

Antigones und Ismenes Brüder sind im Kampf um ihre Geburtsstadt Theben ums Leben gekommen. Ihr Onkel Kreon hat nun die Herrschaft über Theben übernommen. Antigone weicht ihre Schwester über Kreons Beschluss ein, Eteokles rechtmäßig bestatten zu lassen und Polyneikes, dem Verräter, das Grab zu verwehren. Antigone ist entschlossen, sich gegen diese Anordnung zu stellen und ihrem Bruder Polyneikes die letzte Ehre zu erweisen. Dafür ist sie bereit, zu streiten und in den Tod zu gehen.

So kommt es auch im rhetorischen Duell: Antigone beruft sich auf die Gesetze der Götter, die bei einer ausbleibenden Bestattung missachtet würden. Der Tod mache ihr nichts aus, erlöse sie sogar von ihrem unglücklichen Leben. Kreon hingegen bezieht sich auf seine irdische Macht als Herrscher, welche er konsequent durchsetzen müsse. Das tut er auch, indem er Antigone einmauern lässt. Als ihn ein Prophet auf den Zorn der Götter hinweist, willigt Kreon in die Begnadigung ein, die allerdings zu spät kommt.

Diese verkürzte Skizze zeigt, dass Widerstand gegen Totalitarismus sowohl eine immanente wie auch eine transzendente Sphäre aufweist.

These 2

Widerstand gegen Totalitarismus ist dialogisch

Im Zentrum des Antigone-Mythos steht ihr Disput mit Kreon, ihrem Onkel. Er beginnt mit Kreons Ankündigung: Das tragische Schicksal von Polyneikes und Eteokles gibt mir nun die große Aufgabe, über euch zu regieren. Für mich steht der Staat an erster Stelle und das sollte auch bei euch sein. Damit ist es auch euch verboten, sich gegen den Staat zu stellen. Antigone unterstreicht ihre Haltung: Nein! denke du, wie dir's gefällt; doch ihn begrab ich. Schön ist es hernach, zu sterben. Lieb werde ich bei ihm liegen, bei dem Lieben. Wenn Heiliges ich vollbracht. Und dann ist's mehr Zeit, dass denen drunten

ich gefall, als hier. Dort wohn ich ja für immer einst. Dieser kurze Auszug erinnert an die Aktion des „Zentrums für politische Schönheit“, dessen Mitglieder tote Flüchtlinge nach Deutschland überführten, um sie hier zu bestatten, und die so mit symbolischen Gräbern die europäische Grenzpolitik attackierten. Solche und ähnliche Aktionen stellen wie der antike Mythos die Frage nach der „Politizität“ des Trauerns. Trauer ist somit nicht nur ein individueller Prozess, sondern kann durch Konfrontation zum Politikum werden.

Sophokles: Antigone. Griechisch/Deutsch. Übersetzung, Anmerkungen und Nachwort von Norbert Zink, griechischer Text nach der Ausgabe von A. C. Pearson. Philipp Reclam jun., Stuttgart 1981.

These 3

Trauer als Widerstand gegen Totalitarismus

Die Konfrontation von religiöser Spiritualität und menschlichen Gesetzen stuft Kreon als grundsätzliche Gefahr für die politische Ordnung Thebens ein. Daher statuiert er an Antigone ein Exempel, weil durch ihr Trauern soziale Ordnungen und ihre Begründungen in Trauerzeremonien sakral wie mit einer Trauer-Aura aufgeladen werden und dadurch als heilig und unantastbar erscheinen (sollen). Sie werden so unvereinbar mit einem möglichen anderen hierarchischen Ordnungsmodell. Auch in aktuellen Fällen von Angriffen auf Trauerzüge wird deutlich, wie brisant es ist, wenn Religion und Politik mitein-

ander verbunden werden, wie es z.B. in Staatsbegräbnissen der Fall ist. Durch das Monopol über den Trauerakt kann sich der Staat gegenüber der Vergänglichkeit des Einzelnen als übergeordnete, dauerhaft gültige moralische Ordnung inszenieren, wodurch die explosive Konfrontation verschiedener Kräfte im Allgemeinen des Staatlichen aufgelöst werden.

<https://www.theorieblog.de/index.php/2015/06/die-sprengkraft-oefentlichen-trauerns-antigone-und-das-zentrum-fuer-politische-schoenheit/>

These 4

Widerstand gegen Totalitarismus ist solidarischer Humanismus

Angesichts des ignoranten Umgangs mit ertrunkenen Bootsfüchtlingen im Mittelmeer oder mit dem Artensterben weltweit ergibt sich die Notwendigkeit, gegen diese blinden Flecken eine Konzeption des menschlichen Lebens zu entwickeln, die die Verletzlichkeit eines jeden Menschen und des Planeten anerkennt und in die Öffentlichkeit trägt. Daraus folgt eine Form der Verantwortung, die den jeweils anderen und sein Befinden, wie Antigone, in humanistischer Weise ins Zentrum stellt und das wandelbare Konzept von Humanismus, Subversion und öffentlicher Trauer angesichts menschlicher Vulnerabilität gegen bestehende Institutionen exemplarisch ausspielt und die Universalität des Menschen gegen die Allgemeinheit des Staates in Stellung bringt. Das erinnert an den sogenannten „Europäischen Mauerfall“, bei dem die Kreuze als Symbo-

Antigone als Modell für demokratischen Widerstand

le der Mauertoten von ihren angestammten Kontexten abmontiert und an die EU-Außengrenzen versetzt wurden, wodurch emotional besetzte Semantiken deutlich werden und in einen neuen Kontext gesetzt. So verschieben sie diskursiv ihre Bedeutung hin auf eine politische Gegenwart im Sinne eines performativ aggressiven Humanismus, der Sinnzuschreibungen durch Performanz, durch die Bühne ändert und so mit Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik im Sinne von Antigone provokativ spielt.

<https://www.theorieblog.de/index.php/2015/06/die-sprengkraft-oeffentlichen-trauerns-antigone-und-das-zentrum-fuer-politische-schoenheit/>

These 5

Widerstand gegen Totalitarismus als Katharsis

Der Psychoanalytiker Lacan betont in seiner Antigone-Deutung, die Tragödie habe die Katharsis zum Ziel, die Läuterung der Gefühle von Zorn und Mitleid. „Diese Sichtweise konzentriert sich auf ein Bild, das ein Geheimnis birgt, das bisher noch nie artikuliert wurde, da es einen zwingt, in jedem Moment, in dem man es betrachtet, die Augen zu schließen. Und doch steht dieses Bild im Mittelpunkt der Tragödie, denn es ist das faszinierende Bild der Antigone selbst. Wir wissen sehr wohl, dass es jenseits des Dialogs, jenseits der Frage nach Familie und Vaterland, jenseits der moralisierenden Argumente die Antigone selbst ist, die uns fasziniert, die Antigone in

ihrer unerträglichen Pracht. Sie hat eine Eigenschaft, die uns zugleich anrührt und erschreckt, im Sinne von einschüchtert; dieses schreckliche, eigenwillige Opfer verstört uns.“

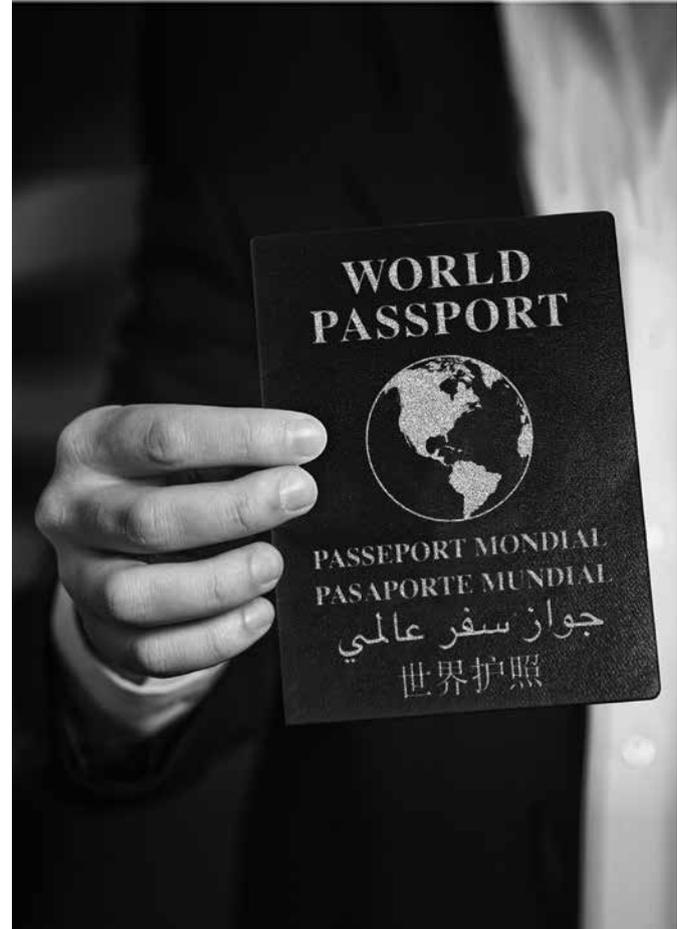
Für Lacan wird das Publikum durch diese „Ordnung des Imaginären“ - gewissermaßen durch die Intervention eines Bildes „gereinigt“.

J Lacan, J. (1992). *The Ethics of Psychoanalysis 1959-1960: The Seminar of Jacques Lacan* (J.- A. Miller, Ed.), (1st ed.). Routledge.

These 6

Widerstand gegen Totalitarismus als Selbst-Bewusstsein

Im Blick auf aktuelle Szenarien ermutigt der Antigone-Mythos dazu, einzeln und im Team durch die aktualisierte Neu-Inszenierung einzelner Dialoge bzw. Symbolhandlungen Selbstwirksamkeit zu erleben und systemisch-politische Kontexte von Konflikten im Blick auf Migration und Flucht (s. o.) oder auch von Klimawandel und Klimagerechtigkeit (s. das Antigone-Projekt von Milo Rau). transparent zu machen, um grenzüberschreitende Normen, Macht und tragische Konflikte zu thematisieren und zugleich konstruktive Trauerarbeit zu leisten.



Forumsblog 12-2024

Weltbürgertum als demokratische Lebensform

Wie lässt sich Demokratie grenzübergreifend ohne Nationalismen, Ein- und Ausgrenzungen leben?

Eine Antwort auf diese Frage ist der Begriff des Weltbürgertums bzw. des Kosmopolitismus, eine philosophisch-politische Sichtweise, die den ganzen Erdkreis als Heimat betrachtet. Im Folgenden wird dieses Modell thesenartig daraufhin befragt, welchen Beitrag es zur Anpassung und Aktualisierung demokratischer Konzepte leisten kann. Dafür werden jeweils überzeugte Weltbürger aus unterschiedlichen Jahrhunderten charakterisiert. Dabei zeigt sich die zentrale Rolle des 18. Jahrhunderts und seiner Idee der universellen (europäischen) Gelehrtenrepublik als Bindeglied zwischen der Antike (Wieland als „deutscher Diogenes“) und den Folgejahrhunderten (vom Welt- zum Staatsbürger).

These 1

Diogenes oder: die Welt in der Tonne

Seit der Antike wird in Europa nach Alternativen zum Nationa-

lismus bzw. Provinzialismus gesucht, die partikularistische und universelle Vorstellungen miteinander verknüpfen. Dabei stand zunächst die individuelle Sicht im Mittelpunkt wie sie z. B. Diogenes von Sinope verkörperte, der sich nach Auskunft von Diogenes Laertius (VL 63) als erster als Weltbürger ausgab.

Wie Arrian, Statthalter von Kappadocien unter Kaiser Hadrian und Epiktet-Schüler, in seiner Biografie über Diogenes erzählt, zeichnete sich dieser Kyniker zudem durch Liebe zur Unabhängigkeit, Freimütigkeit, Stärke der Seele, Güte des Herzens aus, kurzum durch die Gesinnungen eines Menschenfreundes und Weltbürgers.

Auch der Philosoph Demonax war nach Angaben des Philosophen Lucian von Diogenes sehr angetan und bezeichnet sich als Verehrer des Sokrates und Bewunderer des Diogenes. Im Blick auf sein Weltbürgertum geht aus Diogenes' Schriften hervor, dass er Kontakt mit Korinth, Athen, Sparta, Theben, Megara, Sicyon und anderen Städten Griechenlands hatte, aber diesen Metropolen sein Sinope bei weitem vorzog. Entscheidend ist jedoch, dass er sich nicht über spezifische Daten („Schmuckhüllen der Verworfenheit“), sondern über das Allgemein-Menschliche/ Menschsein definierte, weil sich die einzig wahre Staatsordnung nur im (Einklang mit dem) Weltall finde. Entsprechend teilt er über seine Philosophie mit, dass er – im Gegensatz zu seinen Kritikern – seine Theorie bereits 20 Jahre lang in die Praxis umgesetzt habe, die im Kern darin bestehe, sehr bequem in einer Tonne zu wohnen, von Bohnen und Wurzeln zu leben, seinen Nektar, in Ermanglung eines

Bechers, mit der hohlen Hand aus dem nächsten Brunnen zu schöpfen und so zum unschädlichsten, unbedeutendsten Menschen der Welt zu werden, auch wenn er unbequeme Wahrheiten verkünde. Er brauche schließlich nicht mehr als Luft und Sonnenschein und die Möglichkeit, sich unter einen Baum hinzulegen, den vielleicht sein Großvater gepflanzt hat.

Die Idee des Weltbürgertums der kynischen und stoischen Philosophen ermutigt dazu, den gleichen und unbedingten Wert und die Würde jedes Menschen anzuerkennen. Eine Schlüsselszene dafür ist sicherlich die Begegnung mit Alexander dem Großen, der Diogenes jeden Wunsch erfüllen wollte und nur zu hören bekam: „Geh mir aus der Sonne.“

Auf diese Weise wurde er zum Stoiker-Modell gemäß dem Ennius-Zitat bei Cicero:

„Ein Mann, der Irrenden gar freundlich zeigt den Weg, der zündet gleichsam sich ein Licht vom eigenen Lichte an. Dies leuchtet ihm, wenngleich er's jenen hat entfacht.“

Diese Forderung, dem Gemeinwohl zu nützen und Schaden zu vermeiden, umschließt für Cicero sowohl Pflichten der Gerechtigkeit wie auch der materiellen Hilfe, entsprechend dem Gebot der Menschlichkeit.

Für Christoph Martin Wieland, der sich im 18. Jahrhundert intensiv mit Diogenes und seiner Lehre, aber auch mit dem von diesem begründeten Kosmopolitismus befasste und daher als „deutscher Diogenes“ galt, heißt Weltbürgertum im Sinne des Diogenes, sich als Bürger, als mitwirkendes und mitbestimmendes Glied der Menschheit zu begreifen, indem eine

äußerliche und innerliche Haltung der Unabhängigkeit entsteht, überall sich zuhause zu fühlen, ganz gleich, wie diese Behausung gestaltet ist. Wie Diogenes selbst bekundet, entwickelt sich eine solche Haltung nicht spontan, sondern ist Ergebnis einer langen Selbstschulung, zu der er mit seinem Beispiel anregt: Die Einübung in positiv verstandenen Verzicht führt zu einer inneren und äußeren Unabhängigkeit und Horizonterweiterung.

Christoph Martin Wieland: Nachlass des Diogenes von Sinope, Hildesheim 1986.

Martha Nussbaum: Kosmopolitismus. Darmstadt 2020.

These 2

Wieland oder: Weltenbürger als Ordensritter

Der Weimarer Prinzenzieher Christoph Martin Wieland, den die Franzosen euphemistisch den deutschen Voltaire nannten, glaubte, nur der Weltbürger könne ein guter Bürger sein, weil er allein die Kultur, Aufklärung und Veredelung des Menschengeschlechts bewirken könne, deren Frucht die öffentliche und allgemeine Glückseligkeit sei. Er verdeutlichte dies, indem er eine entsprechende Gemeinschaft in seinem Roman Die Abderiten beschrieb. Aus der Perspektive von Kosmopoliten kritisiert er darin die gesellschaftlichen Zustände seiner Zeit und beschreibt die Kosmopoliten als eine Art den Freimaurern ähnliche Bruderschaft, die bei der ersten Begegnung Freund-

Weltbürgertum als demokratische Lebensform

schaft schließen, weil sie alle Völker des Erdbodens als ebenso viele Zweige einer einzigen Familie, und das Universum als einen Staat betrachten, worin sie mit unzähligen andern vernünftigen Wesen Bürger sind, um unter allgemeinen Naturgesetzen die Vollkommenheit des Ganzen zu befördern, indem jedes nach seiner besondern Art und Weise für seinen eigenen Wohlstand geschäftig ist.

1788, 14 Jahre später und ein Jahr vor der französischen Revolution, publizierte der zu diesem Zeitpunkt fünfundfünfzig Jahre alte, auf dem Zenit seines Schaffens und Ruhmes stehende Autor in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Der Teutsche Merkur* einen Aufsatz, der für den Zusammenhang von Aufklärung und Kosmopolitismus beispielhaft ist. Er trägt den ironischen Titel *Das Geheimnis des Kosmopolitenordens* und ist vermutlich durch seine Kenntnisse des Freimaurerordens inspiriert. Für Wieland ist der „Kosmopoliten-Orden“ eine der Öffentlichkeit verborgene geheime Gesellschaft ruhiger Bürger, die sich, auch wenn sie mit dem gegenwärtigen Zustande des Gemeinwesens nicht zufrieden seien, von Aufruhr und ähnlichem fern hielten.

Am von seinem Zeitgenossen Christian Friedrich Daniel Schubart in dessen *Deutschen Chronik* als Diogenes-Kenner („deutscher Diogenes“) gepriesene Wieland lässt sich die Orientierung an antiken Modellen ablesen, die sich später auch bei Lion Feuchtwanger zeigt, der mit seiner Darstellung des Flavius Josephus und dessen jüdischem Krieg einen weltbürgerlichen Archetyp und Ideenträger seines Kosmopolitismus schuf.

Wenn Wieland betont, den hohen Namen des Weltbürgers

verdiene nur derjenige, „der durch seine Grundsätze und Gesinnungen und ihre Zusammenstimmung mit der Natur tauglich sei, in seinem angewiesenen Kreise zum Besten der großen Stadt Gottes mitzuwirken“, scheint nicht nur das Vorbild Diogenes durch, sondern auch das aufklärerische Anliegen, das kosmopolitische Ideal im eigenen Umfeld zu verwirklichen. Wielands Vorstellung eines Kosmopolitenordens lädt somit dazu ein, im Kleinen ähnliche Experimente zu probieren: Wie lassen sich die geschilderten Ideale in der eigenen Gemeinschaft (Familie, peer-group, Gemeinde) im Sinne eines kommunitären (klösterlichen) Askentenums verwirklichen? Kosmopolitismus und Aufklärung sind also sicher kein Gegensatz. Sie sind aber auch nicht identisch. Viele Selbstverständlichkeiten des klassischen aufklärerischen Kosmopolitismus, etwa die Überzeugung vom Vorrang und von der Vorherrschaft Europas, kann ein heutiger Kosmopolitismus nicht mehr teilen. Andere Überzeugungen der Aufklärung sind zumindest zu nuancieren, um mit einer gegenwärtigen Sorge für die Welt noch vereinbar zu sein, so etwa der Glaube an eine Analogie oder sogar Identität von Natur und Moral oder aber der Fortschrittsglaube, besonders der Glaube daran, dass jeder Fortschritt, etwa technischer Art, ein Vorteil sei.

Wieland, Christoph Martin: „Das Geheimnis des Kosmopolitenordens“, in: ders. (Hrsg.): *Christoph Martin Wielands sämtliche Werke*, Bd. 20, Leipzig 1797
Peter Coulmas, *Weltbürger*, Reinbeck 1990.

Weidner, Stefan: *Aufklärung und Kosmopolitismus. Ein Gegensatz?* In: *Navigationen – Zeitschrift für Medien- und Kulturwissenschaften*. Neue Rechte und Universität, Jg. 19 (2019), Nr. 2, S. 121–134.

These 3

Lessing oder: Weltbürgertum als Erziehungsziel

Für Lessing und Herder war die Erziehung des Menschen zur Weltverantwortung zentral. Dabei konnten sie sich auf Modelle wie Lamprechts Wochenschrift *Der Weltbürger* (1741/42) oder Goldsmiths satirischen Essay *The Citizen of the World* (1762) stützen. Bei Lessing zeigte sich das in seinem Theater-Erstling *Der junge Gelehrte* (1748), der – in seinem „Vaterland“ verkannt – den Ehrentitel „Kosmopolit“ für sich beansprucht und, ein Mitglied der Republik der Gelehrten zu sein im Sinne der *République des Lettres* von Pierre Bayle (1684). Angesichts von antipreußischen Unterstellungen verdächtigte er sich selbst, entweder „einer der unparteiischsten Menschen von der Welt, oder ein grausamer Sophist zu sein.“ In einem Brief an den Halberstädter Kanonikus Gleim vom 16. Dezember 1758 schreibt Lessing: „Vielleicht zwar ist auch der Patriot bei mir nicht ganz erstickt, obgleich das Lob eines eifrigen Patrioten, nach meiner Denkart, das allerletzte ist, wonach ich geizen würde; des Patrioten nämlich, der mich vergessen lehrt, dass ich ein Weltbürger sein sollte.“

In seinen frühen Werken zeigt sich, dass das von Lessing sonst so sparsam apostrophierte Weltbürger-Prinzip nicht primär politisch gewendet ist, sondern zurückbezogen auf den Wertehorizont der „res publica litteraria“ und ihr bleibendes Anspruchsdenken, wie es sich in Lessings späten Werken *Die Erziehung des Menschengeschlechts* und *Nathan der Weise*

zeigt: Stand, Religion, Nation sind zu überschreiten in Richtung auf ein Vaterland des Menschengeschlechts, auf eine universale Familie.

Damit ist er seinem Zeitgenossen Dominikus von Brentano verwandt, der sich auf dem Titelblatt der *Neuesten Weltbegebenheiten* als „Weltbürger“ bezeichnet. Nachrichtenberichterstattung sollte unabhängig von der Kirche erfolgen, es sollten nur wichtige und wahre Meldungen erfolgen, die der Aufklärung der Menschheit dienen.

Wie sehr die Aufklärung das vom Nationalstaatsgedanken geprägte 19. und 20. Jahrhundert geprägt hat, der die Weltbürgeridee in Studierstuben zwang (Fontane), zeigt sich z. B. an Christian Daniel Friedrich Schubarts Gedicht über Patriot und Weltbürger sowie an Friedrich Meinecke, der 1907 den Nationalstaat aus dem Weltbürgertum begründete und auf die zentrale Bedeutung von Siebenjährigem Krieg und Französischer Revolution für diesen Prozess hinwies.

Auch Stefan Zweig, der sich als Weltbürger nach Verlust seines Passes ohnmächtig fühlte, zeigt den empathischen Idealismus der Weltbürgeridee, die der aggressiv nationalistischen Wirklichkeit immer wieder zum Opfer fällt.

Lessing und seine Zeitgenossen ermutigen dazu, sich zu einem Menschen und Weltbürger zu bilden und sich dabei zu orientieren an der Verantwortung für seine Lebenswelt, den Menschenrechten und Beheimatung auf dem gesamten Planeten.

Albrecht, Andrea, *Kosmopolitismus. Weltbürgerdiskurse in Literatur, Philosophie und Publizistik um 1800*, Berlin 2005.

Barner, Wilfried, *Patriotismus und Kosmopolitismus bei Lessing während des Siebenjährigen Krieges*. In: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, tome 18 n°4, octobre-décembre 1986. *Cosmopolitisme, patriotisme et xénophobie en Allemagne au XVIIIe siècle*. pp. 612-623.

Thielking, Sigrid, *Weltbürgertum als kosmopolitische Ideen in Literatur und politischer Publizistik seit dem achtzehnten Jahrhundert*, München 2000.

These 4

Dag Hammarskjöld oder: Weltbürgertum als Menschenrecht

Anknüpfend an Kant, der den Kosmopoliten als Garant für den „ewigen Frieden“ betrachtet hatte, und an Bertha von Suttner, die für die Überwindung der wachsenden nationalen Konfliktpotenziale durch eine Friedensunion aller Staaten und Schiedsgerichtsverträge zur Schlichtung von Gegensätzen kämpfte, hielt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 erstmals den rechtlichen Aspekt von Kosmopolitismus fest: Alle Menschen als solche sind rechtswürdig, unabhängig von nationaler Zugehörigkeit und Staatsbürgerschaft.

Allerdings zeigte und zeigt sich in einigen Teilen der Welt wachsende Skepsis hinsichtlich der Gültigkeit dieser Normen, die sich in jüngster Zeit z. B. durch die Diskrepanz zwischen dem universalistischen Anspruch der Menschenrechte und dem Unvermögen Europas, diesen in der „Flüchtlingskrise“ 2015 umzusetzen, zeigt.

Der Kosmopolit Dag Hammarskjöld gehörte zu denen, die es verstanden, die Ideen des Kosmopolitismus in Kosmopolitik (Weltordnungspolitik) umzusetzen und alle Möglichkeiten eines Staatsmanns auszuschöpfen, der „nicht zwischen und nicht in, sondern über den Nationen steht“.

Hammarskjöld schreibt von einem Traum der Menschheit, sich als Individuum darin zu verlieren – jenseits aller Glaubensfragen. Diesem Traum will er dienen und dafür kämpfen.

Als er einem nie ganz aufgeklärten Flugzeugabsturz in Afrika zum Opfer fiel, nahm der schwedische Botschafter posthum den Friedensnobelpreis für ihn entgegen und betonte in seiner Dankesrede:

„Mein Landsmann wurde zum Weltbürger. Er wurde von den Menschen, aus denen er stammte, als solcher angesehen. Aber an jenem kühlen Herbsttag, als die Blätter fielen und er in das Uppsala seiner Jugend zurückgebracht wurde, gehörte er wieder uns, er war wieder zu Hause. Schüchtern hatte er seine innere Welt bewahrt, aber in diesem Moment verschwand die Distanz und wir spürten, dass er uns sehr nahe kam.“

Durch seine Gedanken und Aktionen ermutigt Hammarskjöld dazu, sich ein angemessenes Projekt zu suchen, sich mit eigenen publizistischen, künstlerischen, organisatorischen oder sonstigen Möglichkeiten für die Geltung der globalen Menschenrechte einzusetzen, sei es für Flüchtlinge, für bedrohte Gruppen oder den Klimaschutz.

Foote, Wilder: Hrsg., *Servant of Peace: Eine Auswahl der Reden und Erklärungen von Dag Hammarskjöld*, Generalsekretär der Vereinten Nationen 1953–1961, S. 128.

These 5

Garry Davis oder: Weltbügertum im Alleingang

Im Zusammenhang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte trat am 19. November 1948 auch die Weltbürgerbewegung als Besetzung der UN-Vollversammlung in Erscheinung. Unter dem Namen „Operation Oran“ von Albert Camus wurde eine Weltbürgererklärung verlesen, welche forderte, dass die Menschenrechte zu einem juristisch einklagbaren Weltrecht werden sollten. Initiator dieser Aktion war der 26-jährige Garry Davis.

Nach seiner Rückkehr aus dem Krieg folgte Garry Davis 1947, dass die Wurzel des Krieges im Nationalstaat stecke. Inspiriert von Cord Meyers Peace or Anarchy and Clarence Streits Union Now entdeckte der ehemalige US-Bomberpilot als Alternative zum Krieg der Nationalstaaten eine Weltföderation als völkerrechtliches Mittel zum Weltfrieden. Am 25. Mai 1948 gab Davis im US-Konsulat in Paris seine Staatsbürgerschaft ab, um zu zeigen, dass „die Dominanz des Nationalstaats weder blutig bekämpft noch untertänig befolgt werden muss.“ Tatsächlich existiere er in Wahrheit nur in der Einbildungen jener, die ihn bekämpften oder verteidigten. „Wenn es mir gelänge, in dieser Welt wenigstens eine zeitlang ohne nationalstaatliche Anerkennung zu überleben, dann hätte ich den Ausschließlichkeitsanspruch des Nationalstaats mitten ins Herz getroffen“, meinte Davis. Albert Einstein beglückwünschte ihn dafür in einem Telegramm vom 3. Dezember 1948:

„Ich spreche mit Vergnügen dem jungen Kriegsveteranen Davis meine Anerkennung für sein Opfer zugunsten der Wohlfahrt der Menschheit aus. Indem er willentlich seine staatsbürgerlichen Rechte aufgab, machte er sich selbst zur staatenlosen Person, um für die natürlichen Rechte derer zu kämpfen, die stumme Zeugen des tiefen moralischen Standes unserer Zeit sind. ... Eine übernationale Einrichtung muss genug Kraft haben und unabhängig sein, um die Probleme der internationalen Sicherheit lösen zu können. Weder kann noch darf man diesen entscheidenden Schritt der Initiative den Regierungen überlassen: Nur der unbeugsame Wille des Volkes kann die Kräfte freisetzen, die für einen solch radikalen Bruch mit den alten und überlebten Traditionen der Politik nötig sind.“

Das Beispiel von Davis ermutigt somit dazu, sich auf kreative Weise gegen Aus- und Eingrenzung und für Horizonerweiterung, Inklusion und globale Verantwortung zu positionieren.

Garry Davis, *My country is the world: The Adventures of a World Citizen*. Createspace, 2010.

These 6

Achille Mbembe oder Weltbügertum gegen Nekropolitik

Der kamerunische Historiker und politische Philosoph Achille Mbembe definiert Kosmopolitismus als „Idee einer gemeinsamen Welt, einer gemeinsamen Humanität, einer Geschichte

Weltbürgertum als demokratische Lebensform

und einer Zukunft, die uns nur offensteht, wenn wir sie teilen“. Damit steht im Zentrum kosmopolitischen Denkens und Handelns die Frage, wie Differenz in der Gleichheit und Gleichheit in der Differenz möglich wird. Kulturelle Eigenheiten müssen nicht aufgegeben werden, wenn eine gemeinsame Vorstellung von Humanität für Fairness in der Vielfalt sorgt.

Mbembe schreibt:

„Ich gehe von der Idee aus, dass die Moderne der Ursprung mehrerer Konzepte von Souveränität war – und damit des Biopolitischen (d. h. der verschiedenen Formen von Macht über Leben und Tod). Ungeachtet dieser Vielfalt hat die spätmoderne politische Kritik leider normative Demokratietheorien bevorzugt und den Begriff der Vernunft zu einem der wichtigsten Elemente sowohl des Projekts der Moderne als auch des Topos der Souveränität gemacht. Aus dieser Perspektive ist der höchste Ausdruck der Souveränität die Schaffung allgemeiner Normen durch ein Gremium (den Demos), das sich aus freien und gleichberechtigten Männern und Frauen zusammensetzt. Diese Männer und Frauen werden als vollwertige Subjekte betrachtet, die zu Selbstverständnis, Selbstbewusstsein und Selbstdarstellung fähig sind. Politik wird daher als zweifach definiert: als ein Projekt der Autonomie und als das Erreichen einer Einigung innerhalb einer Gemeinschaft durch Kommunikation und Anerkennung.“

Mbembe zufolge ist Kosmopolitismus die „Idee einer gemeinsamen Welt, einer gemeinsamen Humanität, einer Geschichte und einer Zukunft, die uns nur offensteht, wenn wir sie teilen“.

Entstanden als Konkurrenzkonzept zum Nationalismus werden heute – wie im 18. Jh. – verschiedene Konzepte des Kosmopolitismus diskutiert. Angesichts vielfältiger Migrationsformen können alternative Lesarten von Pluralität an die Stelle einer Kosmopolis gesetzt werden, indem gemeinsam geografische, kulturelle und soziale Orte definiert werden, die gesellschaftliche und multikulturelle Realitäten beschreiben.

Eine globale, kosmopolitische Demokratie existiert dann zumindestens auf moralischer Ebene als Sorge um die Welt, als wäre sie die eigene Polis. Auf diese Weise werden institutionelle Kontexte sekundär, anders, als wenn es um die Gestaltung eines Weltbürgerrechtes geht, um jene Menschen zu schützen, deren Heimatstaaten die Menschenrechte nicht achten, indem es die Menschenrechte zu Bürgerrechten aufwertet.

Das ermutigt dazu, interkulturelle und interreligiöse Schritte in Theorie und Praxis zu unternehmen, um Eurozentrismus und Stereotype zu vermeiden und Demokratie als eine Gemeinschaft des Lebens zu ermöglichen.

Achille Mbembe: *Necropolitics*, *Public Culture* (2003) 15 (1): 11–40.
Heinbach, G.: *Kosmopolitismus – ein Ideal für die Europäische Union*. Diss. Gießen 2014.

Das Ev. Forum – ein Ort für Begegnungen, Diskussionen und für zivilgesellschaftliche Partizipation

über uns

Gegründet 1996 als gemeinsames, ehrenamtlich durchgeführtes Projekt von Kirchenkreis, Studierendengemeinde und Fakultät erfolgte 2018 ein Generationswechsel mit neuen Ideen.

Philosophie

Das Ev. Forum realisiert partizipatorische Bildungsarbeit – mit Inspiration und Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Dazu gehört, dass wir den Begriff evangelisch sehr weit fassen und unsere Ziele in ökumenischer, trans- und interkultureller sowie zukunftsorientierter Perspektive zu verwirklichen suchen.

Kontakt:

Vorsitzender: Dr. Geert Franzenburg

efm@gmx.info 0251 92266845

<https://ev-forum-muenster.de>

Unser Konto KD-Bank, Dortmund: DE74 3506 0190 2116 1330 19



Layout:

Jens Henning
<http://www.jhg-design.de>

Druck:

CCC-Druck & Medien Münster

Herausgeber:

Dr. Geert Franzenburg
0251 9 22 66 845
E-Mail: efm@gmx.info
Ev. Forum Münster e.V.
Postfach 460122
48072 Münster
www.ev-forum-muenster.de

ISSN 2628-0426

Bildnachweis:

			Seite:
Titelbild	Jens Henning	JHG-Design	4
Criminal	TheDigitalWay	Pixabay	10
Estonia	obelixlatino	Pixabay	16
Brabendenb. Tor	sikinandrade	Pixabay	22
Charles Bridge	Maky_Orel	Pixabay	28
Wachturn	hansharbig	Pixabay	34
D. Bonhoeffer	Bild 183-R0211-316	Bundesarchiv	44
Hände, Kerze	Myriams-Fotos	Pixabay	52
M. Ghandi	nareeeen	Pixabay	58
Leonberg	SLPix	Pixabay	69
Antigone	Jens Henning	JHG-Design	73
Passport	geralt	Pixabay	77

The logo consists of the lowercase letters 'efm' in a stylized, orange, cursive script. The 'e' is connected to the 'f', and the 'm' has a long, sweeping tail that extends downwards and to the left.

efm

Evangelisches Forum Münster